

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



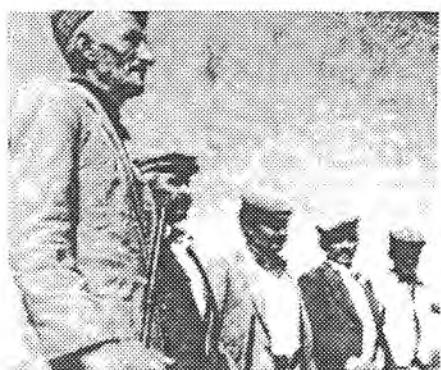
27. Mai 1988
Jg. 9 Nr. 11

G 7756 D

Preis:
2,50



Sozialhilfe: Albrecht: Geld an Arme zahlen verdirt die Chancengleichheit für das Kapital Seite 5



Befreiungskampf in Kurdistan: Allianzprotokoll zwischen PKK und PUK unterzeichnet Seite 11



Mitbestimmung: die Regierungs-Kapitalisten und EG-Pläne zur weiteren Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes Seite 19

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn	4
Sozialhilfe: Albrecht Geld an Arme ausgeben, verdirt die Chancengleichheit für das Kapital	5
Strafgesetze: Spaltung und verschärft „Terroristen“hatz geplant	7
Gorch Fock: Erstes BRD-Kriegsschiff in Israel	7
Postreform: Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf: Neustrukturierung der Bundespost	8
Aus dem Bericht der Fernmeldekommission	9
Dienstleistungsgesetz: Kapitalisten wollen jetzt das Wochenende 10 Gesetzentwurf zum Dienstleistungsabend	10
Kurdistan: Allianzprotokoll zwischen PKK und PUK unterzeichnet	11

Auslandsberichterstattung

China: Geringere Getreideproduktion, höhere Preise, zunehmendes Wirtschaftsgefälle	12
Türkei: TKP-Chef Kutlu liefert Namen	13
Schweiz: Angriffe auf vergangene und gegenwärtige Asylpolitik	14

Front National: Faschistische Politik in der Nationalversammlung	14
---	----

Angola: Versuche, Angola zum Aufgeben zu treiben	15
---	----

Indien: Bhopal-Giftgasopfer noch immer ohne Entschädigung	15
--	----

Internationale Meldungen	16
------------------------------------	----

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen: „Sackgasse Autogesellschaft“	18
WSI zu Frauenarbeit und Gesundheit	18
HBV-Broschüre über IKEA	18
Wenn zwei sich streiten (Lambsdorff und Späth)	19

Mitbestimmung: Regierungs-, Kapitalisten-, EG-Pläne zur Betriebsverfassung	19
---	----

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten	21
---------------------------------	----

Kaufhof und Hertie nehmen Südafrika-Ware aus dem Angebot

Wie letzte Woche bekannt wurde, werden frische Lebensmittel aus Südafrika seit einigen Wochen nicht mehr von den Warenhäusern Kaufhof und Hertie verkauft. Bereits zum Jahresbeginn gab es beim Kaufhof-Konzern einen Vorstandsbeschluß, woraufhin Obst und Gemüse aus dem Angebot genommen wurden. Die Gründe hierfür sind der Druck von Belegschaften und Verbrauchern. Das erste Mal reagieren damit bundesdeutsche Kaufhauskonzerne auf die jahrelangen Boykott-Aufrufe gegen südafrikanische Waren. „Wenn die Kunden nicht kaufen, fliegt das aus dem Sortiment“, so Hertie-Sprecher Elmar Kratz. Außerdem hat sich z.B. der Betriebsrat des zum Hertie-Konzern gehörenden Berliner KaDeWe in einer Resolution gegen den Verkauf von Früchten aus Südafrika ausgesprochen. Wenn man den Aussagen von Karstadt glauben schenkt, sei in diesen Läden der Umsatz nicht gesunken – wenn.

Viele Kunden wissen jedoch nicht, hinter welchen Marken sich – neben dem frischen Cape-Obst und den Outspan-Apfelsinen – außerdem noch südafrikanische Ware verbergen. So sind diese Artikel bisher nicht vom Boykott betroffen und werden deshalb eifrig weiter verkauft. Es sind dies Konserven der Marken Cold Dish, Karoo-Canpearl, Musketier, Madison, Pearl Reef und Koo-Marmelade. – (jub)

IG DruPa: Gegenanhörung zur Steuerreform

Etwa 2000 Gewerkschaftsmitglieder, in der Mehrheit aus den norddeutschen Bezirken, beteiligten sich am 17. Mai an einer Anhörung der IG Druck und Papier gegen die Steuerreform in der Bonner Beethovenhalle. Die IG DruPa hatte dafür Vertreter der Bundestagsparteien und des Unternehmerverbandes Druck eingeladen. Zum Abschluß der Veranstaltung wurde eine Protestresolution gegen die Steuerreform verabschiedet. K. Falthäuser (CSU) behauptete, das Problem Nacht- und Schichtarbeit sei ein Minderheitenproblem von ca. 8000 Rotationsdruckern, entstanden dadurch, daß diese durch den Tarifvertrag Sonderrechte hätten. G. Uldall (CDU) und H. Rind (FDP) hieben in dieselbe Kerbe: Die Steuerreform sollte dem Bürger mehr Geld geben, das Problem der Besteuerung von Nacht- und Schichtarbeit sei ein Problem der Vereinfachung und Angleichung von Steuervorschriften. Frau Zech (SPD), Oberbürgermeisterin von Hamm, wies auf die Verstärkung der Finanznot der Gemeinden hin. U. Briefs machte als einziger im Nebensatz eine Bemerkung über Nachtarbeit, „die wir

grundätzlich einschränken müssen“, und wies auf den Zusammenhang mit weiteren Gesetzesvorhaben der Regierung hin. Der Vertreter der Druckkapitalisten auf dem Podium trat ein für: Steuerreform grundsätzlich ja, aber Nachtarbeit müsse wegen der Aktualität sein; Leistung muß sich lohnen – Nachtarbeit ist schwer, deshalb sei die Besteuerung ungerecht. D. Hensche rief dazu auf, die weggesteuerten Zuschläge in den Tarifauseinandersetzungen in Lohnerhöhungen wiederzurückzuholen. Dieser Vorschlag, der sich eindeutig gegen die Kapitalisten richtet, wird jedoch schwer durchzusetzen sein. Die Bundesregierung bietet den Druckkapitalisten mit dem Angebot, den Wegfall der Steuerermäßigung schrittweise



Demonstration in Bonn im Anschluß an die Kundgebung.

durchzuführen, eine weiche Lösung an. So soll es den Kapitalisten möglich sein, die Nacht- und Sonntagsarbeit beizubehalten, ohne daß sie dafür vermehrt zahlen müssen. Gegen die Absichten der Regierung und der Druckkapitalisten wandten sich die Streikaufrufe auf der Versammlung, denen ja auch in verschiedenen Betrieben gefolgt wurde. – (uld, ulk/AGMe)

BDA: Neuer Vorstoß gegen Lohnfortzahlung

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) forderte eine Änderung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Die BDA wollen sowohl den Krankenstand in den Betrieben senken als auch einen geringeren Anteil als bisher an den Krankheitskosten tragen. Murmann trat dafür ein, die sechs Wochen Lohn bzw. Gehalt, die die Betriebe nach dem Lohnfortzahlungsgesetz zahlen müssen, künftig an die Dauer der Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu koppeln und zum großen Teil direkt aus der Krankenversicherung zu zahlen. Das würde den Anteil der Kapitalisten

an der Bezahlung der Krankheitskosten deutlich senken und den Lohnabhängigen aufzürden, die mit Beitragserhöhungen für solche Umverteilung zugunsten der Kapitalisten zu zahlen hätten. Außerdem forderte Murmann, daß kranke Lohnabhängige künftig früher zu den Vertrauensärzten der Krankenversicherung bestellt werden müßten. Die Kapitalistenverbände wollen offensichtlich der gewerkschaftlichen Diskussion entgegentreten, in der immer eindeutiger die Position bezogen wird, daß Arbeitsetze, Arbeitszeit und Schweren der Arbeit Gründe für viele Krankheiten sind. Murmann argumentierte mit Untersuchungen, nach denen 1986 ein Industriearbeiter im Durchschnitt 132 Stunden im Jahr wegen Krankheit gefehlt habe. Das ist weitaus weniger als die Sechs-Wochen-Lohnfortzahlungsfrist. Murmann richtete seine Forderungen an die Bundesregierung. Sie müssen aber auch als Ankündigung verstanden werden, daß die Kapitalisten künftig verstärkt gegen kranke Arbeiter und Angestellte vorgehen wollen – und sei es mit ständiger Vorführung vor dem Vertrauensarzt. Insbesondere werden die Vorhaben der Kapitalisten unregelmäßig beschäftigte Lohnabhängige treffen, die z.B. zeitweise von Sozialhilfe leben und nicht selbstständig versichert waren. – (uld)

DGB: Leichte Mitgliederverluste

Einen Verlust an Mitgliedern haben die Gewerkschaften des DGB zusammen zu verzeichnen. Gegenüber 7,765 Millionen Mitgliedern Ende 1986 hatte die DGB-Gewerkschaften Ende 1987 noch 7,757 Millionen Mitglieder. Insbesondere bei den Beamten haben die DGB-Gewerkschaften verloren: knapp 13000 Beamte verließen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, obwohl die ÖTV mit knapp

4000 und auch die Postgewerkschaft mit 600 Neuaufnahmen insgesamt Zuwächse hatten. Der DGB hält den Mitgliederrückgang für minimal. Gut 33000 Frauen wurden im letzten Jahr neu aufgenommen, ein weiterer Schwerpunkt war die Aufnahme von Angestellten. Insgesamt organisiert der DGB nun 1,768 Millionen Angestellte gegenüber 1,755 Millionen im Vorjahr. Die HBV konnte über 6000 neue Mitglieder aufnehmen, die IG Chemie-Papier-Keramik hatte mit 2000 Neuaufnahmen vorwiegend aus dem Angestelltenbereich einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Immerhin sind inzwischen über 20 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder Angestellte, gut zehn Prozent Beamte und 67 Prozent Arbeiter. Dennoch hält das Institut der Deutschen Wirtschaft (IdW), das dem BDI gehört, die Werbekampagnen der DGB-Gewerkschaften unter den Angestellten für wenig erfolgreich. Höhnisch bemerkt das Institut, „die Organisationsstruktur des DGB spiegle jedoch noch die Arbeitsmarktstruktur des Jahres 1951 wieder, als auf einen Angestellten drei Arbeiter kamen“. – (uld)

Mitgliederzahlen

der Einzelgewerkschaften:

IG Bau-Steine-Erden	475575
IG Bergbau und Energie	347528
IG Chemie-Papier-Keramik	655776
IG Druck und Papier	145054
GdED	340095
GEW	188861
GGLF	42253
HBV	385166
GHK	143139
Gew. Kunst	28440
Gew. Leder	47659
IG Metall	2609247
NGG	267555
ÖTV	1202629
GdP	158888
DPG	463757
GTB	254417



*Als Kunde dieser Bank trete
hwarz Südafrikaner mit Fü-*

COMMERZBANK

In der Woche vom 22. bis 29. Mai führen zahlreiche Komitees und Aktionseinheiten Protestaktionen gegen die Unterstützung Südafrikas durch westdeutsche Banken durch. Die Aktionswoche, zu der bundesweit die Aktion „Kein Geld für Apartheid“ und die Anti-Apartheid-Bewegung aufrufen, wird in über fünfzig Orten durchgeführt. – (uld)

V. Dohnanyi-Rücktritt: V. Dohnanyi überläßt Vollendung der Standortpolitik anderen 22

OB-Wahlen Konstanz: Alternative Liste stellt Kandidaten auf 22

Kindertagesstätten: Tarifvertragsentwurf über Arbeitsbedingungen 23

Lehrerfortbildung: Mittelkürzung und verstärkte Kontrolle 23

Westberlin: Bürgerkriegsübung des Staates am 1. Mai in Kreuzberg 24

Bayern: NPD-Landesparteitag in Kaufbeuren 25

Privatuniversität: Nordische Universität wird weiter subventioniert 25

BMW AG: Flexibilisierung in allen Werken, Samstagsarbeit in Regensburg 26

IGM-Vorstand: Den freien Samstag verteidigen 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 29

Antifaschistische Diskussion: Faschistische Wahlerfolge und antifaschistische Strategien 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins: Antikommunistischer Liebesfilm 30

Yasemin: Nett, aber nicht gegen die Ausländergesetze 30

Das Haus in der Carroll Street: Kritik der McCarthy-Verfolgungen 30

Nachrichtensieber: Aufsteiger und Versager beim Fernsehen 30

Buchbesprechung: „Eisenbahn und Autowahn“ 31

Azania: Sharpeville Sechs-Angehörige auf Rundreise in der BRD 32

Spezialberichte

Kurdistan: „Der Kampf hat eine Etappe erreicht, die man als die Vorphase von regionalen Aufständen bezeichnen kann“ 34

— Aktuell in Bonn —

CDU/CSU: Gegen Arbeitslosengeldansprüche

Am 18.5. stellte die „Arbeitsgruppe Wirtschaft“ der CDU/CSU ein 44-Seiten-Papier „Grundzüge der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vor. Darin wünscht sie u.a. die Streichung von 800000 Arbeitslosen, die kein Arbeitslosengeld beziehen, aus der Arbeitslosenstatistik. „Wohlstandsbedingte Arbeitslosigkeit“, „verbunden mit einer begrenzten Arbeitsbereitschaft auf gefällige Arbeiten“, z.B. bei „Teilzeitarbeitssuchenden“, solle gesondert geführt werden, evtl. in der Statistik wegfallen. Die Arbeitsämter sollen „die tatsächliche Verfügbarkeit eines Arbeitslosen“ noch strenger prüfen.

Tariferhöhungen der Post im Post- und Fernmeldebereich

Die Bundespost hat Gebührenänderungen und -erhöhungen angekündigt: Im Postbereich steigen die Tarife durchweg, so für einen Standardbrief von 80 Pf. auf 1.- DM. Im Fernmeldebereich steigen die Gebühren im Nahbereich bzw. werden die Taktzeiten gesenkt, im Fernbereich werden die Taktzeiten erhöht. Dies sind erste Ergebnisse der in Angriff genommenen Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens. Durch die Trennung in gelbe und graue Post entfällt die Quersubventionierung, was zu einer Erhöhung der Porti benutzt wird. Beim Telefon ist es Absicht, auch weiterhin die Ferntarife zuungunsten der Nahtarife zu senken.

Genscher vor Vertriebenen für „Grenzen überwinden“

Drei Minister ermutigten Pfingsten die revanchistischen „Vertriebenenverbände“: Zimmermann erhielt in München den „Karlspreis“ der „Sudetendeutschen“, Entwicklungshilfeminister Klein (CSU) unterstützte in Düsseldorf die „Landsmannschaft der Ostpreußen“, die in ihrer „Rechtsverwahrung“ immer noch behauptet, „Ostpreußen ist Teil Deutschlands“, an solchen Grundsätzen festzuhalten. In Nürnberg versicherte Genscher den „Banater Schwaben“, diese Regierung wolle „Grenzen überwinden“.

CDU: Außenpolitik mehr mit dem Militär

Am 16.5. traf sich die Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU-Fraktion. Referenten waren Wörner und Strauß, Verteidigungsminister Scholz war auch anwesend. Man war sich einig, daß „die Europäer“ und besonders die BRD „größere weltpolitische Verantwortung – auch in Krisenregionen außerhalb des Bündnisgebietes“ übernehmen müßten. Die Vorsitzende, Michaela Geiger, erklärte, die Verfas-

sung erlaube durchaus den Einsatz „deutscher Soldaten“ außerhalb des NATO-Gebiets. (FAZ, 17.05.; CDU-Presseamt, 17.05.)

Bangemann bald EG-Präsident?

Zum 1.1. 1989 endet die Amtszeit von EG-Kommissar Karl-Heinz Narjes. Zu diesem Zeitpunkt will FDP-Chef Bangemann nicht nur Mitglied der EG-Kommission werden, sondern womöglich Präsident der Kommission. Das kündigte Bangemann vergangene Woche an. Noch vor einem Jahr hatte die bürgerliche Presse eine solche Kandidatur der BRD für den Vorsitz der EG-Kommission als aussichtslos beurteilt. Nun steht die Kandidatur, von der Bundesregierung offiziell an-

18.5. beschlossen. Das „Artikelgesetz“ beinhaltet u.a.: Einführung einer zeitlich bis 31.12.1991 befristeten „Kronzeugen“-Regelung für „terroristische Straftäter“, Möglichkeit von „Vorbeugehaft“ gegen angebliche „reisende Straftäter“ (Justizminister Engelhard), schärfere Straf- und Bußgeldvorschriften im Versammlungsgesetz, gesetzliche „Pflicht“ von Demonstrationsleitungen, mit der Polizei zusammenzuarbeiten, Vermummungsverbot bereits auf dem Weg zu Demonstrationen, Schaffung eines § 130b StGB („Öffentliche Befürwortung von Straftaten“) und zahlreiche andere Strafverschärfungen.

Was kommt demnächst?

Am 1. Juni wird Wörner NATO-Generalsekretär. Vom 3. bis 5. Juni führt der revanchistische „Bund der Vertriebenen“ einen Bundeskongreß „Junge Generation“ in Bonn durch. Am 6./7. Juni folgt der Bundesverband der Deutschen Industrie mit seiner Jahrestagung in Bonn. Am 9. Juni behandelt der Bundestag u.a. den Wohn- geld- und Mietenbericht der Bundesregierung, berät Anträge von Grünen und SPD zur „Schuldenkrise“ und einen SPD-Antrag zur Verlängerung des Vorruhestandgesetzes, einen Gesetzentwurf der Grünen zur Begrenzung von Überstunden sowie Zusatzprotokolle zu einem „Europäischen Auslieferungsabkommen“, nach dessen Inkrafttreten z.B. die Türkei eine Liste aller in der BRD von Rebmann und Zimmermann inhaftierten türkischen und kurdischen „Straftäter“ verlangen kann, am 10. Juni einen Gesetzentwurf der SPD zum Kommunalwahlrecht für Ausländer und einen der Regierung zur Verschärfung des Asylrechts. Am 27./28. Juni ist EG-Gipfel in Hannover.



Mit großem militärischem Tamtam geht Wörner an die Spitze der NATO, sein Nachfolger Scholz an die Spitze der Armee. Als Kommentator des Grundgesetzes hat Scholz bereits für seine Aufgabe vorgearbeitet: Die Wiedereinführung der Todesstrafe erklärte er im Kriegsfall für verfassungskonform. Wörner, Spezi von Filbinger, hat einen passenden Nachfolger.

gemeldet. Gelingt der Coup, so würde die BRD erstmalig in ihrer Geschichte in NATO und EG die politischen Führungsposen besetzen.

BRD-SU: Deutsche Bank lockt mit 3,5 Mrd.-Kredit

Am 7.5. hatte die Deutsche Bank mit Vertretern der SU ein Kreditabkommen über 3,5 Mrd. DM unterzeichnet. Beteiligung am Erzabbau auf der Halbinsel Kola und an der Öl- und Gasförderung in Tjumen, Westsibiriens, sowie Ausrüstungen für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sollen winken, berichtet nun das „Handelsblatt“ von der 16. „deutsch-sowjetischen Wirtschaftstagung“ in Moskau. Bis zu Kohls Moskau-Besuch im Oktober werden konkrete Aufträge erwartet.

„Kronzeuge“, Vorbeugehaft und Strafverschärfungen

Ein ganzes Paket von Verschärfungen im Strafrecht hat das Kabinett am

benen“ einen Bundeskongreß „Junge Generation“ in Bonn durch. Am 6./7. Juni folgt der Bundesverband der Deutschen Industrie mit seiner Jahrestagung in Bonn. Am 9. Juni behandelt der Bundestag u.a. den Wohn- geld- und Mietenbericht der Bundesregierung, berät Anträge von Grünen und SPD zur „Schuldenkrise“ und einen SPD-Antrag zur Verlängerung des Vorruhestandgesetzes, einen Gesetzentwurf der Grünen zur Begrenzung von Überstunden sowie Zusatzprotokolle zu einem „Europäischen Auslieferungsabkommen“, nach dessen Inkrafttreten z.B. die Türkei eine Liste aller in der BRD von Rebmann und Zimmermann inhaftierten türkischen und kurdischen „Straftäter“ verlangen kann, am 10. Juni einen Gesetzentwurf der SPD zum Kommunalwahlrecht für Ausländer und einen der Regierung zur Verschärfung des Asylrechts. Am 27./28. Juni ist EG-Gipfel in Hannover.

Sozialhilfe

Albrecht: Geld an Arme ausgeben, verdirbt Chancengleichheit fürs Kapital

Mit der Steuerreform soll die sogenannte Staatsquote sinken. Dabei wird sich diese von der Regierung erwünschte Minderung der Staatsausgaben im Verhältnis zum gesamten gesellschaftlichen Reichtum durchaus unterschiedlich bei den verschiedenen öffentlichen Haushalten auswirken. Überdurchschnittlich sinken die Einnahmen in den Haushalten der Städte und Gemeinden, auch das von der Regierung erwünscht, soll doch nicht etwa weniger in die Rüstung fließen, sondern insbesondere solche Leistungen wegfallen, die in die Lebenshaltung der Lohnabhängigen eingehen. Nun tritt hierbei der Effekt ein, daß die Einnahmenausfälle in den verschiedenen Regionen der BRD recht unterschiedliche Folgen haben, ein Effekt, der bei den davon betroffenen Politikern aus dem Unionslager zum Ruf nach Gegenmaßnahmen geführt hat. Wir zitieren aus dem Gesetzentwurf des CDU/FDP-regierten Landes Niedersachsen:

„Die Regionen der Bundesrepublik Deutschland entwickeln sich seit Jahren wirtschaftlich unterschiedlich. Daraus folgen für Länder und Gemeinden erhebliche Unterschiede sowohl in der Finanzausstattung als auch bei den Ausgaben, insbesondere für Sozialhilfe. Überdurchschnittliche Ausgaben für Sozialhilfe haben zur Folge, daß die betroffenen Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) zukunftsweisende Ausgaben nicht in dem erforderlichen Maß tätigen können bzw. ihre Verschuldung überdurchschnittlich steigern müssen. Dies führt zu einem stetig größer werdenden Rückstand in der Leistungsfähigkeit und damit zu einer zunehmenden Entfernung von dem im Grundgesetz genannten Ziel der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse der Bürger.“

Lösung: Der Bund übernimmt die Hälfte der Sozialhilfeaufwendungen der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände). Die Länder entlasten ihrerseits den Bund teilweise durch Abtretung von Teilen ihres Umsatzsteueranteils.“ (1)

Ausgleich von Profitraten

Nun ist die Entdeckung nicht sonderlich neu, daß sich die verschiedenen Regionen in der BRD unterschiedlich entwickeln. Jahrzehntelang war es z.B. NRW, wo die Produktivität der Arbeit wegen günstiger „Standortbedingungen“ höher war, wodurch dort die Steuereinnahmen reicherlicher als anderswo flossen und der so teilweise

abgeschöpfte Extraprofit über den Länderfinanzausgleich z.B. ins „strukturschwache“ Bayern umgelenkt wurde, um dort die Wirtschaft zu fördern. Inzwischen hat sich, bedingt durch die Umwälzungen der kapitalistischen Produktion, die Richtung dieses Ausgleichs hin zu den nord- und westdeutschen Bundesländern geändert. Aber auch das ist nicht der Grund für den Vorstoß des niedersächsischen Ministerpräsidenten Albrecht, der im Bundesrat ausdrücklich versicherte, daß er an der Höhe des Länderfinanzausgleichs nichts ändern will. Den ehemaligen Keks-Manager erfüllt mit Sorge, daß diese Gelder zunehmend nicht zum Ausgleich von unterschied-

Man könnte einwenden, das sei doch im Grunde bloß eine einfache finanztechnische Operation, vielleicht sogar eher vorteilhaft für die betroffenen Sozialhilfeempfänger. Denn ob sie das Geld aus dem Bundeshaushalt bekämen oder vom Land bzw. den Kommunen, könne ihnen egal sein. Wenn sich dadurch aber der finanzielle Spielraum der am meisten betroffenen Kommunen erhöhe, sei wegen Arbeitsplatzbeschaffung durch Wirtschaftsförderung sogar ein Vorteil zu erkennen. Mag sein, daß solche Überlegungen die SPD-regierten Länder bewogen haben, sich dem Vorstoß Albrechts anzuschließen. Dennoch treffen sie nicht zu.



Die Beseitigung von Arbeitslosengeldansprüchen hat viele Lohnabhängige in die Sozialhilfe gedrückt. Bild: 1. Mai 1982 in Hamburg.

lichen Profitraten verwandt werden, sondern als Sozialhilfeleistungen in die Reproduktion der Arbeitervölkerung gehen. Eine solche Umverteilung ist unerwünscht, die Kommunalhaushalte sollen der Wirtschaft dienen, so heißt es dann auch in der Begründung des Gesetzentwurfs:

„Der Abbau der Überforderung durch überdurchschnittliche Soziallasten und Schuldendienste ist ein wichtiger Beitrag, um künftig eigenverantwortlich in der Lage zu sein, die öffentlichen Investitionen zu tätigen, auf die aufbauend Bürger und Unternehmen angemessene Einkommen und Erträge erwirtschaften und die öffentliche Hände ausreichende Steuereinnahmen erzielen können.“ (1)

Umverteilung durch höhere Mehrwertsteuer

Die finanztechnische Operation ist nämlich nicht ganz so einfach, wie sie auf den ersten Blick aussieht: sie sieht eine Erhöhung der Verbrauchsteuern vor. Somit fände tatsächlich eine Umverteilung von Einkommen der Lohnabhängigen (abgeschöpft durch höhere Mehrwert-, Tabak- und Mineralölsteuern) zu den Kapitalisten hin (höhere Wirtschaftsförderung durch Länder und Kommunen) statt. Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth gratulierte denn auch dem „Kollegen Albrecht“ für die taktische Meisterleistung:

„Damit ist Ihnen natürlich etwa ge-



Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger. Fink (CDA) will sie weiter ausdehnen.

lungen, was ich als eine tolle Tat ansiehe und auch wirklich loben will: Sie haben die SPD-Länder, die noch im Herbst vehement gegen Verbrauchsteuererhöhungen vorgegangen sind, dazu gebracht, eine Verbrauchsteuererhöhung ... zur Verbesserung der Finanzen der Länder zu akzeptieren. Sie haben damit natürlich einen tollen politischen Schlag geführt ... Denn wer eine Verbrauchsteuererhöhung für die Länder akzeptiert, kann sie als Europäer für Europa nicht ablehnen.“(2)

Stärkung der Monopole durch stärkeren Zentralstaat

Späth wirft nun in die Diskussion, daß die vorgesehene Umverteilung von Wirtschaftsförderung nicht genügend Sicherheit biete, daß sie auch tatsächlich den richtigen Empfänger erreiche. Gelder in den sozialen Wohnungsbau zur Rettung notleidender Bauunternehmen? Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Ruhrgebiet, das immer noch ein viel zu hohes Lohnniveau habe? Alles verkehrt, sagt Späth:

„Ich will ihnen ganz offen sagen: Wenn Sie die Probleme nicht in Bezug auf den Kern der Struktur lösen, und zwar in einer konzertierten Aktion von Tarifpolitik, Ansiedlungspolitik, Infrastrukturpolitik, d.h. vor allem Forschungsinfrastruktur, Technologie-transfer und Gründung neuer Unternehmen, werden Sie zwar die Nordländer an den Tropf hängen, gleichzeitig aber die Innovationskraft der gesamten Republik möglicherweise gewaltig einschränken.“(2)

Deshalb solle die Verbrauchsteuererhöhung nicht zur Umverteilung bei der Sozialhilfe verwandt werden, son-

dern zur Bildung eines beim Zentralstaat angesiedelten Strukturfonds. Ein solches „Strukturministerium“ wäre die Garantie, daß die Wirtschaftsförderung bei den großen Konzernen landet, die Konkurrenz der kleinen Kapitale untereinander sich verschärfen würde, und somit die Konzentration des Kapitals sich bedeutend beschleunigen würde – von Monopolführern wie dem Daimler-Chef Reuter als ausdrücklich erwünscht bezeichnet, um die Schlagkraft der BRD-Konzerne auf dem europäischen Binnenmarkt zu stärken.

Und schließlich dürfe die regionale Wirtschaftsförderung nicht zu einer Milderung der Konkurrenz unter den Anbietern von Arbeitskraft führen, oder wie Späth formuliert: „Wie schaffen wir es, zu erreichen, daß beispielsweise die Investitionshilfen wirken, wenn bei den Arbeitskräftekosten kein Unterschied zwischen den Überlastungsgebieten und den Arbeitslosengebieten besteht?“(2)

Höhe der Sozialhilfe zur Disposition gestellt

Die Kosten für die Sozialhilfe entstehen, weil die Kapitalistenklasse den Wert der Arbeitskraft nur teilweise zahlt. Zeiten, in denen die Arbeitskraft sich in Reserve zu halten hat, werden nicht oder nur begrenzt durch die Arbeitslosenversicherung überbrückt, Alter, Krankheit oder was es sonst an Gründen geben mag, warum jemand für den kapitalistischen Arbeitsmarkt vorübergehend oder dauernd unbrauchbar ist, sind bei einer zunehmenden Zahl von Leuten immer weniger durch kollektive, geschweige denn durch individuelle Vorsorgeleistungen aus Lohnreserven

abgedeckt. Daran soll sich nach dem Willen aller Unionspolitiker, die sich bisher zu Wort gemeldet haben, nichts ändern – man muß hinzufügen, leider kann man auch aus den Äußerungen der SPD nichts entsprechendes entnehmen. Keiner spricht davon, die Arbeitslosenversicherung solle zeitlich unbefristet gewährt werden, allenfalls die wie die Sozialhilfe der Bedürftigkeitsprüfung unterworfenen Arbeitslosenhilfe könne vielleicht zeitlich verlängert werden. Ebensowenig spricht man in der Union davon, daß in der Rentenversicherung eine Mindestrente zu zahlen sei, die die Reproduktionskosten im Alter garantiert, geschweige denn, daß an die Einrichtung öffentlicher Institutionen gedacht wird, die pflegebedürftige ältere Menschen versorgen könnten.

Der gemeinsame Standpunkt ist vielmehr: „Die Sozialhilfe ist ein großer Brocken, bei dem man Luft schaffen kann“, wie es Späth formuliert. Bei Redaktionsschluß stand die Vereinbarung der CDU-Führung über Einzelheiten noch aus, die Richtung ist aber aus den verschiedenen Beiträgen erkennbar.

– Als größten Posten, bei dem eine Verringerung möglich sei, hat Späth den Pflegebereich ausgemacht. Statt öffentlicher Einrichtungen mit „Heimcharakter“ sollen die Länder und Kommunen vermehrt Sozialstationen betreiben, mit einer Kombination von „ehrenamtlicher und hauptamtlicher“ ambulanter Betreuung. Und wer soll da „ehrenamtlich“ oder sonstwie halb umsonst tätig sein? Nun, mit einer Regelung bei den Rentenansprüchen könnte man bei der älteren Generation doch so manchen aktivieren, meint Späth.

- Aus Westberlin meldete sich der Sozialsenator Ulf Fink: Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger – 120 Mark für 40 Stunden im Monat – habe sich bewährt, um doch einige „Schmarotzer“ dazu zu bringen, „auf weitere Sozialhilfe zu verzichten“.

- Und schließlich sei noch daran erinnert, daß seit vergangenem Herbst eine Ausarbeitung der Ländersozialminister zur Höhe der Sozialhilfe vorliegt, die eine Abkoppelung von einem angenommenen Mindestbedarf vorsieht und stattdessen den Verbrauch von Haushalten mit Niedrigst-



Auf dem Arbeitsamt

einkommen zum Maßstab machen will.

*

Bei näheren Betrachtung erweisen sich also alle Spekulationen, daß die Union in einer tiefen Krise stecke, weil Albrecht im Bundesrat gemeinsam mit den SPD-regierten Ländern operiert, als bloße Wunschträume. Das Konzept der Steuerreform – Senkung der Staatsquote mit Umverteilung von Lohngeldern hin zu den Kapitaleignern – ist keineswegs gescheitert, sondern wird von der Regierungskoalition Zug um Zug vervollständigt. Statt Hoffnungen auf einen im Selbstlauf vor sich gehenden Zerfall des bürgerlichen Lagers, den man bequem eingerichtet in den Umständen abwarten kann, sollte die Opposition lieber ihre Kritik der brutal marktwirtschaftlichen Politik verbessern.

(1) Bundesrats-Drucksache 124/88; (2) Bundesrat Plenarprotokoll 588; weiterer Quellenhinweis: Bundestag Plenarprotokoll 11/77; Handelsblatt, 11.5.88 – (alk)

Strafgesetze

Spaltung und verschärzte „Terroristen“hatz geplant

Am 18. Mai beschloß die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Inneren Sicherheit, auf den sich die Regierungsfraktion in Grundzügen bereits im Oktober letzten Jahres geeinigt hatte. Der Entwurf ist nun an den Bundesrat und den Bundestag zur Beratung zugegangen. Er sieht im einzelnen folgende Verschärfungen vor:

- Mit dem § 130 b Strafgesetzbuch soll künftig die öffentliche Befürwortung von Straftaten verfolgt werden.
- Die Mindeststrafe für erpresserischen Menschenraub wird von drei auf fünf Jahre Gefängnis erhöht; „Geiselnahme“, mit einer Mindeststrafe von sieben Jahren Gefängnis bedroht, soll künftig schon stattgefunden haben, wenn „der Entführte selbst zu Handlungen genötigt oder die Drohung mit Freiheitsentziehung von über einer Woche Dauer als Mittel der Nötigung eingesetzt wird“.
- Mit Gefängnis soll künftig die „Störung öffentlicher Betriebe in den Fällen, in denen durch die Tat die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern beeinträchtigt wird“, verfolgt werden.
- Sogenannte Wiederholungstäter, die die Polizei als schwere Landfriedensbrecher kennt, soll sie künftig im Vorfeld von Demonstrationen verhaftet werden können. Für diese Vorbeugehaft ist nicht einmal eine rechtskräftige Verurteilung wegen schwerem Landfriedensbruch nötig, die Polizei muß sich nur erinnern können.
- Mitglieder aus RAF u.a. sollen bis Ende 1991 als Kronzeugen aussagen und erhalten dafür Straffreiheit bzw. bei bestehender Mordanklage Strafmilderung auf mindestens drei Jahre.
- Mit Änderungen im Versammlungsgesetz sollen künftig Anmelder von Versammlungen und Demonstrationen und diejenigen, die zur Teilnahme aufgerufen haben, zur Zusammenarbeit und zur Auskunft gegenüber der Polizei gezwungen werden. Bei Nichtbefolgen droht Bußgeld.
- Mit Gefängnis bzw. Geldstrafe soll künftig „Vermummung“ und „passive Bewaffnung“ bei öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen oder öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel bestraft werden.
- Mit Gefängnis bzw. Geldstrafe wird die „Zusammenrottung aktiv oder passiv bewaffneter oder vermummter Personen am Rande von oder im Anschluß an Demonstrationen und Kundgebungen“ bedroht.
- Mit Bußgeld soll bestraft werden, wer auf dem Weg zu Demonstrationen oder Kundgebungen „Vermum-

mungsgegenstände“ mit sich trägt.

- Die Aufforderung zur Teilnahme an einer verbotenen oder aufgelösten Versammlung soll ebenfalls mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft werden können.

Der Polizeiwillkür ist durch dieses Gesetzespaket Tür und Tor geöffnet. Es zielt zum einen darauf, das Umfeld „terroristischer Vereinigungen“ noch weiter zu definieren und für alle, die der Mitgliedschaft oder Propaganda in der „Roten Armee Fraktion“ verdächtigt werden, das Strafmaß zu erhöhen. Die Kronzeugenregelung wird kaum zu Überläufern führen, bietet aber im Prozeß natürlich die Möglichkeit für die Reaktion, auf die besondere Verwerflichkeit des Verhafteten hinzuweisen, der sich nicht einmal als Kronzeuge zur Verfügung stellte.

Zum anderen sollen die Gewaltfrage als Mittel der Spaltung öffentlichen Protestes eingesetzt werden. Die Anmelder von Demonstrationen und Kundgebungen sollen praktisch zur Spitzeltätigkeit oder zum Aufstellen eigener Wachtruppen gezwungen werden, wollen sie nicht mit Bußgeldern – und die können durchaus in die Tausende gehen – bestraft werden. Wenn die Polizei in Vorbeugehaft nehmen kann, wen sie für einen Wiederholungstäter hält, wird die Teilnahme an so von der Polizei verfolgten Demonstrationen für viele Lohnabhängige zum unkalkulierbaren Risiko. Bei der „passiven Bewaffnung“ bzw. „Vermummung“ haben die Richter bereits jetzt Schwierigkeiten, erfolgreich Bußgeld zu verhängen. Sollen die neuen Bestimmungen den von der Reaktion gewünschten Erfolg haben, muß jedes Halstuch und jeder Schal, jede Mütze, jeder Hut, jede Kapuze oder Motorradhelm zum kriminellen Kleidungsstück werden. Quellenhinweis: Presseerklärungen des Bundesinnenministeriums und des Justizministeriums v. 18. Mai 1988 – (uld)

Gorch Fock

Erstes BRD-Kriegsschiff in Israel

„Gute Nachricht aus dem Heiligen Land“ überschrieb die Bild-Zeitung ihren Kommentar am 10. Mai, „Deutsche Uniformen in Israel. Noch vor Jahren wäre das undenkbar gewesen“, jubelte sie. Für einige Tage hielt sich Mitte Mai das Schulschiff der Bundeswehr, aus Oman am Golf kommend, in Israel als „Deutscher Botschafter ganz besonderer Art“ auf.

Immer offensichtlicher wird, daß

die BRD ihre militärische Operationsbasis in das Mittelmeer und in den Nahen Osten hinein ausweiten will. Seit Monaten beteiligen sich BRD-Kriegsschiffe an NATO-Manövern im Mittelmeer und „ersetzen“ US-Kriegsschiffe, die im Golf im Einsatz sind. Anlässlich des Gorch Fock-Besuchs in Israel schrieb die „Welt“ am 10.5.: „Es gibt nicht nur einen für beide Seiten (Israel und die BRD, d.Verf.) recht fruchtbaren Austausch von Rüstungsmaterial ... Auch hat die Zahl der israelischen Militärdelegationen zugenommen, und Bonn profitiert von den Erfahrungen, die die Israelis mit sowjetischen Waffen gesammelt haben.“

Bei seiner Verabschiedung als Verteidigungsminister propagierte der neue NATO-Generalsekretär, M. Wörner, Mitte Mai erneut den Einsatz von Bundeswehrtruppen in Krisengebieten, als Teil einer „UN-Friedenstruppe“. Die BRD müsse auf Dauer „größere Verantwortung im internationalen Rahmen“ übernehmen. Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Außenpolitik der CDU/CSU, M. Geiger, forderte eine „größere weltpolitische Verantwortung“ der Europäer und den Einsatz europäischer Truppen in Krisengebieten außerhalb der NATO.

Vor kurzem machten italienische Regierungspolitiker den Vorschlag, die Europäische Gemeinschaft sollte Truppen in die von Israel 1967 besetzten Gebiete wie Westjordanland und den Gaza-Streifen schicken und ein „Schutzmandat“ über diese Gebiete übernehmen. Westeuropäisches Militär zum „Schutze“ der Palästinenser bot nur wenige Wochen zuvor bereits der französische Premier Chirac dem Führer der PLO, Arafat, an. Arafat hatte gute Gründe, in Erinnerung der europäischen Kolonialherrschaft im Nahen Osten und Nordafrikas und vor dem Hintergrund der aktuellen Politik der EG gegen die palästinensische Revolution und für die Stützung des zionistischen Israels, dankend abzulehnen.

Wie sehr die westeuropäischen Bemühungen zur direkteren Einflussnahme im Nahen Osten bereits gediehen sind, oder wie es in der Erklärung der EG-Staaten 1980 in Venedig heißt, „daß die zwischen Europa und dem Nahen Osten bestehenden traditionellen Bindungen und gemeinsamen Interessen es ihnen zur Pflicht machen, eine besondere Rolle zu spielen“, zeigen u.a. auch die seit 1986 betriebenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und den besetzten Gebieten. Die Pläne der EG zum Wiederaufbau des 1967 von Israel zerstörten Hafens von Gaza laufen darauf hinaus, einen Brückenkopf für die imperialistischen Interessen der EG zu schaffen.

Quellenhinweis: NZZ, FAZ, versch. Ausg.; Weser-Kurier, 18.5.88; Hannoversche Allgemeine Zeitung, 17.5.88 (sie)

Postreform

Bundeskabinett beschließt Gesetzentwurf: Neustrukturierung der Bundespost

Am 11. Mai hat das Bundeskabinett den „Entwurf eines Gesetzes zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost“ beschlossen. Als Vorbereitung hatte die Bundesregierung im März 1985 eine Regierungskommission „Fernmeldewesen“ berufen, „um einen Bericht über Aufgabenstellung und Möglichkeiten zur Verbesserung der Aufgabenerledigung im Bereich des Fernmeldewesens“ (1) vorzulegen. Ziel des Auftrags war „die bestmögliche Förderung technischer Innovation, die Entwicklung und Wahrung internationaler Kommunikationsstandards sowie die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Markt der Telekommunikation“ (1).

Das Kommissionsergebnis beinhaltet:

- Die Zerschlagung des einheitlichen Verbandes der Deutschen Bundespost in zwei selbständige Bereiche: Die gelbe Post und die graue Post (Telekom).

des Monopols der Telekom an den Netzen und dem Telefondienst gefordert.

In ihrem nunmehr verabschiedeten Gesetzentwurf hat sich die Bundesregierung die Vorschläge der Fernmeldekommision weitgehend zu eigen gemacht. Das Gesetz sieht vor:

Die Deutsche Bundespost wird in drei selbständige Unternehmen aufgeteilt: POSTDIENST, POSTBANK und TELEKOM. Sie haben eine eigene Geschäftsführung und getrennte Rechnungsführung. In ihrem Geschäftsbereich handeln sie als privatrechtliche Unternehmen, legen ihre Preise z.B. eigenständig fest. Gelderflüsse zwischen den drei Unternehmen unterliegen strengen Richtlinien und werden vom Ministerium für Post und Telekommunikation sowie dem Wirtschaftsministerium (Bundeskartellamt) kontrolliert. Ein Kontroll- und Beschlußorgan wie den Postverwaltungsrat, über den bestimmte gesellschaftliche Anforderungen auch



– Die Beibehaltung des Monopols der Telekom an den Übertragungsnetzen und dem Telefondienst, verbunden mit einer regelmäßigen Kontrolle über ein preisgünstiges Angebot der Monopoldienste.

– Zulassung von Wettbewerb von Kommunikations- und Informationsdiensten, die auf den Monopolnetzen der Telekom durchgeführt werden. Pflicht der Telekom zur Überlassung von Netzkapazität an private Diensteanbieter.

In einem Sondervotum hatten Tyll Necker (BDI), Dr. Jürgen Terrahe (Commerzbank), Dieter Fertsch-Röver (FDP) und Prof. Möschel (Universität Tübingen) zusätzlich die Aufhebung

der Lohnabhängigen formulier- und durchsetzbar waren, wird es nicht mehr geben.

Die Telekom behält das Monopol an den Übertragungsnetzen und dem Telefondienst, der Markt für Dienstleistungen auf dem Netz wird dem Wettbewerb und privaten Anbietern geöffnet. Die Bundesregierung betont ausdrücklich, daß nach wie vor das flächendeckende Angebot von Netzen und Diensten die Aufgabe der Telekom ist. (2) Über diesen Punkt hatte es im Vorfeld der Verabschiedung Streit mit den Bundesländern gegeben. Die Telekom kann auch in den freien Diensten zu Pflichtleistungen und zu einem bundeseinheitlichen

Aus dem Bericht der Fernmeldekommission

„Durch das Zusammenwachsen der Märkte des Fernmeldewesens und der Datenverarbeitung, verursacht durch die Entwicklung der Mikroelektronik als Basistechnologie, bieten sich erweiterte Möglichkeiten der ordnungspolitischen Gestaltung von Netzen, Dienstleistungen und Endgeräten an. Ausbau und Weiterentwicklung der vorhandenen Netze zu einem integrierten Universalnetz und darüberhinaus zu einem umfassenden Breitbandnetz sind eine bedeutsame Zukunftsaufgabe. Ihre Erfüllung verlangt erhebliche Investitionen. Über die Infrastrukturaufgaben hinaus sind neue Anstrengungen zu unternehmen, bedarfsgerechte, innovative und im Preis-Leistungs-Verhältnis angemessene Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten für Wirtschaft und private Haushalte zu schaffen. Dafür ist eine Intensivierung des Wettbewerbs auf den Telekommunikationsmärkten erforderlich. Neben dem Angebot von Universaldiensten an jedermann wird eine zusätzliche Orientierung an den spezifischen Kommunikationsbedürfnissen unterschiedlicher Teilnehmer notwendig.“

Um der veränderten Aufgabenstellung zu entsprechen, ist eine Neuordnung der Telekommunikationsmärkte zu erwägen, die der Deutschen Bundespost einen hinreichenden Gestaltungsspielraum gewährt und gleichzeitig den Wettbewerb mit privaten Unternehmen öffnet.“
(Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, Seite 1)

Angebot gezwungen werden.

Die Beibehaltung des Monopols am Telefondienst, welcher gegenwärtig 90% der Fernmeldeinnahmen erbringt, wird mit der Notwendigkeit der Erzielung höherer Preise als im Wettbewerfsfalle (3) begründet. Mit diesen Monopolgewinnen sollen die Kosten des ISDN-Ausbaus, die Infrastrukturaufgaben und die Forschungen der Telekom auf dem Dienstemarkt bezuschußt werden. Demgegenüber sollen die Preise der Telekom für Dienste auf dem Netz durch Wettbewerb gesenkt werden. Mit anderen Worten: Nutznießer der angebotenen Dienste sind vor allem die Kapitalisten für ihre Geschäfte untereinander. Deren Preise werden aus dem Telefondienst subventioniert. Haupteinnahmequelle des Telefondienstes sind vor allem private Haushalte. Diese finanzieren somit den schlagkräftigen Ausbau der Fernmeldenetze und

Aus dem Sondervotum der Kapitalistenvertreter

„Der Kommissionsbericht zeigt auf, daß durch neue technische Entwicklungen die Beibehaltung eines die Netze und Dienstleistungen umfassenden Fernmeldemonopols unnötig und teilweise unmöglich wird ... Der Bericht zieht aber daraus nicht die notwendigen Folgerungen ... Das Ziel, die bestmögliche Versorgung der Bürger, der Wirtschaft und aller anderen Benutzerkreise mit anspruchsvollen Diensten zu angemessenen Preisen zu erreichen, weist über die Vorschläge des Kommissionsberichts zur Neuordnung der Märkte hinaus. Dieses Ziel erfordert den Aufbau konkurrierender Netze durch Betreiber, die vom staatlichen Netzträger unabhängig sind, mindestens jedoch die Lizenzierung eines weiteren Netzes. Nur der damit entstehende Wettbewerbsdruck bietet Gewähr, daß Mietleitungen zu kostengünstigen Konditionen angeboten werden und eine differenzierte Nachfrage darüber hinaus flexibel durch Spezialnetze bedient wird.“
(Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, Seite 135/136)

Aus der Konzeption der Bundesregierung

„Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich dafür ein, in der 11. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags eine grundlegende Reform des Post- und Fernmeldewesens durchzuführen. Sie trägt damit der Erkenntnis Rechnung, daß weltweit alle Industrieländer zur Sicherung und Förderung ihrer Leistungsfähigkeit immer stärker auf ein nachfragegerechtes innovatives und preiswertes Angebot von Kommunikationsdiensten angewiesen sind ... Aus diesem Grund ist es unerlässlich,



den ordnungspolitischen Rahmen an die veränderten Marktbedingungen anzupassen und die vorhandenen institutionellen Gegebenheiten neu zu strukturieren, um ihnen mehr Flexibilität, Marktnähe und Innovationsfähigkeit zu verleihen.“

Die zunehmende Differenzierung der Nachfrage nach Post- und Fernmelddiensten läßt in Zukunft eine solche Konzentration auf einen einzigen Anbieter nicht mehr zu. Es ist deshalb dringend notwendig, durch die Schaffung neuer Rahmenbedingungen die Vielfalt der Angebote vor allem in den Marktbereichen zu ermöglichen und zu fördern, in denen sich die Kundenbedürfnisse schnell fortentwickeln ... Wettbewerb kann jedoch erst dann zu den gewollten volkswirtschaftlichen Effekten führen, wenn auch weiterhin eine leistungsfähige Infrastruktur des Post- und Fernmeldewesens und eine zuverlässige und preiswerte Grundversorgung für alle Nutzer gewährleistet werden kann.“

(Konzeption der Bundesregierung zur Neuordnung des Telekommunikationsmarktes, Seite 6/7)

dienste.“

„Die Hinwendung zur Absatz- und Kundenorientierung bedingt, daß bei den Beschäftigten das Kostenbewußtsein und die Bereitschaft zu einem ergebnisorientierten Handeln stärker aktiviert und gefördert wird.“ (4) Durch noch zu verabschiedende Rechtsverordnungen sollen die Konkurrenz fördernde Elemente des Lohnsystems der freien Wirtschaft in den Postunternehmen Einzug halten. Bestimmte Ansprüche auf Gehaltsanstieg aus dem Beamtenrecht sollen beseitigt werden, allein die Leistung soll berechtigen (nicht verpflichten), mehr Geld zu erhalten. Gefördert werden soll die Spaltung und Arbeitsintensivierung der Beschäftigten.

Damit hat die Bundesregierung stärker als die Kommission darauf geachtet, daß die Telekom ein schlagkräftiges Unternehmen wird. Offensichtlich soll das jetzt in Händen der

Bundespost konzentrierte Know-How benutzt werden, um mit der Öffnung des EG-Binnenmarktes in die Telekommunikationsmärkte anderer EG-Staaten beherrschend einzudringen. Mit den Monopoleinnahmen als Rückgrat und dem Anspruch aus den EG-Richtlinien, daß ausländische Diensteanbieter gleiches Zugangsrecht zu den jeweiligen Fernmeldenetzen haben müssen, soll die Telekom mit neu entwickelten, innovativen Kommunikationsdiensten die EG-Vorherrschaft erringen. Reibungsverluste durch zuviel Wettbewerb im Inland wären da hinderlich. (5)

((1) Neuordnung der Telekommunikation, Bericht der Regierungskommission Fernmeldewesen, Seite 9; (2) Konzeption der Bundesregierung zur Neuordnung des Telekommunikationsmarktes, Seite 57; (3) a.a.O, Seite 91; a.a.O, Seite 8; (5) a.a.O, Seite 49) - (thh)

Dienstleistungsgesetz

Kapitalisten wollen jetzt das Wochenende

Kaum hat Bundesarbeitsminister Blüm am 2.5. den Gesetzentwurf zum Dienstleistungsabend vorgelegt, setzen die Kapitalistenverbände mit neuen Forderungen nach. Sie verlangen zur Umsetzung dieses Sondergesetzes für alle Dienstleistungsbereiche und den Öffentlichen Dienst die Beseitigung tariflicher und gesetzlicher Arbeitsschutzbestimmungen.

Gerhard Strümper von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels macht auf „das Problem der betriebsverfassungsrechtlichen Durchsetzbarkeit längerer Öffnungs- und Arbeitszeiten aufmerksam. So hat ... die mitbestimmende Entscheidung über die Lage der Arbeitszeit Vorrang vor der unternehmerischen Entscheidung über die Ladenöffnung.“ Strümper fordert die gesetzliche Beseitigung des Mitbestimmungsrechts. (1)

Dr. Wichmann vom Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser BdSW sieht in dem Gesetzentwurf „einen ersten Schritt sinnvoller staatlicher Deregulierung in Richtung auf eine weitere Flexibilisierung des veralteten Ladenschlußgesetzes.“ Vorläufig soll am Donnerstag und bis 22.00 Uhr der Dienstleistungsabend stattfinden. Donnerstags, damit die Regale der Supermärkte für den Samstag ohne zusätzlichen Personalaufwand am Freitag aufgefüllt werden können. Danach will der BdSW eine längere Samstagsöffnung. Weiter gieren die SB-Warenhäuser nach der Umwandlung des sonntäglichen „Probewohnens“ zum Sonntagsverkauf. (2)

Blüm findet den ungeteilten Beifall der Kapitalistenvertreter, wenn er mit der „Schaffung des europäischen Binnenmarkts“ bis 1992 die Nacharbeit durchsetzen will: „Mit dem Gesetz ... passen wir uns fortschrittlichen und bewährten Lösungen in anderen europäischen Ländern an.“ Die Beseitigung des Ladenschlußgesetzes, das „im Ausland zum Symbol für deutsche Inflexibilität geworden“ ist, ist „ein wichtiges Signal für eine Auflockerung verkrusteter nicht mehr zeitgemäßer Regelungen“. (3)

„Harmonisiert“, d.h. beseitigt, werden per Gesetz die tarifvertraglichen Regelungen zur Schicht-, Überstunden- und Nachtarbeit mit zeitlicher Begrenzung und Zuschlägen und die Regelarbeitszeit von acht Stunden. Beseitigt wird das Mitbestimmungsrecht zumindest für den Öffentlichen Dienst.

(1) Pressedienst des Handels, 19/88; (2) Pressemitteilung BdSW, 4.5.88; (3) Presseerklärung Bundesarbeitsminister, 2.5.88; Handelsbl., 3.5.88 - (rub)

Gesetzentwurf zum Dienstleistungsabend

Gesetzentwurf

Artikel 1: Empfehlung für einen Dienstleistungsabend

Dienstleistungsbetriebe sowie den Dienststellen des Bundes mit regem Publikumsverkehr wird empfohlen, an jedem Donnerstag, der kein gesetzlicher Feiertag ist, einen Dienstleistungsabend bis 21 (22) Uhr einzurichten.

Artikel 2: Änderung des Ladenschlußgesetzes

(2) ... dürfen Verkaufsstellen donnerstags bis 21 (22) Uhr geöffnet sein, wenn hierdurch die ... zulässige Gesamtöffnungszeit in der Woche von 64 1/2 Stunden, bei einem langen Samstag in der Woche von 68 1/2 Stunden nicht überschritten wird.

(3) Verkaufsstellen des Großhandels unterliegen den allgemeinen Ladenschlußzeiten ... ,

1. wenn sie Waren auch privaten Letztabrauchern verkaufen oder
2. wenn sie Einkaufsberechtigten auch Waren zur Deckung ihres betriebsfremden Eigenbedarfs verkaufen...

Begründung

A. Allgemeines:

... Die Bundesregierung geht davon aus, daß ein Angebot an Waren und Dienstleistungen an einem Abend in der Woche eine entsprechende Nachfrage der Verbraucher und damit Wachstums- und Beschäftigungsimpulse im Dienstleistungsbereich auslösen wird. ... Mit der Wahrnehmung dieser Chancen wird auch das Angebot an Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer, die eine Beschäftigung in der zweiten Tageshälfte oder eine Teilzeitbeschäftigung in den Abendstunden suchen, zunehmen.

Zugleich soll ein Beitrag zur Belebung der Innenstädte in den Abendstunden und zur größeren Bürger Nähe der Verwaltung geleistet werden. Dies setzt auch ein entsprechendes Angebot des Nahverkehrs am Dienstleistungsabend voraus. Dieses Angebot wird durch einen einheitlichen Abend für alle Bereiche erleichtert. ...

B. Im einzelnen

Zu Artikel 1 Empfehlung für einen Dienstleistungsabend

... Unter Dienstleistungsbetrieben sind alle Betriebe zu verstehen, die ihren Kunden Waren oder Dienstleistungen in ihren Geschäftsräumen anbieten. ...

Unter Dienststellen des Bundes mit regem Publikumsverkehr sind Dienststellen zu verstehen, in denen ein unmittelbarer, persönlicher Verkehr zwischen der Behörde und dem

außenstehenden Bürger in erheblichem Umfang stattfindet. Dienststellen im Sinne dieses Gesetzes sind einzelne Behörden und Verwaltungsstellen des Bundes und der bundesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Bundes. ...

Zu Artikel 2 Änderung des Ladenschlußgesetzes

... Die tatsächliche Dauer und Lage der Öffnungszeiten an den einzelnen Tagen in der Woche innerhalb der zulässigen Gesamtöffnungszeit bleibt betrieblichen Regelungen überlassen. ...

„Referentenentwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Dienstleistungsabends“

II. Ziel des Gesetzes

Mit der Einführung eines Dienstleistungsabends soll es den Bürgern ermöglicht werden, ... Dienstleistungen in Dienstleistungsbetrieben und Behörden in Anspruch zu nehmen, z.B. in Banken, Sparkassen, bei Versicherungen, bei Reiseverkehrsunternehmen, bei der Post, beim Arbeitsamt, beim Einwohnermeldeamt, beim Paßamt, bei den Prüfstellen für Kraftfahrzeuge. ...

IV. Ergänzende Hinweise zum Thema „Dienstleistungsabend“

... – Insbesondere in den letzten Jahren hat sich die Bundesrepublik Deutschland zur einer Dienstleistungsgesellschaft mit einem weiter expandierenden Freizeitsektor entwickelt. Der Einzelhandel konkurriert mit einer 1956 nicht bekannten Fülle anderer Dienstleistungsbereiche, die ihre Verkaufsleistungen bei freier Wahl der Angebotszeit erbringen können. ...

– Neben dem gestiegenen Einkommen ist seit 1956 auch eine Steigerung des individuellen Bedarfs, der durch die Einzelhandelsunternehmen zu decken ist, eingetreten. So ist das durchschnittliche Sortiment eines Supermarktes von 500 bis 700 Artikeln im Jahr 1956 auf ca. 5800 Artikel im Jahr 1985 gestiegen. Dem damit verbundenen erhöhten Zeitbedarf der Verbraucher steht zwar die Verkürzung der tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit gegenüber, was aber bereits allein durch die starke Expansion der Einkommen und der Sortimente kompensiert wird. Die seit Jahren in allen Bereichen feststellbare Entkoppelung von individueller Arbeitszeit und Betriebszeit, verbunden mit verlängerten Fahrzeiten zwischen Wohnsitz und Arbeitsplatz, führt zu einer spürbaren Verringerung der disponiblen Zeit zwischen Arbeitende und Ladenschluß um 18.30 Uhr, die wochentags zum Einkaufen zur Verfügung steht. ...

Kurdistan

Allianzprotokoll zwischen PKK und PUK unterzeichnet

Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus einer gemeinsamen Erklärung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK). Die PKK führt den Befreiungskampf im türkisch besetzten Nord-West-Kurdistans. Die PUK, am 1.6.1975 nach einer Abspaltung von der PDK – Demokratische Partei Kurdistans (Barzani) – gegründet, hat ihre Einflußgebiete vor allem im Süden Kurdistans entlang der Grenze zwischen dem Irak und Iran. Gegen ihre Gebiete richtete das irakische Regime seine kürzlichen Giftgasangriffe. Seit ihrer Gründung führt die PUK einen bewaffneten Befreiungskampf. Nach verschiedenen Angaben verfügt sie über ca. 8000 bewaffnete Guerillas. – (rül)

Erklärung an die Öffentlichkeit! Die PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) und die PUK (Patriotische Union Kurdistans) haben ein Allianzprotokoll unterzeichnet.

Mitte April 1988 sind die Kommissionen unter der Führung des Generalsekretärs der PKK, Abdullah Özalan, und des Generalsekretärs der PUK, Celal Talabani, zusammengetroffen. Die Kommissionen, die mit großer Verantwortung und auf kameradschaftliche Weise ihre Aktivitäten aufnahmen, haben wichtige Beschlüsse zur Vereinigung der national-demokratischen Bewegung unseres Volkes und zur Verstärkung dieser Einheit gefaßt.

Bei den Gesprächen zwischen den beiden Kommissionen wurde die Situation Kurdistans in der Geschichte und die wirtschaftliche, soziale, politische und kulturelle Situation Kurdistans, das durch die kapitalistisch-imperialistischen Kräfte und die Kolonialisten geteilt wurde, aufgegriffen...

Es wurde bei den Gesprächen dargelegt, daß die faschistischen türkischen und irakischen Regimes versuchen, durch den niederträchtigen Krieg gegen unser Volk seine national-demokratische Bewegung zu ersticken und seiner Entwicklung Einhalt zu gebieten. Auch wurden dabei die Errungenschaften des nationalen Unabhängigkeitskampfes in Nord-West-Kurdistan, der immer neue Dimensionen erlangt, dargelegt. Es wurde festgestellt, daß die kolonialistischen Staaten seit der Errichtung der Fremdherrschaft über Kurdistan eine sehr enge Allianz gebildet haben (Sadabad, Pakt von Bagdad, Cento u.a.) und sie mit diesen Allianzen unser Volk in die Enge zu treiben bezeichnen... Auf der Grundlage dieser Bewertungen haben unsere Organisationen mit Vorbehalt der Sensibilität der Phase der gegenwärtigen nationalen Widerstandsbewegung unseres Volkes folgende Beschlüsse gefaßt mit dem Ziel, die aus dieser Situation eventuell entstehenden Gefahren und negativen Situationen beiseite zu legen, und die Gespräche mit der Fassung eines Protokolls beendet:

– Um den rücksichtslosen Angriffen des Feindes standzuhalten und die nationale Widerstandsbewegung unseres Volkes zu entwickeln, werden Bemühungen angestellt für die Vorbereitung der Grundlagen für den Sieg in diesem Krieg durch einen ernsthaften Kampf; hierfür sollen Bemühungen angestellt werden, alle nationalen Kräfte zu vereinen und mit ihnen auf nationaler Ebene eine... Front zu schaffen. Bemühungen sollen für die Entwicklung der Koordination, der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Kampfes geführt werden.

– In allen Teilen soll der bewaffnete revolutionäre Kampf entwickelt werden; gegen liquidatorische und spaltende Tendenzen, Strömungen und Auffassungen soll der aktive Kampf entwickelt werden.

– Mit den wahren revolutionär-demokratischen Kräften der herrschenden Nationen sollen enge Beziehungen und

aktive Solidarität entwickelt werden.

Unsere Organisationen haben es vor allem für richtig befunden, die Widersprüche zwischen Personen, Gruppen und Organisationen beiseite zu legen; anstatt diese Widersprüche in unversöhnliche Widersprüche zu verwandeln, sollen diese auf der Grundlage von Gesprächen und Diskussionen ausgeräumt werden; die durch Pressekampagnen u.a. aufgestellten Anschuldigungen und Streitigkeiten sollen beendet und für die Befreiung unseres Volkes der revolutionäre bewaffnete Kampf und Massenwiderstände entwickelt werden. Aus diesem Grunde rufen wir alle nationalen Kräfte zum Frieden auf. Die beiden Organisationen laden die gesamten nationalen Kräfte dazu ein, den für die Herstellung des Friedens untereinander notwendigen Gesprächsaustausch zu verwirklichen und die Probleme mit verantwortungsvollen und kameradschaftlichen Diskussionen zu lösen, die Streitigkeiten untereinander beiseite zu legen und Bemühungen für die Beteiligung an dem revolutionären bewaffneten Widerstand anzustellen.

Unsere Organisationen, die den Volksbefreiungskampf und den revolutionären Widerstand der Volksmassen als die günstigste und richtige Methode für die Verwirklichung der Hoffnungen unserer national-demokratischen Bewegung und unseres Volkes ansehen, betrachten es als eine fundamentale Notwendigkeit, diesen Krieg, der die höchste Form des Kampfes ist, mit großem Kampfwillen fortzusetzen und zu entwickeln. Um eine Einheit der Kräfte in ganz Kurdistan zu schaffen, rufen sie alle kurdischen Kräfte dazu auf, diese Herangehensweise sich anzueignen und umzusetzen...

Die PKK und die PUK sind der festen Überzeugung, daß für die Entwicklung dieses notwendigen Krieges gegen die fremden okkupatorischen Kräfte und gegen jegliche Reaktion die Entwicklung der Einheit, Allianz und der Beziehungen zwischen den nationalen Kräften notwendig ist... akzeptieren... beide, daß es bei den zu entwickelnden Allianzen notwendig ist, gegenseitig die organisatorische, politische und ideologische Unabhängigkeit zu achten, sich gegenseitig nicht in die inneren Angelegenheiten einzumischen und die Beziehungen auf der Grundlage des Vorbehaltes der jedem Teil eigenen Voraussetzungen zu führen...

Schlußfolgerung: Es ist bekannt, daß die faschistisch-kolonialistischen Kräfte unser Volk und unseren nationalen Widerstandskampf zu vernichten und unsere Gesellschaft der Möglichkeit, ihre Unabhängigkeit und Freiheit zu erlangen, zu berauben bezeichnen, indem sie sie in Rückständigkeit halten. Unsere Organisationen, die die gegenwärtige Lage und eventuelle Entwicklungen tiefgreifend analysiert haben und sich dieser äußerst ernsten Situation bewußt sind, rufen als eine Notwendigkeit der nationalen Befreiungsphase alle Personen, Gruppen und Organisationen, die sich der Befreiung Kurdistans verbunden fühlen, dazu auf, die momentanen Widersprüche durch den Kampf auf ideologischer Ebene zu beseitigen, sich gegenüber dem Volk verantwortlich zu fühlen und mit diesem Verantwortungsbewußtsein in erster Linie den bewaffneten Kampf und die zum Ziel gesetzte Schaffung der Front in allen Teilen auf der Grundlage des Widerstandes zu vollbringen und die Basis zu schaffen für die Bildung der das gesamte Kurdistan umfassenden nationalen Front. Unsere Organisationen, die es befürworten, daß unser Volk mit allen revolutionär-demokratischen Kräften – insbesondere mit den türkischen und arabischen revolutionär-demokratischen Kräften – seine Solidarität zeigt, sein Selbstbestimmungsrecht gegen den gemeinsamen Feind, gegen Imperialismus und regionale Reaktion, freiheitlich bestimmt und die Lebensform auswählt, die es will, haben in diesen Fragen ein Allianzprotokoll unterschrieben.

Abdullah ÖZALAN

Generalsekretär der PKK

(Arbeiterpartei Kurdistans)

Generalsekretär der PUK

(Patriotische Union Kurdistans)

1. Mai 1988

Wirtschaftsreformen in China

Geringere Getreideproduktion, höhere Preise, zunehmendes Wirtschaftsgefälle

Die diesjährige Plenartagung des Nationalen Volkskongresses, des Parlaments der VR China, behandelte vor allem die Ergebnisse der bisherigen Wirtschaftsreformen. Zentraler Diskussionspunkt war die sog. Preisreform, d.h. die seit Jahren hohe Inflation aufgrund der Freigabe der Marktpreise für einen Teil der Konsumgüter und die anstehenden, wahrscheinlich noch krasser wirkenden Preiserhöhungen aufgrund des beabsichtigten Subventionsabbaus für Grundnahrungsmittel, Mieten, öffentliche Dienstleistungen etc. Der neu gewählte Ministerpräsident Li Peng, Nachfolger des jetzigen Generalsekretärs der KPCh, Zhao Ziyang, betonte vor dem Volkskongress die Absicht der Regierung, den Preisanstieg zu kontrollieren und ein Sinken des Lebensstandards der Stadtbevölkerung, die in erster Linie von den Preiserhöhungen betroffen ist, zu verhindern.

Inzwischen hat die Regierung für die wichtigsten Großstädte des Landes, darunter Peking und Shanghai, eine Erhöhung der Preise für die Grundnahrungsmittel Schweinefleisch, Zucker und Eier in den staatlichen Läden zwischen 30 und 60% mit Wirkung vom 1.6.88 verfügt. Seit dem Absinken der Agrarproduktion 1986 können diese Lebensmittel in Staatsläden nur über Lebensmittelmarken und zu subventionierten Preisen bezogen werden; Schweinefleisch z.B. kostet auf den freien Märkten das Doppelte bis das Dreifache. Mit den jetzt verfügbaren Preiserhöhungen fällt die Rationierung dieser Lebensmittel. Als vorübergehenden Teuerungsausgleich erhalten die festangestellten Beschäftigten der Staats- und Kollektivbetriebe monatlich 10 Yuan (4,50 DM).

Die Preiserhöhungen haben offenbar eine Protestwelle ausgelöst – nicht nur gegen die Preiserhöhungen selbst, sondern gegen die zu niedrige und vor allem unsoziale Teuerungszulage: Vor einem Werkstor des Pekinger Stahlwerks soll es zu einer Protestaktion von Saisonarbeitern gekommen sein, die nämlich keinen Teuerungszuschlag bekommen. Gleichermaßen gilt für die inzwischen Millionen Beschäftigten der Privatbetriebe. Wie groß die KPCh die Gefahr von Streiks gegen die neue Teuerungswelle bewertet, geht daraus hervor, daß Deng Xiaoping persönlich an die Front mußte und zum dritten Mal die Preisreform als wirtschaftlich unerlässlich verteidigt hat. Ein Verzicht auf marktrechte Preise würde den wirtschaftlichen Fortschritt behindern und das Land sein Ziel verfehlt lassen, bis

Mitte des nächsten Jahrhunderts ein entwickeltes Land zu sein. Bezeichnenderweise hat die chinesische Presse in den vergangenen Wochen die Nachrichten über die Preiserhöhungen und die Streiks in Polen weitgehend unterdrückt.

Wirtschaftschaos durch halbe Reformen

Die Führung der KPCh ist in einem kaum auflösaren Dilemma gefangen: Sie hat seit Anfang der 80er Jahre – zunächst in der Landwirtschaft, seit 1984 auch in der Industrie und im Handel – die bisherige staatliche Lenkung der Produktion schrittweise zurückgenommen. Dadurch gelten für

handels und über die Besteuerung einerseits und von planwirtschaftlichen Lenkungsmechanismen andererseits, die vor allem in der Investitionsgüterindustrie nach wie vor wirksam sind, ein Chaos produziert hat: So gibt es für Stahl z.B. verschiedene Preise, denn bestimmte Produktionsmengen dürfen auch die Stahlwerke frei auf dem Markt verkaufen. Immer öfter kommt es zu Produktionsausfällen aufgrund Rohstoffknappheit oder Strommangel auch in Schlüsselbetrieben, seit die Versorgung dieser Betriebe nicht mehr über den Plan geregelt ist und sie um die Rohstoffe z.B. mit der geradezu explosionsartig gewachsenen ländlichen Industrie konkurrieren müssen.

Die marktwirtschaftlichen Reformen haben bislang nicht die erhoffte rationale Allokation von Ressourcen produziert und die Ungleichgewichte innerhalb der Industrie, zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen



Die Landwirtschaftspolitik der KPCh steckt in einer Sackgasse. Die gelobte „Privatinitiative“ allein kann keine Steigerung der Getreideproduktion garantieren.

einen Teil der Produktion des Agrar- und des industriellen Sektors Marktpreise, d.h. der Preis regelt sich nach Angebot und Nachfrage. Vor allem für die wichtigsten Lebensmittel galten aber bislang – wenigstens im staatlichen Handel – festgelegte Verkaufspreise. Die Bauern bekamen von den Handelsorganisationen weit höhere Ankaufspreise gezahlt, und die Differenz wurde aus dem Staatshaushalt finanziert. Die Subventionen für Lebensmittel, Mieten und Energie etc. machten 1987 ein Drittel der gesamten Staatsausgaben aus.

Hinzukommt, daß das Gemisch von kapitalistischen Steuerungsmechanismen über den Preis, über den Kreditzins als den Preis des Geldes, über die Auswirkungen auch von Weltmarktpreisen im Gefolge der zunehmenden Liberalisierung des Außen-

Stadt und Land, zwischen den entwickelten Küstenprovinzen und den rückständigen Gebieten im Hinterland noch verschärft. Auch ein ausgeglichenes, stetiges Wachstum der Produktion ist weder in der Industrie noch in der Landwirtschaft zu verzeichnen. Chinesische Kritiker behaupten, China habe die schlechten Seiten beider Wirtschaftssysteme miteinander kombiniert, und verlangen jetzt die konsequente Anwendung kapitalistischer Prinzipien auf allen Gebieten – unter Beibehaltung der Eigentumsverhältnisse. Das Dilemma der Regierung: Eine solche Politik – und dazu gehört im Kern die Freigabe aller Preise – führt zu unabsehbaren sozialen Konsequenzen; andererseits sind die Reformen so weit fortgeschritten, daß es kaum ein Zurück gibt. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft.

Krise in der Landwirtschaft

Chinas Landwirtschaftspolitik ist in eine Krise geraten. 1979 hatte die chinesische Regierung die staatlichen Ankaufspreise für Agrarprodukte deutlich angehoben und zugleich freie Märkte für Agrarprodukte zugelassen. In den folgenden Jahren löste sie die Strukturen der genossenschaftlichen Produktion dadurch auf, daß die Bauernhaushalte langfristig Land zum Anbau zugewiesen bekamen und nach Erfüllung ihres Kontraktes (Ablieferung bestimmter Agrarprodukte in festgelegten Mengen zu den staatlich fixierten Preisen) die Überschüsse aus der Agrarproduktion selbst vermarkten konnten – zu Marktpreisen. 1982 wurde die Volkskommunen auch formell aufgelöst. Das Ergebnis dieser Maßnahmen war zunächst ein rasches Wachstum der Agrarproduktion: So stieg die Getreideernte von 1981 bis 1984 um 30%. Bei anderen Agrarprodukten, deren Ankaufs- bzw. Marktpreise für die Bauern noch attraktiver waren, verdoppelte sich sogar die Ernte.

Die chinesische Regierung und westliche Experten, die die Agrarpolitik als Abkehr vom Sozialismus feierten, erklärten den Erfolg der Agrarpolitik damit, daß nur die Förderung der Eigeninitiative ein rasches und ausgeglichenes Wachstum ermöglichte. Schon vor Jahren gab es allerdings Stimmen in China – gemeinhin dem „konservativen“ Lager in der KPCh zugerechnet –, die vor krisenhaften Einbrüchen warnten und die Wachstumsraten zu Anfang der 80er Jahre auch auf den Ausbau der ländlichen Infrastruktur in den 60er und 70er Jahren, die Entwicklung der Be- und Entwässerungssysteme sowie auf die verbesserte Versorgung mit Kunstdünger aufgrund der Inbetriebnahme großer Düngemittelfabriken Ende der 70er Jahre zurückführten.

Seit drei Jahren stagniert die Getreideproduktion. In den großen Städten ist das Schweinefleisch wieder rationiert, und die Preise für Agrarprodukte auf den freien Märkten sind drastisch gestiegen – zwischen Herbst 1986 und Herbst 1987 um fast 25%. 1987 mußte China netto wieder 6,8 Mio. t Getreide importieren, nachdem das Land in den vorhergehenden Jahren sogar ein Nettoexporteur war. Die landwirtschaftlich genutzte Anbaufläche ging – durch Bau von Wohnungen und Fabriken und durch zunehmende Brache – zwischen 1978 und 1986 um 6 Mio. ha, ca. 4%, zurück. Der Anteil der Investitionen in der Landwirtschaft an dem gesamten Investitionsvolumen fiel von ca. 10% in den 70er Jahren auf 3% 1986.

Diese Agrarkrise ist im wesentlichen das Ergebnis der marktwirtschaftlichen Reformen in der Landwirtschaft und der Veränderungen der

ökonomischen Struktur der chinesischen Landgebiete: Im Jahre 1984 brachten die chinesischen Bauern eine Getreideernte von 407 Mio. t ein – eine Höhe, die bislang nicht wieder erreicht wurde. Diese Rekordernte führte dazu, daß die Getreidepreise auf den freien Märkten sanken, daß die beschränkten Lagerkapazitäten für die Überschüsse nicht reichten und daß vor allem die chinesische Regierung die bis dato garantierten Ankaufspreise (auch über die festgelegten Ablieferungsmengen hinaus) abschaffte.

Das Ergebnis in den folgenden Jahren: Die Bauern schränkten den Getreideanbau ein, ebenso die Schweinemast – sie reagierten also marktconform. Und immer mehr Bauern gaben die Landwirtschaft auf und suchten Arbeit in der ländlichen Industrie oder im Handel mit Agrarprodukten. Die Auflösung der genossenschaftlichen Strukturen führte zu schon jetzt erkennbaren Schäden an den Be- und Entwässerungssystemen; es gibt niemand, der für deren Instandhaltung verantwortlich ist. Der Versuch, auch die Be- und Entwässerungssysteme zu verpachten und marktwirtschaftlich zu betreiben, hat zu erheblichen Widersprüchen geführt.

Agrarexperten empfehlen jetzt, auch in der Landwirtschaft wieder eine staatliche Lenkung einzuführen und vor allem die staatlichen Investitionen zu verstärken.

Reform des Arbeitsmarktes?

Mit dem Beginn der Wirtschaftsreformen in der Industrie wurde diskutiert, baldmöglichst die sog. „eiserne Reisschüssel“ abzuschaffen, d.h. die Garantie lebenslanger Beschäftigung, der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung. Stattdessen sollten Arbeitsverträge mit Kündigungsklauseln und der umfassende Einsatz der Leistungsentlohnung dabei helfen, die Produktivität zu steigern und sowohl den Beschäftigten die Möglichkeit geben, sich neue Arbeitsplätze zu suchen, als auch den Unternehmensleitungen einen Hebel in die Hand zu geben, die Belegschaften durchzuforschen.

Die Leistungsentlohnung ist im großen Maßstab eingeführt, die meisten Neueingestellten erhalten nur noch befristete Arbeitsverträge, dennoch ist die Produktivität pro Beschäftigten in der Industrie kaum gestiegen. Es ist üblich, dafür die Mentalität der chinesischen Industriearbeiter verantwortlich zu machen, die nur ihre Beschäftigungsgarantie interessiere. Tatsächlich hat die chinesische Regierung bislang aber kein Sozialversicherungssystem aufgebaut, das im Falle von Krankheit oder Kündigung wirksam wird. Wesentliche öffentliche Dienstleistungen wie Kindergärten, Wohnversorgung etc. können die Arbeiter



Die Reformen in der staatlichen Industrie haben bislang kaum Wirkung gezeigt. Dagegen entstehen immer mehr Kollektiv- und Privatbetriebe, die inzwischen über 20% der chinesischen Industrieproduktion erzeugen.

nur in Anspruch nehmen als Angehörige der Belegschaft eines Staatsbetriebes. Solange der allergrößte Teil der Reproduktion sich aber über die Betriebe vermittelt, ist der Druck auf die gewinnorientierter Betriebsführung verpflichteten Fabrikdirektoren so stark, daß sie kaum Sanktionen gegen die Belegschaften einsetzen können. Quellenhinweis: SZ, 21.5.88; Far Eastern Ec. Review, 24.3.88 – (wom)

Türkei

TKP-Chef Kutlu liefert der Polizei Namen

Im November 1987 waren der Vorsitzende der „Türkischen Kommunistischen Partei“, Haydar Kutlu, und der Vorsitzende der „Türkischen Arbeiterpartei“, Nihat Sargin, aus dem Exil in die Türkei zurückgekehrt. In der großangelegten öffentlichen Kampagne vor ihrem Flug nach Ankara hatten sie ihre Rückkehr als „Test“ bezeichnet; sei die Türkei „demokratisch“, müsse sie die Gründung einer KP erlauben. Wie nicht anders zu erwarten war, wurden Kutlu und Sargin nach ihrer Ankunft verhaftet. Seither befinden sie sich im Gefängnis. Schon kurz nach ihrer Festnahme wurden Berichte über Folterungen an den beiden laut. Im Dezember 87 hat Kutlu Strafanzeige wegen Folterung gestellt. Zur Prüfung dieser Vorwürfe wurde Kutlu mehrfach von der Staatsanwaltschaft vernommen. Über diese Vernehmungen existieren Protokolle, die die Frankfurter Rundschau am 17.5.88 veröffentlichte. Kutlu berichtet darin über Schlafverbot, Schläge, Bespritzen des Körpers mit Wasser und An-den-Händen-Aufhängen, später seien Elektroschocks und Medikamentenverabreichung hinzugekommen. Über den etwa 13. Tag seiner Verhaftung

führt er sodann aus: "... Sie stellten mir immer wieder die gleichen Fragen. Ich sagte ihnen irgendwelche finanzierten Namen. Sie zählten Namen auf, die sie auf ihren Listen bereits hatten, und sagten, ich solle diese Namen zugeben. Ein paar von diesen Namen, die bereits auf ihren Listen waren, habe ich dann ausgesprochen und konnte mich somit von dem Bügel retten." Über eine andere Vernehmung im Gefängnis heißt es: "Ich mußte einsehen, daß dies so nicht weitergehen konnte, deshalb gab ich ihnen wieder irgendwelche erfundenen Namen oder Namen, die sie bereits vorher vorgelesen hatten, weiter." Was naiv-unschuldig daherkommt, heißt: Kutlu hat das gesagt, was die Folterer hören wollten. Er hat sich durch die Nennung von Namen zum Belastungszeugen gegen Antifaschisten gemacht, die prompt nach seinen Aussagen verhaftet wurden, darunter der Vorsitzende der Gewerkschaft Otomobil-Is, die im letzten Jahr einen heftigen Arbeitskampf geführt hatte. Kutlu hätte wissen müssen, daß er in der Türkei verhaftet wird, seine und Sargins Aktion war Glücksritterei; Kutlu hätte wissen müssen, daß man auf seine Aussagen besonders scharf ist; und Kutlu hätte wissen müssen, daß einem Parteivorsitzenden besondere Pflichten gegenüber Mitkämpfern und den Massen obliegen. Dennoch ist er in die Türkei gereist und hat – im Gegensatz zu vielen Revolutionären, die eher unter der Folter gestorben sind, als ein Wort zu sagen – Belastungsaussagen gemacht, um sich zu retten. – (dev, Mak)

Schweiz / Zürich

Angriff auf vergangene und gegenwärtige Asylpolitik

„Fluchtpunkt Zürich“ – unter diesem Motto will die Präsidialabteilung, die Verwaltung, der Stadt Zürich im Juni 1988 in prunkvollem Rahmen Festwochen feiern, um an die Rolle Zürichs vor 50 Jahren als Aufenthaltsort von Flüchtlingen aus Hitlerdeutschland zu erinnern. Gegen dieses stadtoffizielle Programm haben sich über 40 Flüchtlings- und Asylgruppen zu einer Gelegenheitsinitiative unter dem Namen „Fluchtgrund Zürich“ zusammen geschlossen. Der Name soll darauf hinweisen, daß Zürcher Politiker und Unternehmen für das Entstehen der Flüchtlingsströme mitverantwortlich sind. Die Initiative will mit einem breitgefächerten Programm von Veranstaltungen die von der Stadt betriebene Beschönigung der Vergangenheit kritisieren: „Angesichts Tausender von Flüchtlingen, die vor 50 Jahren aus der Schweiz zurück in die Arme der Gestapo getrieben wurden,

gibt es für Zürich tatsächlich wenig zu feiern.“ In einer in 220000 Exemplaren verbreiteten Zeitung erinnert die „Fluchtgrund“-Initiative an die Kollaboration der Schweizer Bourgeoisie mit den deutschen Faschisten: Die Schweizerische Nationalbank kaufte den Nationalsozialisten von 1939 bis 1945 Gold im Wert von 1,6 Mrd. Franken ab und verschaffte ihnen damit die für die Finanzierung des Kriegs wichtigen international akzeptierten Schweizer Franken. 80% der Präzisionsinstrumente erzeugenden Industrie, 75% der Elektro- und 60% der Rüstungsindustrie des Landes arbeiteten für das faschistische deutsche Regime.

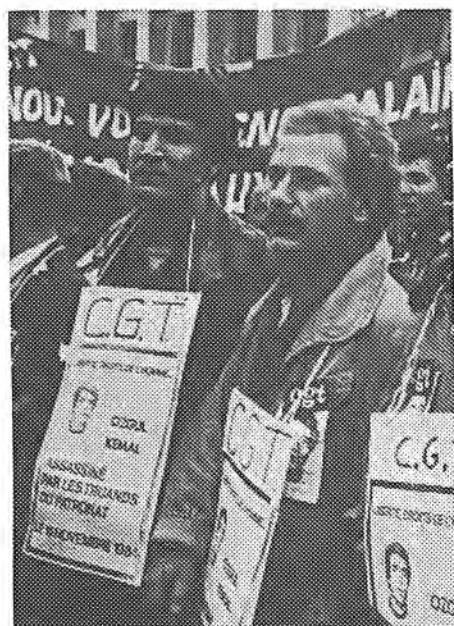
Die „Fluchtgrund“-Initiative will aber mehr. Sie schlägt einen Bogen zur heute praktizierten, menschenverachtenden Asylpolitik des Schweizer Staates. In ihrer Zeitung läßt sie Flüchtlinge zu Wort kommen, die anschaulich die elenden Lebensverhältnisse illustrieren, denen die Stadt sie unterwirft. Die Unterbringung von Flüchtlingen durch das städtische Sozialamt in einer ehemaligen Kaserne entspäche, so die Initiative, noch nicht einmal den europäischen „Mindestgrundsätzen für die Behandlung der Gefangenen“, die 1973 auch von der Schweiz unterzeichnet wurden. In der Asyl-Kaserne müssen sich zwei Menschen einen Schlafräum von 7,5 Quadratmeter teilen. „In einem Schlafsaal der Kaserne wohnen 20 Flüchtlinge. Er ist unterteilt in zehn Zimmer mit je zwei Eisenbetten. Aber die Wände gehen nicht bis zur Decke; sie sind so hoch, daß ein aufrecht Stehender nicht gerade ins nächste Abteil blicken kann... Eine solche „Hühnerbatterieeinheit“ misst 2,5 mal 2,5 Meter für zwei Menschen. Eine Wand besteht aus einem Vorhang, die Seitenwände sind aus Karton!“ Findet ein Flüchtling nach Verstreichen des dreimonatigen Arbeitsverbotes einen Ausbeuter, muß er für das Bett im städtischen Massenlager 210 Franken (252 DM) zahlen.

„Fluchtgrund Zürich“ ruft zur Unterstützung einer Petition gegen die Asylpolitik der Schweiz auf, in der gefordert wird, „daß Zürich seine heutige Rolle in der Welt kritisch prüft, die Hilfsleistungen der Hochfinanz an Gewaltherrschaften wie z.B. Südafrika unterbindet, damit die Flüchtlingsnot an der Wurzel bekämpft wird, und daß Zürich sich den Kräften der Befreiung zuwendet.“ Die Petition tritt dafür ein, Asylsuchenden die „normalen Freiheiten des zivilen Lebens zu gewähren“, auf jede Ausweisung zu verzichten, jegliche diskriminierende Maßnahme gegen Flüchtlinge (wie z.B. den praktizierten Paßvermerk) zu unterbinden. Quellenhinweis: Fluchtgrund – die andere Zeitung im anderen Juni, Mai 1988 – (jüg)

Front National

Faschistische Politik in der Nationalversammlung

Die „Front National“ (FN) ist mit zuletzt 32 Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung vertreten. Durch ihre dortigen Aktivitäten: Gesetzesvorschläge, Arbeit in den Ausschüssen, Teilnahme an Kommissionen usw. propagiert die Front National ihr faschistisches Programm. Sie verschafft dadurch der konservativen Regierung Spielraum für deren reaktionäre Politik: Diskriminierung der Einwanderer, Unterdrückung der Ko-



lonien, Abbau der Sozialversicherungen, Privatisierung von staatlichen Betrieben und von öffentlichen Einrichtungen usw. Die Arbeit in den Parlamenten verschafft der Front National eine Tribüne zur Verbreitung ihrer reaktionären Politik und eine breite Öffentlichkeit durch die Berichterstattung der Medien.

Die Verschärfung der Diskriminierung der Einwanderer ist eines der Hauptthemen der Front National: In zahlreichen Gesetzesvorschlägen hat sie ihre Vorhaben kundgetan, wie z.B. Abschaffung der automatischen Vergabe der französischen Staatsangehörigkeit an Kinder von Einwanderern, Ausweisung von straffälligen Ausländern unabhängig vom Familienstand und der Schwere der Strafe, Verschärfung der Einreisebeschränkungen, schärfere Überwachung von ausländischen Vereinen, Wiedereinführung der genehmigungspflicht für ausländische Vereine, Einführung eines speziellen Strafrechts für Ausländer: Einwanderer sollen nach den in ihren Ursprungsländern für dieselben Vergehen vorgesehenen Höchststrafen verurteilt werden, Beschränkung der Vergabe der Sozialhilfe nur auf be-

stimmte Gruppen von Einwanderern, Belegung der Sozialwohnungen mit einer „Quote“ für die ausländischen Einwohner, Einführung einer „Prioritätsliste“ für ausländische Beschäftigte bei Entlassungen usw.

Die Verschärfung der staatlichen Unterdrückung wird von der Front National propagiert: Einrichtung eines zentralen Strafregisters, gegen „Terrorismus und Banditismus“, Erweiterung der „Terrorismusdelikte“ auf die Entführung von Schiffen, Wiedereinführung der Todesstrafe, Abschaffung der Rückzahlung eines Schwangerschaftsabbruchs durch die Krankenkasse und Verbot für die Privat- und Ersatzkassen, diese Kosten zu übernehmen.

Die Front National fordert die Verteidigung der französischen Kolonien mit allen Mitteln: Entsendung der Armee nach Kanaky (Neukaledonien) gegen die Unabhängigkeitsbewegung, Verbot und Auflösung der FNLKS. Gleichzeitig unterstützt sie die Forderungen der ehemaligen Algeriensiedler nach Entschädigung und nach ihrer Anerkennung als „Vertriebene“. Sie fordert auch bessere Lebensbedingungen für die „Harkis“, algerische Kolonialsoldaten, die im algerischen Befreiungskampf auf Seiten der französischen Kolonialisten gekämpft hatten.

Die Faschisten der Front National sind auch für die Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte eingetreten: So hetzten sie gegen streikende Arbeiter und forderten die Einschränkung des Streikrechts im öffentlichen Dienst. Dabei blieben sie keineswegs bei parlamentarischen Mitteln stehen. Mit Schlägertruppen sollten die Streiks der Gewerkschaften gebrochen werden, wie dies z.B. beim Eisenbahnerstreik 1986/87 von ihnen versucht wurde.

Quellenhinweis: article 31, verschiedene Ausgaben – (mag)

Angola

Versuche, Angola zum Aufgeben zu treiben

Bisher ohne Ergebnisse sind die verschiedenen Verhandlungen ausgegangen, die seit Anfang Mai über den Abzug der südafrikanischen Truppen aus Angola und Namibia und den Abzug kubanischer Truppen aus Angola stattgefunden haben. Anfang Mai verhandelten in London Vertreter Angolas, Südafrikas, der USA und Kubas; Mitte Mai trafen sich die Außenminister Angolas und Südafrikas in Brazzaville; am 20. Mai sprachen der US-Beauftragte für das südliche Afrika, Crocker, und der Vizeaußenminister der UdSSR A. Adamischin, in Lissabon über Angola/Namibia. (1)

Die USA setzen seit acht Jahren als Bedingung für Schritte zur Unabhängigkeit Namibias den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola. Die kubanischen Truppen sind seit 1975 in Angola, seit die Unita, für kurze Zeit in der Übergangsregierung nach dem Abzug der portugiesischen Kolonialtruppen, von Südafrika im Kampf gegen die Befreiungsbewegung MPLA unterstützt wird. Seitdem haben die gemeinsamen Angriffe Südafrikas und der UNITA auf das befreite Angola nicht nachgelassen. Seit fünf Jahren fallen immer wieder südafrikanische Truppen in den Süden Angolas ein, um die UNITA zu unterstützen, einen Grenzstreifen Angolas hält Südafrika seither besetzt. Die UNITA erhält außerdem Militärhilfe aus den USA.

Im März dieses Jahres versuchte Südafrika, den Süden Angolas militärisch zu überrennen, ein Gebiet zu schaffen, in dem die UNITA ungehindert herrschen kann. Dieser Versuch mißlang. In einer großen Schlacht bei Cuito Cuanavale mußte die südafrikanische Armee eine Niederlage einstecken, allerdings erlitten auch die Trup-

pen Angolas, der Kabaner und der namibischen Befreiungsorganisation SWAPO empfindliche Verluste. Südafrika will mit der Rückendeckung der Imperialisten nun eine „Verhandlungslösung“ durchsetzen, die es ihm erlauben soll, den teuren Truppenmarsch in Nordnamibia/Südangola zu reduzieren. Boten die USA und Südafrika noch vor fünf Jahren die Unabhängigkeit Namibias für den Abzug der Kabaner, so ist davon von ihrer Seite überhaupt nicht mehr die Rede. Jetzt steht zur Verhandlung: Abzug der kubanischen Truppen gegen Einstellen der us-amerikanischen und südafrikanischen Unterstützung für die UNITA. (2) Das würde bedeuten, daß weiterhin große südafrikanische Truppenteile in Namibia, an der Grenze zu Angola, bleiben und jederzeit wieder einsfallen können. Angola hat einen Vorschlag vorgelegt, wonach die kubanischen Soldaten binnen fünf Jahren vollständig abziehen, wenn Südafrika seine Truppen aus Namibia abzieht. (3)

(1) Welt v. 21.5.88; (2) New African, May 1988; (3) Times, 2.5.88 – (uld)

Indien

Bhopal-Giftgasopfer noch immer ohne Entschädigung

„Mitu Lal hatte früher als Gehilfe eines Zimmermanns gearbeitet. „Schwere Arbeit war das Balkenschleppen so oder so.“ Dafür verdiente er auch für hiesige Verhältnisse nicht schlecht – 18 Rupien am Tag (nach dem Umrechnungskurs sind knapp 10 Rupien eine DM, nach dem Geldwert entsprechen etwa 2,5 Rupien einer DM). Heute bringt es Mitu Lal auf höchstens zwölf Rupien am Tag; denn er ist schwach und schwindelig, seine

Augen trünen, und ein ständiger Husten plagt auch ihn. Nach drei Tagen Arbeit muß er drei Tage ausruhen. ... Ram Gopal hat früher in der Textilspinnerei ... gearbeitet. Zehn Jahre lang. Nach der Katastrophe wurde er entlassen, „weil ich vier Wochen nicht zur Arbeit erschien, denn ich lag im Krankenhaus. Dann habe ich immer wieder ein paar Tage gefehlt. Ich konnte einfach nicht mehr.“ Ram





Anlässlich des 8. Jahrestages des Massakers von südkoreanischen Militärs in Kwangju (Bild) demonstrierten Hunderttausende in verschiedenen Städten Südkoreas, allein in Kwangju über 100000. In Seoul griffen Polizeieinheiten protestierende Studenten an und provozierten stundenlange Straßenschlachten. Im Mittelpunkt der Demonstrationen standen Forderungen nach Freilassung aller politischen Gefangenen sowie nach Beseitigung aller gesetzlichen Bestimmungen, mit denen die Demonstrations-, Streik- und Koalitionsrechte eingeschränkt sind. Zu den Demonstrationen hatten oppositionelle und linke Organisationen, Gewerkschaften und Studentenvereinigungen aufgerufen. – (sie)

Taiwan: Bauernproteste für höhere Erzeugerpreise

Am letzten Wochenende (21./22.05.) protestierten mehrere tausend Bauern in Taipeh gegen die Agrarpolitik der Regierung, für höhere Erzeugerpreise und billige staatliche Kredite. Gegen die demonstrierenden Bauern ging die Polizei mit großer Brutalität vor, dennoch gelangten Demonstranten in das Parlamentsgebäude. Das Einkommen von 90% der ca. 900000 Bauern, die nur bis zu zwei Hektar Land besitzen, ist in den letzten Jahren weiter gesunken. Seit einigen Monaten reißen die Proteste und Streiks von Teilen der Lohnabhängigen nicht ab. Nach den Eisenbahnern und den Automobilarbeitern von Ford streiken auch Be-

schäftigte des öffentlichen Dienstes für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. – (sie)

Peru: erfolgreicher Streikaufruf der PCP/SL

Der Aufruf der maoistischen Kommunistischen Partei Perus („Leuchtender Pfad“) zu einem dreitägigen Streik ist in der Andenprovinz Ayacucho breit unterstützt worden. Trotz Ausnahmestandorten blieben Märkte, Läden und Banken geschlossen, der öffentliche Nahverkehr ruhte. In der Kleinstadt Huamanga zwangen die Militärs die Händler mit Waffengewalt, ihre Marktstände aufzubauen. Doch nur wenige Kunden kamen einkaufen. Der Papst, in Peru zu Besuch, gab der Regierung Schützenhilfe. – (sie)

Gopals neun Monate alte Tochter starb damals am 3. Dezember. Er selbst ist heute arbeitslos. „Wenn du dich heute irgendwo meldest, und sie finden heraus, daß du ein Schwerstbetroffener bist, sagen sie: Tut uns leid, aber diese Arbeit ist zu anstrengend für dich.“ (Weltwoche, 03.12.87) – Bilder aus Bhopal, Hauptstadt des Zentralindischen Bundesstaates Pradesh.

Durch die sich hinziehenden Verhandlungen zwischen dem Konzern Union Carbide und indischen Gerichten und Regierungsbehörden bleiben die über 200000 Geschädigten der Giftkatastrophe vom 3. Dezember 1984 weiter ohne feste Entschädigung. Die Zahl der Toten steigt weiter, obwohl jetzt bereits 31/2 Jahre vorbei sind. Regierungsoffiziell wurden im Dezember 1984 1400 Tote zugegeben. Inzwischen steigt die Zahl auf 2850. „Die inoffizielle, durchaus ernstzu-

nehmende Zahl liegt jedoch bei 8000 bis 10000.“ (Weltwoche, ebd.)

523000 Personen haben sich als geschädigt gemeldet. Die indischen Behörden schätzen, daß etwa 200000 von ihnen „echte“ Fälle sind; aber die gleichen Behörden haben 30 von 56 Stadtteilen als betroffen erklärt, und da leben 400000 Menschen. 30843 Personen sind vom Staat als schwerste Fälle anerkannt worden, aber gleichzeitig wird die Zahl derjenigen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, mit 60000 angegeben. Viele Geschädigte gehen nicht zu den Reihenuntersuchungen, weil sie Angst haben, für gesund erklärt zu werden und dann kein Geld mehr zu bekommen. Nicht unberechtigt, denn AGAPE (Action for Gas-affected People), eine von Union Carbide eingerichtete medizinische „Hilfsorganisation“, behauptete Oktober 1986, daß die latenten Atembeschwerden, über die viele der Gift-

COSATU-Sonderkongress: Der Widerstand ist ungebrochen

Auf dem Kongress am 14./15. Mai 1988 verabschiedeten die 1500 anwesenden Delegierten, die ca. 1 Mio. Mitglieder repräsentieren, eine Resolution gegen die zunehmende, brutale Unterdrückung der Anti-Apartheid-Kräfte und die den Organisationen auferlegten Beschränkungen. Dort heißt es, die wachsende Unterdrückung legitimer Forderungen geschehe im Interesse des Kapitals, welches Stabilität und hohe Gewinne wolle, selbst wenn dies einen brutalen Angriff auf die Menschenrechte bedeute. „Die Arbeiter und die Mehrheit der Bevölkerung bleiben jedoch standhaft und sind entschlossen, Apartheid und Ausbeutung zu beenden und eine wirklich demokratische Ordnung im Land zu errichten.“ Der Kongress befürwortete einen dreitägigen, landesweiten, friedlichen Protest vom 6.-8. Juni gegen die politische Repression sowie gegen die Novellierung der Arbeitsgesetzgebung. Der neue Arbeitsgesetzentwurf greift das Streikrecht an, verbietet Solidaritätsaktionen und ermutigt das Management, die Gewerkschaften bei Streiks auf Schadensersatz zu verklagen. Der Presserelent der COSATU, Meintjies, betonte, Regierung und Arbeitgeber trügen die alleinige Verantwortung für ein Chaos und die vorhersehbare Konfrontation, die in Zukunft aus den geringfügigsten Streitigkeiten erwachse. Es wurde der Beschuß gefaßt, daß an allen organisierten Arbeitsstätten jeden Dienstag zur Mittagszeit Demonstrationen durchgeführt werden sollen. Die Delegierten unterstützten einen Aufruf an Anti-Apartheid-Organisationen zur Durchführung einer nationalen Konferenz gegen den Apartheidstaat. – (and)

gasopfer klagen, nicht auf das Gas, sondern auf vorherige Krankheiten (Asthma, Tuberkulose) und Unterernährung zurückzuführen seien. Andere Geschädigte haben Angst, ihre z.T. erheblich niedrigeren Tagesverdienste als vor dem Unglück durch die ständigen Termine zu verlieren. Ca. 72000 betroffene Familien, die angeblich einen Monatsverdienst von unter 500 Rupien hatten (ca. 50 DM), haben inzwischen ein „Überbrückungsgeld“ von 1500 Rupien erhalten. Um wenigstens an diese mickrige Summe heranzukommen, haben viele ihr tatsächliches Einkommen verschwiegen und damit u.U. auf spätere Ansprüche verzichtet. 10000 Rupien bekamen ganze 232 Personen, denen nachweislich ein direkter Angehöriger gestorben war.

Von den geplanten 50 Rehabilitationszentren wurden einzelne erst gar nicht eröffnet. In den 25 laufenden werden Arbeiterinnen zu Hungerlöh-

Portugal: Streik gegen neues Arbeitsgesetz

Zu einem weiteren Kampftag hat für den 26.05. die kommunistische Gewerkschaft CGTP-Intersindical gegen die von der Regierung beschlossene Änderung des Arbeitsgesetzes aufgerufen, wonach den Kapitalisten Kündigungen aus wirtschaftlichen, strukturellen oder marktbezogenen Gründen ermöglicht werden. Begründet wird die Arbeitsgesetzänderung mit der notwendigen Anpassung an EG-Normen. Die CGTP-IN will u.a. in Lissabon und Porto Massenkundgebungen durchführen. – (rog, sie)

USA: Lohnabschluß bei Chrysler-Werken

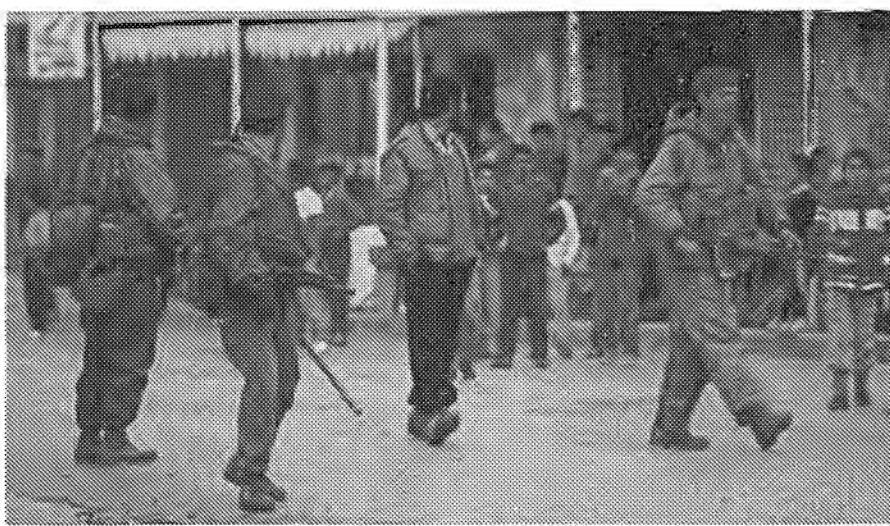
Die Mitglieder der Automobilarbeitergewerkschaft UAW stimmten in einer Abstimmung einem neuen Zwei-Jahres-Lohntarif zu. Der Vertrag gilt für 66000 Beschäftigte und läuft zum 14.9.1990 aus, zum selben Zeitpunkt wie die Tarifverträge mit Ford und General Motors. Durch die Vereinbarung sollen die Löhne und Gehälter bei Chrysler mit denen bei GM und Ford gleichgestellt werden. Zum ersten Mal seit fast einem Jahrzehnt kann die Gewerkschaft 1990 mit den drei großen Autokonzernen zur selben Zeit verhandeln. Der Vertrag sieht u.a. vor: einen sofortigen Bonus von 1000\$ für jeden Arbeiter, zwei zusätzliche Leistungsboni von je drei Prozent. Ein Montagearbeiter bei Chrysler verdient derzeit 14.43\$ die Stunde. Die Vereinbarung beinhaltet weiter Unterstützungsmaßnahmen für die fast 5500 Arbeiter, die die Chryslerkapitalisten Ende dieses Jahres in Kenosha, Wisconsin, entlassen werden. Der Konzern zahlt weiter jedem Arbeiter in Kenosha 5500\$ als Ausgleich für einen 60 Mio. Dollar-Kredit, den die

Arbeiter Anfang der achtziger Jahre an den früheren Besitzer, die American Motor Corp., zahlen mußten. Während der Laufzeit des Vertrages sollen keine weiteren Werke stillgelegt werden. – (gba)

Spanien: Lehrer lehnen Angebot der Regierung ab

Die seit sechs Jahren regierende PSOE von Ministerpräsident Gonzalez hatte eine umfassende Schulreform versprochen, u.a. sollten die Rechte der Schüler, von Lehrergewerkschaften und Elternvertretungen gestärkt, die staatlichen Schulen geför-

dert werden. Wenig ist davon eingetreten. 1987 waren Hunderttausende von Schülern im Streik. Im letzten Vierteljahr streikten die Lehrer über drei Wochen für höhere Löhne. Die Lehrer verdienen umgerechnet zwischen 2000 und 2900 DM/Monat. Jetzt bot die Regierung Lohnhöhen von umgerechnet 170 DM ab Herbst 1988 an. In einer Urabstimmung lehnten 80% der insgesamt 250000 Lehrer das Angebot ab, wozu einzig die kommunistische Gewerkschaft CCOO aufrief. Die Regierung droht nun mit Verlängerung des Schuljahres. – (sie)



Obwohl die Zionisten fast 10000 Palästinenser inhaftiert halten, über 170 seit Beginn des Aufstandes ermordet und tausende verletzt haben, können sie den Widerstand der Palästinenser nicht brechen. Jetzt haben die Zionisten einen neuen Weg ersonnen: Ausgabe neuer Identitätskarten in den besetzten Gebieten. „Wir wollen sicher sein, wo jeder Mann sich befindet, und ob er Steuern bezahlt“, erklärte General Y. Mordechai. Alle Daten der Palästinenser über 16 Jahre sollen zentral EDV-gespeichert werden. Innerhalb von vier Monaten soll die Paßausgabe abgeschlossen sein und der zionistischen Kriegskasse nebenbei noch umgerechnet 4 Mio. US-\$ bringen. Im Gaza-Streifen haben die Vereinigte Nationale Führung des Aufstandes, die islamische Jihad und die Moslem-Broderschaft zum Boykott der neuen Pässe aufgerufen – (sie)

nen beschäftigt und Opfer mit Ausbildungmaßnahmen bedacht, die sie später nicht verwenden können.

Von einzelnen sozialen Organisationen wurde bekannt, daß sie offen Daten für Union Carbide sammeln, um Entschädigungsansprüche zu reduzieren, so die oben erwähnt AGAPE.

Wir berichteten im Sept. 1985 (PB 09/85), daß die indische Regierung ergebnislos mit dem US-Konzern verhandelt. Der Konzern versucht stetig, auf einen außergerichtlichen Vergleich herauszukommen, der vor allem keinerlei Schuldbeekenntnis beinhaltet soll. Was besonders beeindruckt ist die Form, mit der der New Yorker Richter Keenen (ursprünglich sollte das Verfahren in den USA stattfinden) nach zwei Jahren das Verfahren an die indischen Gerichte delegiert hat. Nachdem er sich der Argumentation des Konzerns angeschlossen hatte, daß die Tochter Bhopal unter „indi-

schen Bedingungen“ produziere, versteigerte sich dazu, ein „Beispiel für Imperialismus vermeiden“ zu wollen (13. Mai 1986). Jetzt kann der Konzern noch ungehinderter gegen die indische Regierung antreten, die durch ihre Öffnungspolitik gegenüber ausländischen Konzernen und mangelnde gesetzliche Grundlagen kaum eine effektive Vertretung für die Opfer sein kann. Sie hat auch bereits ursprüngliche Forderungen gegen den Konzern in Höhe von 3 Mrd. Dollar auf 600 Mio. reduziert. Der Konzern bietet 350 Mio. an.

Während das Gerangel weitergeht, leistet der Konzern Zahlungen an westliche Hilfsorganisationen, gegen die ein indisches Gericht eine einstweilige Verfügung erließ (1987). Union Carbide erhob sofort Gegenklage in Indien und auch bei einem Bezirksgericht der USA gegen die „indische Rechtswillkür“. Nach wie vor beschul-

digt die indische Regierung Union Carbide der Fahrlässigkeit, und der Konzern behauptet Sabotage und Behinderung durch indische Vorschriften.

Selbsthilfeorganisationen in Bhopal haben in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften eine breite Aufklärungsarbeit vor allem über die weiteren Versuche des Konzerns, über die Vortäuschung sozialer Hilfen Entschädigungsansprüche zu reduzieren, durchgeführt. Z.T. konnten Forderungen durchgesetzt werden, wie Freigabe von Nahrungsmittelrationen für die Verletzten. Die indische Regierung allerdings wird sich schwertun, gegen den Konzern Ansprüche durchzusetzen.

Quellenhinweis: Schweizerische Handelszeitung, 12.06.86; BHOPAL, Info der Bhopal Group for Inf. and Action, div. Ausgaben; Handelsblatt, 27.11.86 - (c., cog)

— Veröffentlichungen —

„Sackgasse Autogesellschaft“

Das als Taschenbuch im isp-Verlag erschienene, 126 Seiten starke Buch ist zum Teil eine Kurzfassung des 1987 erschienenen 600 Seiten umfassenden Buches „Eisenbahn und Autowahn“. Herausgeber des Buches sind: Die Grünen, Ravensburg; Südschwäbische Nachrichten; Vereinigte Sozialistische Partei (VSP).

Der Autor vertritt vier Grundthesen: Erstens existiere kein Grund im Gebrauchswert des Transport auf der Schiene, der den Schienenverkehr hinter den individuellen Autoverkehr zurücktreten ließ. Zweitens sei in der gesamtgesellschaftlichen Bilanz der Schienenverkehr auch heute noch kostengünstiger. Drittens entstehe durch den Ausbau der Autogesellschaft keine rationale Transportorganisation, sondern vor allem Verkehrschaos. Und viertens sei die Autogesellschaft in der gegenwärtigen Form und in ihrem beabsichtigten Ausbau keine objektive Notwendigkeit, sondern eine alternative Organisation des Transports von Menschen und Gütern vor allem auf der Schiene sei finanziell und machbar. Diese Thesen sind – wahrscheinlich aus Gründen der Zusammenfassung und Kürzung – äußerst knapp belegt. Insbesondere befaßt sich das Buch mit zwei wichtigen Umständen nicht: Zum einen mit der von den Kapitalisten erzwungenen flexiblen Mobilität der Arbeitskraft – es scheint, als seien die Lohnabhängigen im großen und ganzen einem Werbefeldzug der Automobilindustrie aufgesessen, wenn sie sich Autos kaufen und sie benützen, obwohl die Fahrplangebundenheit des öffentlichen Nahverkehrs, die geringe Zugdichte abends, nachts und frühmorgens oft zur Benutzung des Privatautos zwingt und kaum „kostengünstig“ durch öffentliche Verkehrsmittel ersetzt werden kann. Möglich wäre dies schon, aber wohl nur, wenn ein gesellschaftlicher Konsens bestünde, daß erstens bestimmte Arbeitszeiten und das heißt auch Transportzeiten nicht erlaubt sein sollen, und zweitens besondere Anforderungen an den Transport von Arbeitskraft auch von ihren Nachfragern, den Kapitalisten, finanziert werden sollten. Zum zweiten befaßt sich das Buch kaum mit den Fragen der Lagerhaltung der Kapitalisten. Aus den Stellungnahmen und Untersuchungen der ÖTV ist ersichtlich, daß die Zunahme des Güterverkehrs auf der Straße zu bedeutenden Teilen ihren Grund in der drastisch reduzierten Lagerhaltung und der Umorganisierung der Produktion, die flexibel auf die Nachfrage reagiert, hat. Die Produktion muß schnell rea-

gieren, wenn die Lager knapp sind, und entsprechend unplanmäßig und nicht fahrplangebunden, nach Möglichkeit zu jeder Tages- und Nachtzeit, fordern die Kapitalisten den Transport an.

(Winfried Wolf, Sackgasse Autogesellschaft – Höchste Eisenbahn für eine Alternative, isp pocket 35, 19,80 DM – uld)

WSI zu Frauenarbeit und Gesundheit

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB hat im Februar 1988 eine Forschungsdokumentation „Frauenarbeit und Gesundheit“ herausgegeben. Zwei Zielsetzun-

der Schichtarbeit, insbesondere der Nacht-Schichtarbeit, vor allem unter Berücksichtigung der Haushaltsverpflichtungen der Frauen. Mehrere Studien befassen sich mit dem Zusammenhang von Berufstätigkeit und Rückenerkrankungen, die ja noch immer nicht als berufsbedingt anerkannt werden. Vorgestellt werden Untersuchungen über die gesundheitlichen Auswirkungen der geringfügig und damit meist ohne Versicherungsschutz tätigen Frauen, etwa im Reinigungsgewerbe. Die Dokumentation gibt einen sehr guten Überblick über die relevanten Forschungen und ist damit ein nützliches Hilfsmittel für alle diejenigen, die sich mit dem Thema „Frauenarbeit und Gesundheit“ wissenschaftlich befassen. Bezugsquellen der einzelnen Veröffentlichungen



Privater Güterverkehr: Lagerhaltung auf der Straße.

gen liegen dem Projekt zugrunde: Es werden abgeschlossene wie laufende Untersuchungen zum Thema „Arbeitsbedingungen und Gesundheitsverschleiß an Frauenarbeitsplätzen“ vorgestellt, zum anderen sollen „Grundlagen für die Benennung von inhaltlichen und strukturellen Forschungsdefiziten im Bereich „Frauenarbeit und Gesundheit““ geliefert werden.

Die Dokumentation konzentriert sich auf Berufe und Tätigkeitsbereiche von Arbeiterinnen und weiblichen Beschäftigten des unteren Angestelltengeschlechts unter der Annahme, daß Frauen in diesen Bereichen besonders hohen Belastungen ausgesetzt sind. Nicht berücksichtigt sind die kaufmännisch-verwaltenden und die Gesundheitsberufe, da die große Zahl der zu diesen Sparten vorliegenden Untersuchungen den Rahmen des Projektes sprengen würde.

Die meisten der vorgestellten Untersuchungen stammen aus der BRD, einige aus der DDR, aus Österreich, der Schweiz, Jugoslawien, Japan. Sie liefern reichlich Material für die gesundheitsschädigenden Auswirkungen

sind jeweils genannt, da es für die in den jeweiligen Branchen Tätigen unter Umständen erforderlich sein wird, die in Zusammenfassung vorgestellten Publikationen ausführlich zu studieren. Ein Register am Ende des Buches erleichtert zusätzlich die Arbeit. (Bettina Küpper, Forschungsdokumentation „Frauenarbeit und Gesundheit“, Arbeitspapier Nr. 24, Projektgruppe Humanisierung der Arbeit, WSI, Düsseldorf, Februar 88, 25 DM – elf)

HBV-Broschüre über IKEA

Der Groß- und Einzelhandelskonzern IKEA beschäftigt in der BRD 3 000 Leute in 17 Verkaufshäusern sowie Großhandels- und Verwaltungseinheiten. Die IKEA-Konzernleitung ist Vorrreiter dabei, längere Ladenöffnungszeiten durchzusetzen. Im Berliner Einrichtungshaus wurde einigen Beschäftigten das Tragen der HBV-Ladenschlußplakette verboten. Der anschließende Prozeß ging in einem Fall gegen die Beschäftigten aus: „Das Tragen der Ladenschlußplakette soll nach Ansicht der 13. Kammer auf IKEA-Kunden möglicherweise so ab-

schreckend und provozierend wirken, daß sie von einem geplanten Kauf Abstand nehmen und das Einrichtungshaus verlassen würden...."

An vielen Fällen wird in der HBV-Broschüre dargestellt, wie brutal die IKEA-Kapitalisten und ihre Manager gegen die Rechte der Beschäftigten vorgehen. Interessant, denn IKEA legt nach außen hin Wert auf seinen „sozialen“ Touch.

Quelle: Broschüre „Schlüsselerlebnisse über die Freiheit bei IKEA eine eigene Meinung zu Märkte zu tragen.“ Hrsg. v. Gewerkschaft HBV, Landesbezirk Berlin, Fachgruppe Einzelhandel. – (rst)

Wenn zwei sich streiten... (Lambsdorff u. Späth)

Herausgeber des Büchleins über den „Streit“ zwischen Lambsdorff und Späth ist die IHK Mittlerer Neckar. Dies markiert den Interessenten der Debatte. Was aber ist umstritten, bei soviel Gemeinsamkeit? Beide akzeptieren angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit folgenden Tips: 1) der Staatsanteil soll sinken, 2) „Erhaltungssubventionen“ abschaffen, 3) kein Hineinreden des Staates in unternehmerisches Handeln. Beide wollen so viel als möglich von der Steuerreform mitnehmen. Die Formulierung „schmerzhafter“ Vorschläge ist also herhaft. Positiv soll die Stärkung der Wirtschaft, insbesondere des „Mittelstandes“ sein, plus mehr Arbeitskräfte. „Streit“-punkt ist dann die Frage nach staatlichen „subsidiären“ (Späth) angebotsorientierten Ausgaben für anwendungs- und unternehmensorientierte Forschung und Technik. Beide konstatieren, daß die internationale Konkurrenzschlacht auf hohem Niveau läuft und sehen Gefahren durch einen stattfindenden Subventionswettlauf. Diesen Gefahren will Lambsdorff durch Subventionsabbau auch für anwendungsorientierte Forschung begegnen. Er betont dagegen den „Mut zum Ausleseprozeß“. Hart Einschlagen auf die lohnabhängige Bevölkerung lautet also die Devise. Für Späth ist dagegen der Subventionswettlauf ein Grund, sich von den Monopolen in die Pflicht nehmen zu lassen. Er ist für eine Anpassung der Zulieferbetriebe („Mittelstand“) und der Monopole an eine Produktionsweise, die zunehmend den Ankauf akademischer Arbeitskraft und entsprechende Produktionsweisen erfordert. Damit sammelt er bei der Bourgeoisie Pluspunkte gegenüber Lambsdorff. Für prägnante Angaben zum „Wie“ imperialistischer Wirtschaftspolitik sind beide gut.

(Lambsdorff, Otto Graf: Aktive Industriepolitik? Über die Rolle des Staates in d. Wirtschaftspolitik, e. Streitgespräch zwischen Otto Graf Lambsdorff u. Lothar Späth, Bonn-Aktuell, Stuttgart, 1987) – (erl)

Mitbestimmung

Regierungs-, Kapitalisten-, EG-Pläne zur Betriebsverfassung

Am 20. Mai 1988 fand ein Koalitions gespräch zum Vorschlag des Arbeits ministeriums zur BVG-Novellierung statt. Von folgendem Stand kann in etwa ausgegangen werden:

Novellierung des Wahlrechts

Einigkeit besteht in der Regierungskoalition über:

- * Senkung der notwendigen Unterschriften für die Einreichung von Listen zur Betriebsratswahl von 10 auf 5% der Wahlberechtigten, ausreichen sollen maximal 50 statt bisher 100 Unterschriften. Die Notwendigkeit dieser Stützungsunterschriften für im Betrieb vertretene Gewerkschaften soll völlig entfallen.

- * Bei der Besetzung des *Betriebsausschusses* und weiterer Ausschüsse soll auf Verlangen von 25% der Betriebsratsmitglieder Verhältniswahl gelten, bei *Freistellung* von Betriebsräten generell Verhältniswahl.

- * Für Wahlen zum Betriebsratsvorsitzenden, zur Besetzung von Ausschüssen usw. wird in einigen Paragraphen die Möglichkeit der getrennten *Bestimmung durch die einzelnen Gruppen*, Angestellte bzw. Arbeiter, erleichtert (1)

Die geplanten Regelungen werden auf alle Fälle das Geschäft der mit den DGB-Gewerkschaften konkurrierenden Gewerkschaften stärken und die Bildung „unabhängiger“ Listen erleichtern. Deren Mitglieder rekrutieren sich mehr aus den höheren Bereichen der Betriebshierarchie, die geplanten Änderungen sollen die Interessen dieser Leute und deren Mei-

nung in den Betrieben stärker zur Geltung bringen. Umgekehrt ist nicht geplant, überhaupt Interessenvertretung zu ermöglichen für die steigende Anzahl von Arbeitern mit Werksverträgen, von Leiharbeitern, von Arbeitern mit befristeten Verträgen. Die wachsende soziale Differenzierung der Lohnabhängigen wird durch eine rechtliche Aufgliederung ergänzt: Wer dauerhaft schlechten Arbeitsbedingungen unterworfen ist, wird in der Regel rechtlos sein. Wer im Betrieb anzutreten hat, soll „naturgemäß“ auch in den Interessensvertretungen das Sagen haben.

Sprecherausschüsse für „Leitende Angestellte“?

Das Konzeptpapier des Blüm-Ministeriums sah vor:

- * Es können Sprecherausschüsse gebildet werden auf Betriebs-, Unternehmens- und Konzernebene, falls sich die Mehrheit der Leitenden Angestellten dafür ausspricht.

- * Unterrichtungs- und Beratungsrechte z.B. bei Gehaltsgestaltung, allgemeinen Arbeitsbedingungen, bei Einstellung und Kündigung von Leitenden Angestellten, aber auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten, insbesondere bei Betriebsänderungen. (2)

Sprecherausschüsse stärken Propaganda für Kapitalexploration im Betrieb und bieten den vielen auf der Karriereleiter einen Orientierungspunkt weg von gemeinsamer Interessenvertretung mit den Arbeitern. Dennoch ist ihre Einführung umstritten, insbesondere die Kriterien zur Abgrenzung der Le-



tenden Angestellten. Der CDU-Wirtschaftsrat und die Kapitalistenverbände sind gegen *Rechte* für Sprecherausschüsse und für freiwillige Regelungen. Gefordert werden die Sprecherausschüsse dagegen von der Union der Leitenden Angestellten (ULA) und von der FDP, die für ihr Klientel ein Erpressungsmanöver gestartet hat. „Die FDP war und ist nur bereit, die ‚Kröte‘ Montanmitbestimmung zu schlucken, wenn alle vereinbarten Punkte, insbesondere eine sachgerechte Abgrenzung der Leitenden Angestellten und die gesetzliche Absicherung der Sprecherausschüsse gemeinsam beschlossen werden.“ Geschehe dies nicht, werde die Montan-Mitbestimmung in den infrage kommenden Unternehmen zum Jahresende auslaufen (Graf Lambsdorff). (3) Eine Lösung, die den Kapitalistenverbänden sicher auch gelegen käme.

Erhalt der Montanmitbestimmung?

Es sollen z.B. „bisher dem Montan-Mitbestimmungsgesetz 1951 unterliegende Konzernobergesellschaften, die die Voraussetzungen für die Anwendung dieses Gesetzes nicht mehr erfüllen (akut für Mannesmann AG, Thyssen AG, Klöckner-Werke AG) in das Mitbestimmungsergänzungsgesetz 1956 wechseln, wenn

- * die Montanquote mindestens 20% beträgt oder
- * dem Konzern ein oder mehrere montan-mitbestimmte Tochterunternehmen mit insgesamt mindestens 2000 Arbeitnehmern angehören.“ (4)

Die IG Metall hat das einen „Lichtblick in den Koalitionsverträgen“ genannt, gleichzeitig jedoch darauf hingewiesen, daß eine neue „Wahlordnung“ für die Wahl der Aufsichtsräte ausgehandelt werden soll, von der befürchtet werden muß, daß sie „nach obigem Muster für die Betriebsratswahlen“ ausgeheckt wird. Überdies: „Der Mannesmann-Konzern, der bisher schon jede Fluchtbewegung aus der paritätischen Mitbestimmung angeführt hat, verdoppelt jetzt seine Anstrengungen, um sich aus der – noch nicht einmal beschlossenen – schärferen Gesetzesregelung davonzustehlen.“ (5)

Mitbestimmung bei der Einführung neuer Techniken?

Der DGB-Vorsitzende Breit fordert gegen den Regierungsentwurf, der lediglich die Einführung von Unterrichtungs- und Beratungsrechten des Betriebsrates in den § 90 BVG vorsieht, eine „echte Mitbestimmung“. Er begründete das damit, daß nirgendwo „die Probleme geregelt würden, die sich aus der zunehmenden zwischenbetrieblichen Vernetzung von Computersystemen ergäben. Danach seien die Entscheidung über die Rationalisierungen und die Folgen solcher Umorganisationen in unterschiedli-

chen Unternehmen angesiedelt. Entscheidungen über Rationalisierungsmaßnahmen einerseits und das Auftreten ihrer Wirkungen in zeitlicher und räumlicher Hinsicht andererseits fielen auseinander ... Die betriebliche Interessenvertretung stehe damit vor dem Problem, auf Arbeitsfolgen bezug nehmen zu müssen, deren Voraussetzungen durch Rationalisierungsmaßnahmen in einem ganz anderen Unternehmen geschaffen worden seien ... Eine solche Vernetzung finde auch branchenübergreifend statt, so daß sie aus Sicht der Gewerkschaften auch kaum durch Tarifverträge in den Griff zu bekommen sei.“ (6)

Es sieht so aus, daß selbst die vorgesehenen schwachen Rechte für die Betriebsräte keinen Konsens in der Regierungskoalition finden, weil sie den Kapitalisten noch zu weit gehen. Am 20.5. erklärte der CDU-Wirtschaftsrat: „Es sei widersinnig, Erwar-

10. Richtlinie – „Fusions-Richtlinie“ Dazu Prof. W. Däubler: „Im Extremfall drohe ein Sozialabbau ‚in neuer und bislang ungeahnter Dimension‘ ... Jede Aktiengesellschaft in einem mitbestimmungsfreundlichen Land kann in einem mitbestimmungsfeindlichen Staat eine Tochtergesellschaft gründen und dann das Vermögen auf diese übertragen. Für diese ‚Flucht aus der Mitbestimmung‘ ist nach dem Entwurf nicht einmal ein Wechsel der Rechtsform erforderlich ... Die für den Zugang zum Kapitalmarkt vorteilhafte Rechtsform der Aktiengesellschaft bleibt bestehen, und nebenbei können außerdem noch geltende Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen und gerichtliche Zuständigkeiten von Arbeitgeberseite in Frage gestellt werden.“ (8)

5. Richtlinie – „Struktur-Richtlinie“ Der DGB kritisiert, daß die Verwirklichung des geänderten Vorschlags der



tungen in die Wirtschaft zu setzen, durch neue Investitionen Arbeitsplätze zu schaffen, aber andererseits die Unternehmen beim Investieren mit neuen Regulierungen für technische Neuerungen zu befrachten. (7)

„EG-Coup“ gegen Mitbestimmung
CDU-Wirtschaftsrat und Kapitalistenverbände selbst haben bisher – trotz aller für sie absehbaren Vorteile – öffentlich kein Interesse an einer BVG-Novellierung erkennen lassen. Ihr Interesse geht weiter: Beseitigung von Mitbestimmungs-, „Fesseln“ überhaupt. Neben einer Aushöhlung durch Einsatz von EDV-Technologie und Strukturwandel der Montan-Konzerne betreiben die Konzerne eine Zerschlagung der Mitbestimmung im Rahmen der EG.

Ablehnende Forderungen des DGB konzentrieren sich gegenwärtig vor allen auf zwei EG-Richtlinien:

5. Richtlinie einschneidende Änderungen des deutschen Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsrechts erforderlich mache, u.a. eine „Neuregelung des Wahlverfahrens in allen einschlägigen deutschen Mitbestimmungsgesetzen“. Der DGB fordert dagegen: „Konzernen dürfen nicht ‚Mitbestimmungserleichterungen‘ gewährt werden. Die *Regelungen zum Tendenzschutz*, die dazu führen, daß Arbeitnehmer in großen Bereichen der Wirtschaft zu Arbeitnehmern zweiter Klasse degradiert werden, müssen entfallen.“ (9)

Quellenhinweis: (1) Handelsblatt 4.5.88; (2) Handelsblatt 28.3.88; (3) Handelsblatt 5.5.88; (4) Handelsblatt 11.3.87; (5) metall Nr. 6/87; (6) Handelsblatt 27.4.88; (7) FAZ 21.5.88; (8) Die Zeit 13.5.88; (9) „Europäisches Recht und Mitbestimmung der Arbeitnehmer“, DGB-Bundesvorstand, April 1988. – (cls)

Kongreß gegen Sammellager

Heilbronn. Ein Ergebnis des Abschlußplenums auf dem besetzten Bauplatz für ein neues Sammellager Mitte Mai in Heilbronn war, daß man noch im Juni zu weiteren Aktionen gegen das Lager kommen will. Im „UnterstützerInnenkreis der Flüchtlinge“ in Heilbronn wurde dazu unter anderem beschlossen, am Sonntag, dem 19. Juni, einen landesweiten Kongreß in Heilbronn durchzuführen, um die landesweite Zusammenarbeit in Bekämpfung und Kritik der Sammellager zu verbessern. Als Themen sind unter anderem vorgesehen: Entwicklung der Lagerkonzeption, Auswirkungen der Lager, Kommunale Verantwortung und Alternativen, Erfahrungen im Kampf gegen Lager, Stellungnahmen von Organisationen. Für Referate und Beiträge zu diesen und weiteren Punkten sind Mitarbeiter aus anderen Orten dringend nötig. Bitte melden bei: „UnterstützerInnenkreis“, c/o GNN, Postfach 1827, 7100 Heilbronn. – (bes, VF, rül)

SP-Wahl: RCDS gewinnt zwei Direktmandate

Hamburg. Bei der Wiederholung der Studentenparlamentswahlen (siehe Politische Berichte 3/88) wurde das AStA-Bündnis aus MSB-Spartakus und SHB bestätigt. Der MSB, der erstmals unter dem Namen „Aufbruch“, einem „Bündnis aus aktiven FachschafterInnen, MSB-Spartakus, Nichtorganisierten, Aktiven aus der Frauen-, Friedens- und anderen sozialen Bewegungen, AusländerInnen“, kandidierte, erhielt 2034 Stimmen bzw. 29,8% (SoSe 87: 1438 Stimmen, 22,7%). SHB: 1438 bzw. 20,9% (1324, 20,9%). Die Jusos profitierten am stärksten von der Nicht-Kandidatur der GAL; 2030 bzw. 29,8% (989, 15,6%). Die GAL-HSG meinte als Grund für den Verzicht auf die Kandidatur zu den Wahlen angeben zu müssen, daß die SP-Wahl immer noch nicht per Briefwahl durchgeführt werde. Die oppositionellen Gruppen an der Universität konnten einen Zuwachs des reaktionären Lagers nicht behindern; die Bangemann-Liberalen ULH erhielten 438 Stimmen bzw. 6,4% (373, 5,9%) und der RCDS erhielt 800 Stimmen bzw. 11,7% (596, 9,4%). Vor allem aber ist es dem RCDS zum ersten Mal seit Anfang der 70er Jahre wieder gelungen, in einem Wahlkreis (Wirtschaftswissenschaften) beide Direktmandate zu gewinnen. – Der Druck auf die studierende Jugend scheint so stark zu sein, daß vor allem der RCDS zunehmend sein Süppchen darauf kochen kann. – (stg)



Köln. Gegen den „Kahlschlaghaushalt“ des Landschaftsverbandes Rheinland demonstrierten am 9.5. 1000 ÖTV-Mitglieder. Die ÖTV-Sprecher griffen an, daß das Etatdefizit auf Kosten der Beschäftigten und der Behinderten und alten Menschen aufgefangen werde. Nach der Kundgebung marschierten die Gewerkschafter zum Rathaus, Polizei ließ Stahlgitter am Eingang herunter. – (gbu)

4 1/2 Jahre Haft ohne Beweise

Hannover. Das Landgericht Hannover verurteilte am 2.5.88 die Studentin Isabel J. zu 54 Monaten Haft wegen Mittäterschaft an einer Explosion am 1.5.85 auf dem Gelände der Messe AG. Welche Taten das Gericht der „Mittäterin“ zur Last legt, blieb unbekannt. Keiner der Belastungszeugen hatte die Verurteilte erkannt. Die Vermutung Isabel habe einen zweiten Zünder am Explosionsort deponiert, das Färben ihrer Haare nach dem Tod Pemüllers (er war bei der Explosion ums Leben gekommen) sowie die Aufgabe ihrer Arbeit reichten dem Gericht zur Verurteilung. Die Verteidigung fordert eine Revision. Der „Kronzeuge“ und frühere Panzerkommandant Brünning wurde wegen Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu 6 Monaten verurteilt. Die beiden Angeklagten M. und L. wurden freigesprochen. Die BAW hatte '85 mit Vorwürfen nach §129a StGB umfangreiche Einschüchterung und Spitzeltätigkeit betrieben. – (mak)

Berufsverbot gegen DKP-Lehrer Eckartsberg

Hannover. Das Verwaltungsgericht Hannover hat das Berufsverbot gegen Eckartsberg bestätigt. Nachdem dieser wegen Kandidatur für die DKP bei den Kommunalwahlen 1981 bereits aus dem Schuldienst entlassen werden sollte, das Oberverwaltungsgericht nicht zustimmte, wurde er nun wegen seiner Wahlfunktionen in der DKP (Kreisvorsitzender Hannover-Land und Mitglied des Bezirksvorstandes Niedersachsen) aus dem Schuldienst „entfernt“. Er habe durch Übernahme von Parteämtern sich eines schwerwiegenden Dienstvergehens schuldig gemacht, so die Urteilsbegründung. Einen Antrag auf Aussetzung des Ver-

fahrens bis das Gesuch Eckartsbergs auf Versetzung nach Schleswig-Holstein entschieden sei, lehnte das Gericht ab. Gegen das Berufsverbot protestierten die Gesamtkonferenz, Eltern- und Schülerrat der IGS Garbsen, DGB, GEW, Grüne, SPD u.a. Eine GEW-Annonce unterzeichneten 1878 Berufsverbotegegner. – (mal)

Hartes Urteil im Prozeß gegen vier Antimilitaristen

München. Am 18.5.1988 sprachen die Richter der Staatsschutzkammer München das Urteil gegen die vier Antimilitaristen Alfons Lukas, Heiko Müller, Stephan Sinz und Cengiz Yürü. Angeklagt waren sie u.a. nach § 89 StGB, „verfassungsfeindliche Einwirkung auf die Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane“, insbesondere wegen des Verfassens bzw. Verteilens von Flugblättern für neueingezogene Rekruten. (s. Bericht in Pol.Ber. 10/88) Die Redaktion der Zeitschrift „Kämpfende Jugend“ zum Urteilspruch: „Im Namen des Volkes ergingen gegen die Angeklagten folgende Urteile: A. Lukas: 8 Monate Gefängnis, außer er hält 3 Jahre lang seinen Mund. Außerdem eine Geldstrafe von 1500 DM an die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, eine Löwenthal-Stiftung. H. Müller: Schuld spruch nach Jugendgerichtsbarkeit auf die Dauer von zwei Jahren. Sollte er sich noch einmal etwas Einschlägiges zu Schulden kommen lassen, kommt er in den Jugendknast. St. Sinz: 90 Tagessätze à 15 DM und somit vorbestraft. C. Yürü: Es konnte ihm höchstens die Verteilung eines inkriminierten Flugblattes nachgewiesen werden, und somit wurde das Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt ... Verurteilt worden sind sie auf Grund ihrer Gesinnung ... das erste (Urteil) hier in der BRD, das so scharf gegen Meinungsäußerungen vorgeht.“ (acr)

V. Dohnanyi-Rücktritt

V. Dohnanyi überläßt Vollendung der Standortpolitik anderen

Hamburg. Bürgermeister von Dohnanyi hat zum 1. Juni seinen Rücktritt bekanntgegeben. Zeitgleich ist der Bonn-Senator Pawelczyk zurückgetreten. Ahnend was kommen wird, legte eine Woche später Sozialsenator Ehlers, führender Vertreter der SPD-Linke, sein Amt nieder. Pawelczyk baustet weiter an seiner Laufbahn, ihm werden Ambitionen in Richtung Europa-Parlament nachgesagt. Was aber bewegt einen Mann wie v. Dohnanyi, der erst jüngst vom Bundespräsidenten v. Weizsäcker für sein Verhalten in der Auseinandersetzung um die Hafenstraße gelobt und per Medaille geehrt worden ist, was bewegt also eine solche Persönlichkeit des bürgerlichen Lagers, aus dem Rampenlicht zu treten?

Von Dohnanyi hat es an Willfährig-

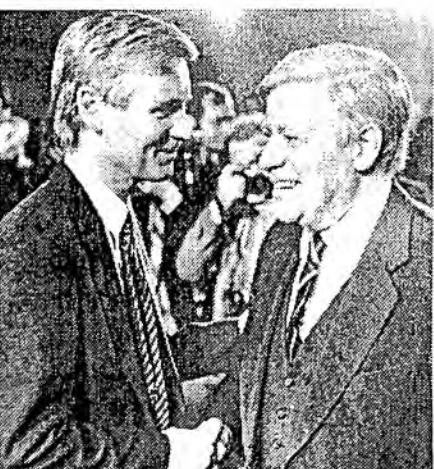
gibt es Widerstand der Lohnabhängigen aus den Krankenhäusern, aus den Schulen und Kindergärten, aus den Bezirks- und Arbeitsämtern, den Hamburger Gas- und Wasserwerken etc. Auch die auffällige Stärke des ÖTV-Blocks auf der 1.-Mai-Demonstration ist Ausdruck des Widerstandes gegen die Senatspolitik.

Das mag einem Standortler vom Kaliber v. Dohnanyis oder Voscheraus alles noch kalt lassen, es muß vor allem noch kein Grund für Differenzen innerhalb der Standortfraktion der SPD sein. – Es ist aber v. Dohnanyi in seiner Regierungszeit nicht gelungen, wesentliche Teile der SPD-Mitgliedschaft aus dem Widerstand gegen die Standortpolitik herauszulösen. Von Dohnanyi, der seine wegweisenden Reden immer vor dem aus Kapi-

Einfluß mit einer Verfassungs- und Verwaltungsreform zurückzudrängen und dafür die Direktionsrechte des ersten Bürgermeisters auszubauen. V. Dohnanyi konnte sich aber gegen den Widerstand, vor allem von den SPD-Bezirken, nicht durchsetzen. Mit seinem Rücktritt macht v. Dohnanyi den Weg frei für die Verwirklichung dieser Reformen, denn sein Nachfolger Voscherau macht die Zustimmung der SPD-Mitgliedschaft zur Ausweitung der Kompetenzen des ersten Bürgermeisters zu einer Bedingung für seinen Amtsantritt.

In der Auseinandersetzung um die Hafenstraße konnte v. Dohnanyi zwar bei Teilen der SPD-Mitgliedschaft und GAL-Anhängerschaft Sympathien für sich verbuchen, hat sich aber bei den SPD-Rechtsstaat-Hardlinern in Mißkredit gebracht.

Der Mann der Stunde ist Voscherau. Er wäre, so wehnert er, bereit, den Karren zu ziehen, „wenn der Karren es will – und wenn er mit beiden Rädern in ein und dieselbe Richtung mit mir will.“ Die SPD braucht „eine Verbesserung“ des „Wir-Gefühls“. Konkret formuliert er denn auch für die Übernahme des Postens des ersten Bürgermeisters eindeutige Zumutungen an die SPD-Mitglieder in Gewerkschaften und Initiativen; vor allem Aufgabe des Widerstandes gegen die „Sanierung“ des Haushaltes durch den Senat. – (stg)



Henning Voscherau (rechts mit H. Schmidt) unterstreift geflissentlich, wenn er von sich selbst als „letzten bedeutenden Vertreter des früheren Schmidt-Flügels der Hamburger SPD“ spricht. – „Jeder wirkt überall mit“ (v. Dohnanyi, links) ist die Kritik der Regierungssozialdemokraten an den Hamburger Verhältnissen.

keit gegenüber den Kapitalisten nicht mangeln lassen. Sein 1983 ins Leben gerufenes Konzept der Standortpolitik des „Unternehmens Hamburg“ bezeugt dies. Dennoch spricht einiges dafür, daß die Standortfraktion der SPD um den jetzt erkorenen v. Dohnanyi-Nachfolger Voscherau ihn nicht mehr vollends unterstützt. Erstes Anzeichen war der Rücktritt Voscheraus vom SPD-Fraktionsvorsitz im Herbst 1987. Der bis dahin als v. Dohnanyi-Intimus geltende Voscherau warf v. Dohnanyi ein mangelhaftes Konzept zur Haushaltssanierung vor, die auch nach sozialdemokratischen Verständnis (leider, leider) nur auf dem Rücken der Lohnabhängigen geschehen kann. Denn gegen sämtliche Einsparungs- und Privatisierungsabsichten von Seiten des Senats gab und

talisten bestehenden „Übersee-Club“ hielt und nicht vor der Partei, störte, daß aufgrund einer Besonderheit der Hamburger Verfassung sich Teile des Widerstandes bis in den Senat hinein Gehör verschaffen konnten. Denn die Hamburger Verfassung weist dem Bürgermeister keinerlei Richtlinienkompetenz gegenüber seinen Senatskollegen zu. Hinzu kommt, daß die einzelnen SPD-Senatsmitglieder auf den SPD-Parteitag bestimmt und in der Bürgerschaft gewählt werden, was den Einfluß der SPD-Mitgliedschaft, der Bezirks- und Ortsverbände und der SPD-Fraktion auf die Politik des Senats ermöglicht. Von Dohnanyi mußte permanent die politische Auseinandersetzung im Senat führen, dies ermüdete ihn zum Schluß.

Von Dohnanyi versuchte, diesen

OB-Wahlen Konstanz

Alternative Liste stellt eigenen Kandidaten auf

Konstanz. Die Alternative Liste (AL) hat für die Oberbürgermeister-Wahlen in Konstanz am 12. Juni einen Kandidaten nominiert. Im Sommer letzten Jahres hatte sie der Freien Grünen Liste (FGL) vorgeschlagen, mit einer Bündnis-kandidatur die Opposition gegen die Politik von Verwaltung und rechter Gemeinderatsmehrheit zu stärken. Seit seinem Amtsantritt 1980 betreibt der parteilose Oberbürgermeister Horst Eickmeyer, gestützt auf CDU, FDP, Freie Wähler, teilweise die SPD, eine brutal arbeiterfeindliche Politik: Mit ständigen Gebührenerhöhungen und Einschränkungen kommunaler Leistungen werden Mittel für die Wirtschaftsförderung freigesetzt, die direkt oder indirekt in die Kassen von Konzernen und großen Unternehmen wie AEG, CGK, Byk Gulden fließen. Kein Wunder, daß sich die bürgerlichen Fraktionen auf eine Unterstützung des erneut kandidierenden Eickmeyers einigten. Daß auch die SPD-Fraktion meint, mit ihm leben zu können, macht Eickmeyers Wiederwahl zur bloßen Formsache.

Die FGL, die mit sieben Abgeordneten im Gemeinderat sitzt, lehnte ein Bündnis ab und nominierte eine eigene Kandidatin. Ziel des grünen Wahlkampfs sei ein „tiefer Einbruch ins bürgerliche Lager“, den ein Bündnis mit der AL gefährde. Verhandlungen um eine gemeinsame Programmatik scheiterten an der Geringschätzung des Stellenwerts von Ansprüchen der arbeitenden Menschen durch die Grünen. Sie lehnen Gebührensteigerungen und Leistungsabbau für die werktätige Bevölkerung nicht grundsätzlich ab, sondern betrachten sie als zulässiges Instrument, um (ökologische) Politik zu machen. Um den Interessen von armen Leuten gegen die reaktionäre Propaganda von Eickmeyer und Bürgerblock Gehör zu verschaffen, hielt die AL eine Kandidatur für unumgänglich.

Die AL tritt für Mindestansprüche der werktätigen Bevölkerung ein. Sie fordert Gebührensenkungen und höhere Gewerbesteuer-Hebesätze; sie will, daß Sondertarife und Subventionen für die Kapitalisten abgeschafft werden, um soziale und kulturelle Leistungen zu finanzieren. Weitere Schwerpunktthemen: Der Kampf gegen die Formierung der Faschisten in Konstanz, die mit einem NPD-Kandidaten in den Wahlkampf eingreifen, und die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer als Schritt in Richtung auf eine rechtliche und politische Gleichstellung. – (jüg)

Kindertagesstätten

Tarifvertragsentwurf über Arbeitsbedingungen

Westberlin. Seit einigen Monaten existiert der Entwurf eines „Zusatztarifvertrag(es) zum BAT zur Regelung der Arbeitsbedingungen der Angestellten im Erziehungsdienst in den Berliner Kindertagesstätten“. Er wurde erstellt von der Abteilung Erziehungs- und Sozialdienste der ÖTV. Die Diskussion um einen solchen Tarifvertrag ist entstanden aus den Auseinandersetzungen zwischen Beschäftigten und Senat seit vielen Jahren.

In Westberlin gibt es überdurchschnittlich viele alleinerziehende Mütter und Väter und eine sehr hohe Frauenerwerbsquote. Aus diesem Grund stehen seit Jahren mehr als 20000 Anmeldungen auf den Wartelisten der Bezirke. Daran haben weder Gebührenerhöhung noch die Familienpolitik des Senats etwas geändert. Immer wieder versucht deshalb der Senat, durch Änderung der Arbeitsbedingungen den Erzieherinnen mehr Kinder „aufzuholzen“. Diese wehren sich. Sie haben zu Recht Ansprüche an die Qualität ihrer Tätigkeit und wollen nicht zu reinen Aufpassern

werden. Deshalb ist auch zuallererst in dem o.g. Tarifvertragsentwurf festgehalten: „a) Kindertagesstätten sind sozialpädagogische Einrichtungen, in denen Kinder ... für einen Teil des Tages regelmäßig zur Bildung, Erziehung und Pflege aufgenommen werden. b) Aufgabe der Kindererziehung ist es, durch allgemeine und gezielte Bildungsangebote und erzieherische Hilfen die geistige und körperliche Entwicklung der Kinder anzuregen, ihre Gemeinschaftsfähigkeit zu fördern und durch differenzierte Betreuung allen Kindern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu geben.“ Entscheidend sind dafür sowohl die Größe der Gruppen als auch die Anzahl der betreuenden Erzieherinnen. Gefordert werden: Liegekrippe – 6 Plätze, Laufkrippe – 8, Kindergarten – 12. Zur Zeit werden ca. 70000 Kinder von 5000 Erzieherinnen betreut, d.h. 14 Kinder pro Erzieherin. „Die Regelbemessung beträgt bei 235 Öffnungsstagen pro Jahr mit 11,5 Öffnungsstunden pro Tag und einer Tarifarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche für Krippe, Kindergarten mit Vorschule und in Sondergruppen 2,32 pädagogische Fachkräfte pro Gruppe, im Hort 1,76 ...“ Die Netto-Arbeitszeit für eine pädagogische Fachkraft wird mit 55687 Netto-Jahresarbeitsminuten (JAM) veranschlagt. Zur Zeit legt der Senat 90000 JAM für die Personalbemessung zugrunde.

Die Diskussion um Tarifverträge über Personal- und Leistungsbemessung wird sehr kontrovers geführt. In Westberlin gibt es bisher zwei derartige Tarifverträge, jedoch keinen, der sich auf Tätigkeiten in sozialen Berufen bezieht. Es wird befürchtet, daß Leistungsbemessungen zu Mindestleistungsansforderungen und Mindestpersonalbemessungen zu Höchstbesetzungen werden. Allein die Diskussion um solche Bemessungen hat gezeigt, daß sie politischen Zündstoff enthalten, den der Senat fürchtet. Die Bezirkskonferenz hat per Beschuß den Bezirksvorstand zur Aufnahme von Tarifverhandlungen verpflichtet. – (har)

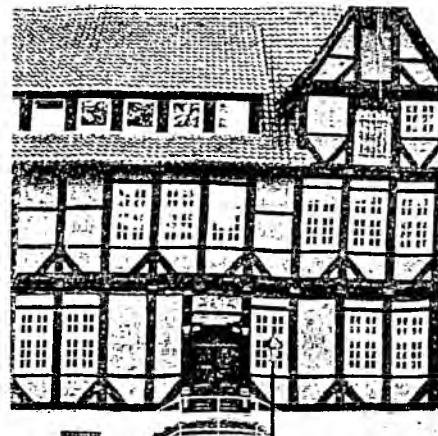
Lehrerfortbildung

Mittelkürzung und verstärkte Kontrolle

Braunschweig. Seit fast zehn Jahren besteht das „niedersächsische Landesinstitut für Lehrerfortbildung“, das 1979 mit der Zielvorstellung errichtet wurde, die Lehrer zur Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen während der Ferien zu bewegen. Dies ist dem Institut nicht gelungen: „Zwangsmassnahmen“ würden durch Personalräte, Gewerkschaften und Standesorganisationen verhindert, klagt der NLI-Lei-

ter gegenüber der Presse. Dagegen nutzten die Lehrer die Fortbildung in der Unterrichtszeit durchaus dazu, Erfahrungen auszutauschen und neue Anregungen für den Unterricht zu gewinnen. Für 1986 weist die Statistik 2402 Fortbildungsveranstaltungen mit 49427 Teilnehmern aus – das sind mehr als 50% der nds. Lehrerschaft –, davon einige Doppelzählungen. Durchschnittlich beteiligen sich etwa 30% der Lehrkräfte an Fortbildungmaßnahmen, stellt das NLI fest.

Doch seit geraumer Zeit versucht das MK, verstärkt Einfluß auf die Programmgestaltung zu gewinnen. So



Das Institut für Lehrerfortbildung hat seinen Hauptsitz in Hildesheim.

wurde die Lehrerfortbildung in den letzten Jahren einseitig auf den Einsatz neuer Technologien ausgerichtet. Dazu wurden an zehn Standorten Computerzentren eingerichtet. 2,37 Mio DM, mehr als 50% des NLI-Haushaltes, wurden dafür aufgewandt. Das Ziel ist es, bis Anfang der 90er Jahre mindestens 20000 Lehrkräfte für den Unterricht mit Computern fit zu machen. Während in dieses Programm riesige Summen gesteckt werden, hat Kultusminister Knies jetzt den Etat des NLI um fast 25% auf 3 Mio DM gekürzt.

Einsparungen sollen vor allem dadurch erbracht werden, daß statt zentraler Seminare mehr regionale und schulinterne Fortbildungsveranstaltungen gefördert werden. Das Ministerium spart so die Kosten für die Unterbringung und gleichzeitig wächst die Möglichkeit, die Teilnehmer vor Ort zu kontrollieren bzw. auf die angeblich nicht so „bildungswilligen“ Kollegen – Lehrkräfte über 50 und Frauen mit Kindern – Druck auszuüben. Dazu soll die Organisation der Fortbildung dem Schulaufsichtsamt, d.h. der unteren Schulbehörde, übertragen werden.

Die GEW erhebt Bedenken gegen dieses Verfahren, fordert aber zunächst nur, bei den Bezirksregierungen bzw. Schulaufsichtsämtern schulfachliche Berater für die Lehrerfortbildung einzusetzen. – (usm)

Westberlin

Bürgerkriegsübung des Staates am 1. Mai in Kreuzberg

Kapitalistenpresse und staatliches Fernsehen waren schnell bei der Hand, den 1. Mai in Kreuzberg als den fruchtlosen Versuch der Autonomen darzustellen, den Aufstand vom letzten Jahr zu wiederholen. Dazu sei es nicht gekommen, nur vereinzelte Scharmützel hätten stattgefunden, die die Polizei allerdings schnell in den Griff bekommen hätte. Diese Version der Vorgänge am 1. Mai ist die staatlich-offizielle. An die glaubt aber niemand, denn Tatsache ist:

Der Polizeiüberfall auf die Besucher des Stadtteilfestes am Lausitzer Platz und die sich daran anschließende militärische Besetzung und teilweise Abriegelung von Kreuzberg sowie der massierte und auf Breitenwirkung angelegte Polizeiterror schufen eine Situation und eine Atmosphäre, die dem Ausnahmezustand in Südafrika oder in Chile glich.

Der Ermittlungsausschuß schreibt dazu: „Am 1./2. Mai wollte die Berliner Staatsgewalt endlich mal wieder beweisen, wer hier eigentlich das Sagen (sprich Schlagen) haben sollte. Resultat der Bullenübergriffe: 134 Festnahmen, 25 Vorführungen vorm Hastrichter, 7 Leute im Knast und an die 100 Verletzte. An diesem Abend versuchten die Bullen, durch weiträumiges Abriegeln die Leute „im Zaum zu halten!“ Im Klartext sah es so aus, daß alle Leute, egal wie und wo sie sich aufhielten, gejagt, verprügelt und/oder festgenommen wurden. Mehrmals wurde beobachtet, wie bewußtlos geschlagene Leute an den Beinen bzw. Armen in die Wannen geschleift wurden, oder Rettungswagen Menschen mit Blaulicht abtransportierten. Z. B. wurde bei einer Frau die Reaktionsfähigkeit folgendermaßen überprüft: Die Bullen griffen ihr in die Haare, hoben den Kopf (anscheinend wollten sie sicher gehen, daß sie wirklich bewußtlos ist) und ließen ihn dann aufs Pflaster knallen. (...) Leute, die nicht nur verprügelt, sondern zusätzlich festgenommen wurden, erhielten in der Wanne noch Sonderbehandlungen: Bei einigen war die Handfessel dermaßen festgezogen, daß die Hände anschwollen, viele wurden mehr durch Schmeißen und Zerren von der Wanne in den Gefängniswagen befördert und bei mehreren kam es vor, daß sie in der Mitte der Wanne knien mußten und die rundum sitzenden Bullen abwechselnd auf sie einschlugen.“ Weiterhin wurden Verletzte, die sich in das Urbankrankenhaus begaben, dort von den Bullen erwartet und noch einmal verprügelt oder festgenommen.

Was in dieser Nacht von den Bullen aus gegen die Bevölkerung in Kreuzberg ablief, war die breite Anwendung von Folter gegen alle, die den Befehlen der Bürgerkriegstruppen („Verlassen Sie sofort die Straße!“) nicht nachkamen. Bestimmte Einheiten dieser Truppen hatten ihre Gesichter geschwärzt, die Kennzeichen an den Wannen (z.B. C7 o.ä.) waren überklebt und vor die Fenster der Wannen hatten sie Decken gehängt, damit kein Mensch mehr sehen konnte, was sich darin abspielte.

Dieser Terror hat allerdings ein Vorspiel: Am Mittag zog eine revolutionäre 1.-Mai-Demo durch die Arbeiterbezirke Kreuzberg und Neukölln, an der sich 8000 Menschen beteilig-



ten. Die Inhalte der Reden auf den Zwischenkundgebungen, die mitgeführten Transparente und die Sprechchöre hatten eine klare Aussage: Sie waren proletarisch im Sinne eines konsequenten Klassenkampfes gegen Staat und Kapital, und sie waren klar internationalistisch. Die Trennungslinie zum Feind – den Ausbeutern – wurde klar gezogen. So hieß es in einem Beitrag auf einer Zwischenkundgebung: „Sollen wir uns etwa noch glücklich schätzen, ne Scheiß-1- oder 2-Zimmer-Wohnung zu haben, wofür wir immer mehr hunderte von Mark den Blutsaugern in den Rachen werfen müssen? Sollen wir denn dankbar sein, noch nen Job für 8 Mark – für Typen – und für 6 Mark – für Frauen – zu haben, vielleicht bloß für drei Monate, um fünf Uhr losfahren zu müssen und uns totzuackern? Sollen Frauen den Typen noch die

Füße küssen dafür, nicht bzw. nicht schon wieder vergewaltigt worden zu sein, sondern ‚nur‘ angemacht, angegrapscht, angeglotzt zu werden und für den Macker umsonst den ganzen Tag zu Hause zu schuften? Sollen ausländische Menschen froh sein, noch nicht in Auschwitz oder Stammheim zu sitzen, sondern ‚nur‘ in Abschiebeklänen und Flüchtlingslagern und von faschistischen Schlägertrupps verfolgt und bedroht zu werden? Und sollen wir etwa noch nachsichtig mit den Ausbeutern sein, weil sie ja ‚bloß‘ die Völker Palästinas, des südlichen Afrika, Lateinamerikas und so weiter für ihre Kapitalinteressen erschießen und uns noch in Ruhe lassen? WOHL KAUM! Und wir können ihnen einen Strich durch die Rechnung machen! Sprengen wir unsere Ketten!“

Diese Inhalte und die Tatsache, daß zwei starke Blöcke von Vermummten in der Demonstration mitliefen, hat den Senat und die Polizeiführung getroffen. So wurde durch abgehörten Funk inzwischen bekannt, daß ein Überfall der Bullen auf die Demonstration geplant war, dies aber nicht realisiert wurde, weil die Demo zu stark war: Viele Menschen, viel Entschlossenheit, diszipliniert und kämpferisch. Das wurde vom Lautsprecherwagen aus auch gleich zu Beginn der Demo klargestellt: „Wenn die Bullen diese Demonstration heute angreifen, werden sie eine Schlacht erleben, von der sie in 10 Jahren noch träumen werden.“

Die politische Niederlage versuchten Senat und Polizeiführung dadurch wettzumachen, daß sie am Abend und in der Nacht Kreuzberg besetzten und terrorisierten. Es ging ihnen dabei um:

- die Isolierung der Revolutionären von der Bevölkerung,
- ein Bürgerkriegsmanöver unter realistischen Bedingungen im Hinblick auf die Tagung des IWF im September,
- die Einkreisung eines rebellischen Stadtteils,
- die Provokation einer Auseinandersetzung mit dem Ziel, möglichst viele Leute aus dem Widerstand einzusacken.

Neu war in dieser Nacht auch die Zusammenarbeit zwischen Bullen und privaten faschistischen Schlägertrupps, die mit Eisenstangen bewaffnet die Menschen jagten. Dieser Terror hat erstmal viel Wut hinterlassen. Sein Ziel hat er nicht erreicht. Er wird nicht dazu ausreichen, in Westberlin bis September – zur Tagung des IWF – Friedhofsrufe zu schaffen. Er wird eher dazu beitragen, eine Vielfalt von Aktivitäten zu verstärken, mit denen die Menschen zur richtigen Zeit und am richtigen Ort eine Antwort geben werden auf diesen Terror. Und diese Antwort wird nicht von Pappe sein.
– (beb, klh)

Bayern

NPD-Landesparteitag in Kaufbeuren

Kempten. Am 29. Mai will die NPD in Kaufbeuren ihren bayerischen Landesparteitag abhalten. Im Vorfeld war sie bereits mit Ansprüchen auf Stadthallen in den Städten Lindau, Lindenberg und Memmingen aufgetreten. Durchweg versuchten die Städte, den Faschisten Räumlichkeiten zu verwehren, drückten sich allerdings um eine unmißverständlich antifaschistische Begründung. Argumentiert wurde stattdessen mit dem „guten Ruf“. Das sind unzureichende Hindernisse, die schnell fallen können, wenn die Faschisten bei der Bezirksregierung Rechtsmittel einlegen und die Kommunen dann von dieser juristisch unter Druck gesetzt werden.

In Augsburg wollte die NPD ihren Bundesparteitag abhalten. Daraufhin wurde ihr per Stadtratsbeschuß, der Faschisten für unerwünscht erklärt, die Kongreßhalle verweigert. Das Regierungspräsidium reagierte auf den Widerspruch der NPD, indem es die Stadt aufforderte, den Beschuß aufzuheben, was leider, ohne juristischen Widerstand zu leisten, geschah. Dennoch blieb es bei der politischen Ablehnung.

Es ist begrüßenswert, daß der Kaufbeurer Stadtrat die Vergabe des Tagungsgebäudes an die NPD abgelehnt hat, auch wenn dieser Beschuß vom Regierungspräsidium aufgehoben wurde. Daß sich andere Stadtverwaltungen in der Region den Faschisten widersetzen, hat offenbar auf den Kaufbeurer Stadtrat Wirkung gezeigt. Von Bedeutung ist dies v.a. deshalb, weil sich die Stadt Kaufbeuren bisher vom Widerstand gegen die fast jährlich stattgefundenen Faschistenveranstaltungen unbeeindruckt zeigte, sich jetzt aber auch nicht als Ersatz für Augsburg hergeben will, wo die NPD trotz juristischer Durchsetzung politisch abgeblitzt ist. Verbunden wurde die Ablehnung mit der Forderung nach einer „Sicherheitsleistung“ für Schäden bei Gegenveranstaltungen in Höhe von 100000 Mark für den dann auch eingetretenen Fall, daß das Regierungspräsidium Schwaben interveniere und die Veranstaltung erlaube. Diese Kautions wurde vom Regierungspräsidium aber ausdrücklich gebilligt.

Die NPD spuckt Gift und Galle. „Wir werden sie nicht akzeptieren, werden aber auch auf keinen Fall Kaufbeuren als Tagungsort aufgeben.“ Und in einer Presseerklärung: „Wenn rechtsbrecherische Gegenkräfte Aktionen vorhaben sollten, ist es die selbstverständliche Pflicht der staatlichen Ordnungskräfte, solche Gesetzesverstöße zu verhindern oder Rechtsbre-



Widerstand gegen NS-Treffen, Nesselwang, 1985.

cher dingfest zu machen.“

Die Faschisten setzen auf Kriminalisierung des Widerstands, der sich teilweise im „Allgäuer Forum gegen alte und neue Nazis“ zusammengeschlossen hat, darunter die IG Metall und die VVN. Die SPD glänzt durch Schweigen. Im Aufruf heißt es u.a.: „Wir fordern das verfassungsmäßige Verbot aller neofaschistischen Organisationen gemäß Artikel 139 Grundgesetz, Unterbindung jeglicher neofaschistischer Propaganda und Aktivitäten.“ Ein Schwachpunkt des ansonsten guten Aufrufs ist, daß die Kräfte der Regierungskoalition völlig aus der Schußlinie geraten. – (die)

Privatuniversität

Nordische Universität wird weiter subventioniert

Flensburg. Mitte November letzten Jahres konnte die Nordische Uni (NU), mit Fachbereichen in Flensburg und Neumünster (bislang Betriebs-, Agrar- und Wirtschaftswissenschaften), nur durch eine Soforthilfe des Landes in Höhe von 1,2 Mio. DM vor dem finanziellen Ruin bewahrt werden. Noch vor den Wahlen in Schleswig-Holstein haben sich alle im Landtag vertretenen Parteien darauf geeinigt, die von der NU angemeldeten weiteren finanziellen Forderungen zu erfüllen. Die NU, die bei ihrer Gründung '85 selbst den Anspruch erhob, sich allein aus privaten Geldern zu tragen, hat für den Zeitraum 1988-1997 nach Schätzungen des Landesrechnungshofes eine finanzielle Deckungslücke von 218 Mio. DM. Als Konsequenz wurden dieser privaten Forschungseinrichtung bereits Mitte März vom Finanzausschuß des Landtages 5 Mio. DM freigegeben, um die zu erwartenden Defizite des laufenden Jahres auszugleichen. Als dann am

23. März der Finanzausschuß erneut tagte und mit Vertretern der Uni verhandelte, kam auch dabei wieder etwas für die norddeutschen Kapitalisten Positives heraus: Man einigte sich darauf, die NU auch in den nächsten Jahren weiterhin kräftig zu schmieren, nur über die Höhe muß der am 8. Mai neu gewählte Landtag entscheiden, voraussichtlich werden es um die 20 Mio. DM sein. Der künftige Ministerpräsident Engholm hat sich schon mehrmals zu dem Thema geäußert: Er und die SPD stehen voll hinter der Nordischen Uni. Mit dem Argument des zu fördernden „strukturschwachen Raumes“ wird die NU selbst vom SSW verteidigt. Im nördlichen Landesteil führte die Krise der traditionellen Industrien sowie der Landwirtschaft zu recht hohen Arbeitslosenzahlen. Da soll nun diese Forschungseinrichtung als Anreiz für Kapitalisten dienen, neue High-Tech-Industrien im Norden anzusiedeln. Über diese Uni können die Unternehmer und die Wirtschaftsverbände nun noch uneingeschränkter als bei den staatlichen Hochschulen ihre Forschungsaufträge erledigen lassen. Auch werden sie bei der jetzigen Regelung billiger als eigentlich erwartet dabei fahren – immerhin wird die NU in diesem Jahr zu mehr als zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln finanziert und nicht wie angekündigt ausschließlich aus den Geldern der Unternehmer. Interessant ist, wer als NU-Vertreter die Verhandlungen mit dem Finanzausschuß führte. Es waren u.a. der frühere schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Jürgen Westphal (CDU) und Wolfgang de Haan, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerverbände Schleswig-Holsteins. Diese Herren, zusammen mit den nordischen Volksvertretern, sorgten also dafür, daß nun die insgesamt 20 StudentInnen der Nordischen Universität in Flensburg in einem schönen restaurierten Speicherhaus leben und lernen dürfen. – (pes)



BMW AG

Flexibilisierung in allen Werken Samstagsarbeit in Regensburg

München. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß äußerte sich lobend über die BMW AG. Die überplanmäßige Nachfrage nach Arbeitskräften in dem neuen Werk Regensburg trage dazu bei, daß sich die durch den Maxhütte-Konkurs schwierige Arbeitsplatzsituation in der Oberpfalz erheblich entspanne. (1) Ein wenig anders beschreibt die Zeitung „metall“ die Situation am BMW-Standort Regensburg: „22000 Bewerbungen stapeln sich dort in der Personalabteilung – für maximal 1200 Arbeitplätze, die bis zum endgültigen Ausbau noch zu besetzen sind.“ (2)

In dieser Lage konnte der BMW-Vorstand dort Samstagsarbeit verbunden mit 9-Stunden-Schichten durchsetzen (ab 1. Mai 88). Er hat eine Propaganda entfalten können, daß nur der Betriebsrat mit seiner Ablehnung der Samstagsarbeit die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindere, und gleichzeitig damit gedroht, Bonuszahlungen, Weihnachtsgeld und betriebliche Pausen zu kürzen. BMW hat dafür die 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zugestanden. Das kommt immer noch billiger, als wenn Samstags Überstundenzuschläge gezahlt werden müßten. Es gibt zudem eine Betriebsvereinbarung, nach der zu viele Sonderschichten am Samstag für BMW sehr teuer kommen. Diese wird in Regensburg durch die reguläre Samstagsarbeit umgangen.

Der IGM-Bezirk Bayern hat gegen die Samstagsarbeit bei BMW-Regensburg ein Flugblatt herausgegeben, in dem mit dem Hinweis auf die soziale Bedeutung des freien Wochenendes aufgefordert wird, dieses zu verteidigen. Die Organisation der IGM wird darin zur Geschlossenheit aufgerufen. (Kasten) Die IGM-Ortsverwaltung München, Landshut und Regensburg, in deren Bereich die bayerischen BMW-Werke liegen, bewiesen Geschlossenheit, indem sie das Flugblatt nicht verteilt, weil damit in den damals laufenden Verhandlungen um die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung die Unternehmer auf die nach Manteltarif mögliche Samstagsarbeit aufmerksam würden. Der Verzicht auf eine breite, öffentliche Mobilisierung gegen die Samstagsarbeit bei BMW Regensburg ist eine sehr konsequente Umsetzung des Manteltarifvertrages, in dem die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit auf die einzelnen Betriebe verlagert wurde. Dort haben es die Kapitalisten allemal leichter, die speziellen Betriebsinteressen gegen die Arbeiterinteressen durchzusetzen.

Die berechtigte Empörung über die

Zustimmung des Regensburger BMW-Betriebsrates zur Samstagsarbeit kann dazu verleiten, falsche Fronten zwischen IGM und dem Regensburger Betriebsrat zu ziehen. Es waren aber die Tarifkommissionen der IGM, die die Betriebsnutzungszeit als schutzwürdiges Privileg der Kapitalisten anerkannt haben. Der BMW-Vorstand kann zudem ausnutzen, daß betriebswirtschaftliche Argumente innerhalb des immer größer werdenden Angestelltenbereichs und auch bei den Facharbeitern durchaus auf Verständ-

Arbeit mehr machen dürfen, auf leichtere Arbeitsplätze versetzt werden müssen. In Dingolfing hat der Betriebsrat Schwierigkeiten, solche Arbeitsplätze zu beschaffen, weil diese Regelung sehr oft in Anspruch genommen wird. Wer noch keine zehn Jahre durch BMW verschlissen wurde und mit einem Attest daherkommt, der hat ohnehin Pech gehabt.

Das Durchschnittsalter der Bandarbeiter in Dingolfing von 27 Jahren (im gesamten Werk 37 Jahren) vermittelt ebenfalls eine Ahnung davon, wel-



Kundgebung von 4000 BMW-Beschäftigten am 8. April 1987 in München

nis stoßen und nicht als schlicht feindlich gegenüber den Interessen der Beschäftigten durchschaut werden. Während der IGM-Vorstand gegen die Samstagsarbeit Stellung bezieht, fehlt gewerkschaftliche Kritik an den eingeführten 9-Stunden-Schichten. Die Folge der verlängerten täglichen Arbeitszeit zeigen sich erst langfristig. Insbesondere in der Anlaufphase des Werkes scheint sie akzeptabel, weil die Arbeitsintensität noch niedrig ist und die (neue) Belegschaft überwiegend aus jungen Kollegen besteht.

Selten auch werden Fakten bekannt, die zeigen, welch mörderischer Raubbau am menschlichen Körper schon „normale“ Akkordschichten am Band bedeuten. Es gibt bei BMW eine Betriebsvereinbarung, nach der Kollegen mit mehr als zehnjähriger Betriebszugehörigkeit, die ein ärztliches Attest bekommen, daß sie aus gesundheitlichen Gründen keine schwere

che Menschenopfer für die Profite von BMW gebracht werden müssen. (3)

Eine Chance, von der Samstagsarbeit in Regensburg wieder wegzukommen, besteht, wenn das Werk in Zwei-Schicht-Betrieb geht (wahrscheinlich 1990). Ob sie genutzt wird, hängt wesentlich von den Kollegen dort ab.

Vorerst scheint die Samstagsarbeit ohne größeren Widerstand durchgesetzt zu sein. Das kann sich aber rasch ändern, wenn erst einmal praktische Erfahrungen mit dem Schichtmodell gesammelt werden. Das Schaubild (s. Kasten) zeigt, daß die drei Kollegen, deren Arbeitszeiten abgebildet sind, keine Chance haben, samstags gemeinsam was zu unternehmen. Auch die Illusion, daß mal samstags zu arbeiten gar nicht so schlimm sei, wird rasch zerplatzen. Vielmehr ist hin und wieder mal am Samstag frei.

In München mußte 1985 ein Mo-

dellversuch bei der BMW-Marine-GmbH, mit Arbeitszeiten wie jetzt in Regensburg, abgebrochen werden, weil den Kollegen alleine die zusätzlichen freien Tage nichts nutzten, dafür aber die Samstage mit den Familien weg waren. Ende letzten Jahres haben gerade bei neuen Hallen die Führungskräfte bei Produktionsrückständen den rasch Samstagsarbeit angeordnet. Dies ist jeweils einige Male durchgegangen, dann aber haben sich zu viele Beschäftigten geweigert zu kommen. In Anbetracht dieses Widerstandes hat der Vorstand auf der Münchner Betriebsversammlung am 25. April erklärt, das neue Schichtmodell werde vorerst nicht in den anderen Werken eingeführt. Er wolle aber Pilotprojekte mit dem Betriebsrat vereinbaren. Dafür werden über andere Formen der Flexibilisierung angewendet. In Dingolfing wird im Betriebsurlaub mit einer Schicht durchgearbeitet. Die dafür nötigen zusätzlichen Arbeitskräfte werden befristet eingestellt oder geliehen.

Durch die enge Verzahnung der

Werke muß z.T. auch in den anderen Werken durchgearbeitet werden, in München sind 2500 Beschäftigte betroffen. Diese Zahl macht auch deutlich, welchen Druck die Arbeitszeiten in Regensburg auf die anderen BMW-Standorte ausüben. In München, wo der Anteil an ausländischen Kollegen hoch ist, wird der Betriebsurlaub um eine Woche (auf drei Wochen) gekürzt. Immer mehr auch kommt der Drei-Schicht-Betrieb in Mode, der zwar die Gesundheit der Kollegen längerfristig ruiniert, im Moment aber anders als die Samstagsarbeit auf keine Proteste stößt. In München ist letztes Jahr das Preßwerk in Drei-Schichten gegangen, im Moment steht dies beim Sondermotorenbau an.

Für Spezialisten in Entwicklungsbereichen bleibt die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden, obwohl der Manteltarifvertrag als Höchstgrenze 39 1/2 (ab 1989 39) Stunden festlegt. Damit kommt eine kaum bekannte Protokollnotiz im Manteltarifvertrag zur Anwendung, nach der Angestellte, die bisher länger als 38 1/2 Stunden

arbeiten mußten und die bis zum 31.5.87 dem Betriebsrat namentlich genannt wurden, auch weiterhin die alte Arbeitszeit leisten müssen.

Die Tarifkommission hatte sich auf diese Regelung eingelassen, da ebenfalls im Manteltarifvertrag festgelegt ist, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht zu einer Verkürzung der Betriebsnutzungszeit führen dürfe, Spezialisten aber schwer zu bekommen sind und längere Zeit eingearbeitet werden müssen. BMW-Vorstandsvorsitzender von Kuenheim äußerte gegenüber dem Betriebsrat, „unsere Ingenieure“ müßten 48 Stunden die Woche arbeiten. Die Instandhaltung war ursprünglich ebenfalls für die 40-Stunden-Regelung vorgesehen. Dort war die Empörung so groß, daß dies verhindert werden konnte.

Quellenhinweis: (1) Süddeutsche Zeitung, 3.5.88; (2) metall, 16.3.88; (3) Die Angaben stammen vom Dingolfinger Betriebsrat bei einer Werksbesichtigung Frühjahr 87; der Schichtplan ist aus „bm informiert“, 14.3.88, herausg. von der BMW AG – (mu)

IGM-Vorstand: Den freien Samstag verteidigen

Der IGM-Bezirk Bayern hat am 2.3.88 gegen die Samstagsarbeit bei BMW-Regensburg ein Flugblatt herausgegeben. Dort beurteilt Klaus Zwickel vom IGM-Vorstand in folgender Weise die Lage:

„Die Auseinandersetzung um die Länge und Lage der Arbeitszeit ist immer auch ein sozialer Machtkampf in unserer Gesellschaft. Durch die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden haben die Gewerkschaften das freie Wochenende durchgesetzt. Aus dem gewerkschaftlichen Programmsatz wurde gesellschaftliche Wirklichkeit: „Samstag gehört Vati (und Mutti) mir!“

Das freie Wochenende – das war und ist sozialer Fortschritt, Eckpfeiler einer solidarischen Zeitordnung. Entspannung und Erholung, Familienleben mit Partnern und Kindern, gemeinsame Zeit mit Freunden und Verwandten, für Hobbys, Sport und Kultur – all dies ist mit dem freien Wochenende verbunden.

1987 wurde es auch hier notwendig, diese Errungenschaft gegen die Angriffe des Unternehmerlagers zu verteidigen. Daher sind wir in der Tarifauseinandersetzung des vergangenen Jahres auch angetreten, den freien Samstag tariflich zu sichern. Mit Erfolg, denn in allen Tarifverträgen wurde im Unterschied zu früher ausdrücklich festgelegt, daß die Regelarbeitszeit im Normalfall auf die Werkstage von Montag bis Freitag zu verteilen ist – der Samstag hingegen

zur Ausnahme wird!

Die Arbeitgeber kümmern sich weder um soziale Vernunft noch um tarifvertragliche Realität. Die BMW AG bietet dafür ein herausragendes Beispiel: Unter dem Druck hoher regionaler Arbeitslosigkeit und mit der fast erpresserischen Drohung, Bonuszahlungen, Weihnachtsgeld und betriebliche Pausen zu kürzen, hat die Geschäftsleitung die Zustimmung des Betriebsrates zur befristeten Einbeziehung des Samstags in die Regelarbeitszeit im Werk Regensburg erpresst, wobei gleichzeitig die 36-Stunden-Woche (4 × 9 Stundenschichten) eingeführt werden soll.

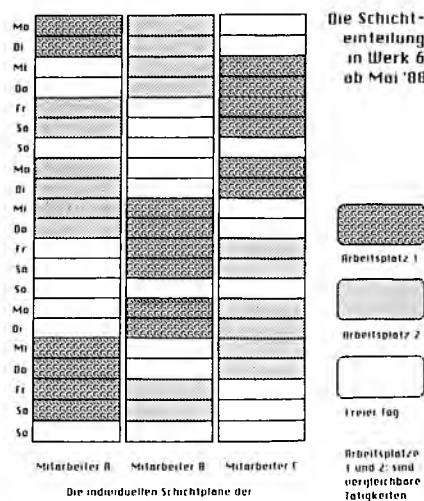
Für die BMW AG ging und geht es hier um einen sozial-politischen

Machtkampf. Denn die längeren Betriebsnutzungszeiten im Werk Regensburg sind weder durch technische Kapazitätsengpässe noch die Absatzlage notwendig. Was BMW hier vorexerziert, ist ein Beispiel für Unternehmerdruck!

Für die IG Metall ist dies erst recht Anlaß, das Engagement für den Erhalt des freien Wochenendes zu verstärken. Der freie Samstag ist kein Tauschobjekt auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche. Hier sollen Weichenstellungen für die Tarifauseinandersetzung 1990 vorgenommen werden. Auch dieses strategische Element im Vorgehen des Arbeitgeberlagers müssen wir erkennen.

Wir werden aber unsere Position nur halten, wenn wir Geschlossenheit in der Organisation bewahren: Belegschaften, Vertrauensleute und Betriebsräte, alle sind aufgefordert, den Kampf fortzuführen. Niemand darf sich 1990 beklagen, wenn wir den freien Samstag – und dann wohl auch den Sonntag – nicht halten können, jetzt aber keine betriebliche Gegenwehr leistet und entsprechende Betriebsvereinbarungen abschließt.

Es gibt keinen Grund, technische Modernisierung zu sozialem Rückschritt werden zu lassen. Grenzenlose Freiheit für das Kapital darf nicht zum Markenzeichen des „Industriestandortes Bundesrepublik“ werden. Er muß gekennzeichnet bleiben durch die Qualität seiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Dazu gehört auch das freie Wochenende, um das wir weltweit beneidet werden. Dafür lohnt es zu streiten.



Regensburger Schichtmodell

Steuerreform-Protest in Druckereien

Hannover. Erneut haben mehrere tausend Beschäftigte in vielen Zeitungsverlagen am 18.5. Proteststreiks gegen die Steuerreform (Besteuerung der Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit) durchgeführt. Bei Madsack trafen sich rund 200 Arbeiter in der Kantine. Fernschreiben, die auf der Versammlung verlesen wurden, berichteten davon, daß an allen „Bild“-Druckorten Aktionen ließen und Verhandlungen dazu geführt hätten, daß auf Seite 1 der „Bild“ über die Proteste berichtet wurde. – (ard/gba, AGMe)

ÖTV: Fernfahrer protestieren

Köln. Am 8. Mai protestierten in Mülheim an der Ruhr über 1000 Fernfahrer und ihre Familien gegen das Vorgehen der Kapitalisten in den Tarifverhandlungen im privaten Transportgewerbe. Zur Verhandlung stehen sowohl der Lohntarif wie auch verschiedene Manteltarifverträge. Erstmals hatten die Kapitalisten von sich aus einen Manteltarifvertrag gekündigt – den Bundesmanteltarifvertrag für den Möbel- und Güterfernverkehr.

Köln. 10000 Beschäftigte in der nordrheinischen Textilindustrie streikten am 16. und 17.5. in 86 Betrieben für die Forderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Bild: Krefeld. Die Gewerkschaft fordert die 35-Stunden-Woche in Stufen und 5,5% Lohnerhöhung. Die Kapitalisten boten bisher an: 2,2% Lohnerhöhung ab Mai, je ein Prozent mehr ab Mai 1989 und 1990, je eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung ab Mai 1989 und 1990, dieser Zeittarif soll bis 1992 gelten. – (gba)

Die Speditionskapitalisten wollen durchsetzen, daß der Manteltarif keine besseren Bedingungen als die jüngsten EG-Lenkzeitverordnungen enthält. Die ÖTV fordert dagegen einen einheitlichen Manteltarifvertrag für Arbeiter und Angestellte, sechs Wochen Urlaub für alle, ein Urlaubsgeld von 25,- DM pro Tag, ein 13. Monatseinkommen als Weihnachtsgeld; Verkürzung der Lenkzeiten; Spesen sollen nach Lohnsteuerrichtlinie bezahlt werden; Nacht- und andere Zuschläge sollen anteilig zum tatsächlichen Einkommen gezahlt werden. Die Kapitalisten lehnten bisher alle Forderungen ab. – (uld)



Tarifabschluß Einzelhandel Bayern

München. Nach Warnstreiks bei Hertie, Karstadt, Kaufhof in Nürnberg hat die HBV (die Tarifkommission beschließt endgültig am 6.6.) folgendem zugestimmt: 3,6% Gehalts- und Lohnerhöhung, Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 30 bis 45 DM. Strukturverbesserungen wie Streichung des 1. Berufsjahres in Gehaltsgruppe II, Wegfall der Jugendlichen-Abschläge für Lohnempfänger (bisher 80%) sowie überproportionale Anhebung in den Lohngruppen IIa (3,84%) und IIb (3,82%) wurden vereinbart. Über den Wegfall der Ortsklasse II wird weiterverhandelt. – (dar)

Tarifabschluß Einzelhandel NRW

Köln. Neue Lohn- und Gehaltstarife wurden für den Einzelhandel NRW zwischen der Gewerkschaft HBV und den Einzelhandelskapitalisten vereinbart. Die Erklärungsfrist läuft noch bis 24.5. Alle Löhne und Gehälter werden rückwirkend ab 1.4.88 erhöht. Die Gehaltsgruppe I (Verkäuferinnen) erhält Festbeträge zwischen 40 und 90 DM. Ab 1.4. wird das erste Berufsjahr gestrichen, so daß Angestellte, die ab diesem Zeitpunkt erstmals in Tarifgruppe I eingruppiert werden, bereits mit dem 6. Berufsjahr das Endgehalt erreichen (2295 DM). Alle übrigen Gehaltsgruppen und alle Lohngruppen werden um 3,6% erhöht. In den Lohngruppen I bis III werden die Altersabschläge er-

satzlos gestrichen. Für Auszehner wird innerhalb der Lohngruppe II eine neue Staffel geschaffen. Sie erhalten zukünftig 1969 DM. Alle Auszubildenden erhalten monatlich 35 DM mehr. – (anl, AGD)

Protest gegen Dienstleistungspläne

Westberlin. Während einer Betriebsversammlung am 18.5.88 hat die Belegschaft des Hertie Kaufhauses KaDeWe erneut ihren Protest gegen die Pläne eines Dienstleistungsabends verdeutlicht. Die gesamte Belegschaft verließ das Kaufhaus und versammelte sich zu einer halbstündigen Protestveranstaltung, die von der HBV durchgeführt wurde, vor dem Kaufhaus. Die Streikauseinandersetzungen waren im Februar zunächst ausgesetzt worden, da eine Einigung über einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zustande kam, der jedoch dann am Veto der zentralen Arbeitgebervertreter scheiterte. – (har)

ÖTV-Konferenz zur Lohnpolitik

Heidelberg. Auf der Konferenz der Bezirksleitung wurde der niedrige Lohnabschluß und die schwierig handhabbare Arbeitszeitverkürzung mehrheitlich von den Teilnehmern kritisiert. Die Lohnpolitik wird jetzt darauf abzielen, kündbare Tarife wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu diskutieren. Bei den Redaktionsverhandlungen im Juni zum geltenden Tarif sollen Teilzeitbeschäftigte eine anteilige Arbeitszeitverkürzung erhalten. – (irs)



In verschiedenen Städten Nordspaniens und des Baskenlandes demonstrierten in den letzten Wochen Zehntausende gegen die Stilllegung von Schiffswerften und die Entlassung von tausenden Werftarbeitern. In Gijón und El Ferrol blockierten Werftarbeiter Straßen und Eisenbahnlinien. In Bilbao besetzten Polizeieinheiten die staatliche Werft Euskalduna, nachdem Werftarbeiter ihnen tagelang massiven Widerstand entgegengesetzt hatten. In El Ferrol protestierten am 15.05. über 10000 u.a. gegen Stilllegungspläne und hohe Massenarbeitslosigkeit. Am 19.05. demonstrierten in Bilbao (Bild) einige zehntausend, darunter alle wichtigen Gewerkschaften und Parteien. – (sie)

Antifaschistische Diskussion

Faschistische Wahlerfolge und antifaschistische Strategien

Bielefeld. Am 16.5.88 fand in Bielefeld eine Diskussionsveranstaltung zu diesem Thema statt. Eingeladen hatte die Antifaschistische Koordination und die Nachbarschaftsinitiative gegen das NF-Zentrum. Die Veranstaltung war mit ca. 80 Leuten gut besucht. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus den Rede- und Diskussionsbeiträgen (nach Tonband-Mitschnitt) – (ads).

Uwe Bordanowicz

2. Bevollmächtigter der IGM Ludwigsburg

(Zu den Wahlergebnissen in Baden-Württemberg): „Späth hat zwei Stoßrichtungen: Einerseits mit einer forcierten Ausrichtung staatlicher Politik als Erfüllungsgehilfe wirtschaftlicher Interessen. ... Andererseits versucht er, mit verstärkten Angriffen auf Asylanten, Ausländer und jugendliche Arbeitslose dieses rechtsradikale Potential auch jetzt nach der Wahl an sich zu ziehen. ... In keinem dieser Bereiche hat die SPD versucht, massiv Flagge zu zeigen und so etwas wie eine alternative Konzeption darzustellen; zur Asylantenfrage, zur Ausländerfrage, zum Wahlrecht keine konkrete Aussage. ... Innerhalb des DGB gibt es, durch das Wahlergebnis initiiert, neue Zusammenschlüsse und Organisationsstrukturen, z.Bsp. wird jetzt eine Konzeption zu der Frage Rechtsradikalismus für Bildungsarbeit auf Ba-Wü bezogen entwickelt. Das ist neu. ... Die Grünen versuchen, über den kommenden Landesparteitag Verbindungen zum organisierten Antifaschismus herzustellen, konkret auch zur VVN. Das ist zum ersten Mal seit Gründung der Grünen der Fall. Die Diskussion über Verbot, über Art. 139 GG kommt auch über die Grünen jetzt stärker in die politische Diskussion. ... Man muß sehen, daß es eine neue Strategie von rechts gibt. Nach der Wahl haben führende Vertreter der NPD gesagt, die Republikaner seien bloß Aussucherer und die ODP „gehöre ja ebenfalls zu uns“. Wenn sich dieses Wählerpotential zusammenfindet, dann rechnen wir damit, daß sie bei den nächsten Landtagswahlen eindeutig über 5% kommen. ... Wir alle können es uns gar nicht mehr leisten, auf eine antifaschistische Bündnispolitik zu verzichten.“

Christian Lawan
Bundesvorstand der VVN/BdA

„Wir müssen sehr genau wahrnehmen, daß das Zusammengehen von DVU und NPD das erste Mal seit 1971 ist, daß bedeutende neofaschistische Organisationen sich tatsächlich, auch vertraglich fixiert, auf eine enge mittelfristig bis langfristig angelegte Zusammenarbeit festgelegt haben ..., daß sie das quasi als Kernzelle nehmen, um dann noch ein breiteres neofaschistisches, extrem rechtes Bündnis zu schaffen. Es stellt sich die Frage, wieso sie das gerade jetzt tun. ... Ich glaube, daß ausschlaggebend ist, daß sie eingeschätzt haben, daß jetzt endgültig rechts von der CDU Platz geworden ist, den sie besetzen können. Zum einen haben sie sehr richtig analysiert, daß die CDU/CSU viele Wahlversprechen abgegeben hat, Abbau der Arbeitslosigkeit, der Jugend eine sichere Zukunft usw. – alle diese Versprechen sind nicht eingehalten worden. ... Die CDU/CSU-Regierung war außenpolitisch an einigen Stellen gezwungen, Zugeständnisse zu machen, z.Bsp. Zustimmung zum IMF-Abkommen. ... (Die Faschisten) haben sich in ihren Wahlkämpfen dargelegt als die eigentlichen Vollstrecker der von der CDU/CSU versprochenen geistig-moralischen Wende. ... Zwei Gründe haben zu den hohen Stimmenabgaben für DVU, NPD u.a. geführt. Das ist zum einen die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren wir es mit einer Offensive zu tun haben, die sich zum Schluß in der Historiker-Diskussion 1986/87 ausgedrückt hat, wo es

darum ging, endlich einen Schlußstrich zu ziehen unter die Vergangenheit und endlich mit diesem „Im Dreck Wühlen“ aufzuhören und damit die Grundlage zu legen für eine neue nationale Identität, wie das so schön heißt. Durch diese Kampagne ist natürlich ein entscheidender Boden gelegt worden dafür, was dann die Kräfte rechts von der CDU/CSU im wesentlichen abgesahnt haben. ... Das zweite ist, daß CDU/CSU und in vielen Teilen auch FDP und Sozialdemokraten, obwohl das ja sehr differenziert ist bei der letzten Gruppe, doch mit ihrer praktischen Arbeit dafür sorgen, daß diese Gruppen, obwohl sie laut Verfassung verboten sind, weiter agieren können. ... Die CDU/CSU hat, auch wenn diese Gruppen ihr jetzt einige Bauchschmerzen machen, ein großes Interesse, diese neofaschistischen Organisationen zu behalten. ... Wir müssen die Notwendigkeit antifaschistischer Einheit begreifen. ... Faschismus braucht Feindbilder und steht für Intoleranz; wir müssen lernen, toleranter miteinander umzugehen. ... Es ist eine Schwäche, Antifaschismus nur als Gegenbewegung und nicht als positiven Zukunftsentrüpfung zu begreifen. ... Wir brauchen antifaschistische Kommunalwahlprogramme.“ (in NRW stehen 1989 Kommunalwahlen an)

Robin Jacobitz
Landesvorstand der Grünen S-H

(Zu den Wahlergebnissen Schleswig-Holstein): „Ich möchte vor irgendwelchem Frohlocken warnen, weil natürlich, wenn man sich die Wahlergebnisse anguckt, Bayern, Ba-Wü, Bremen, S-H, dann hat man eine aufsteigende Linie (der Faschisten). Es ist allzumal eine aufsteigende Linie, wenn man die politische und organisatorische Schwäche der Neofaschisten in S-H kennt. ... Der andere Punkt (der faschistische Wahlerfolge in S-H beeinträchtigt hat) – wo ich eher skeptisch bin, andere bewerten das höher – ist die Antifa-Kampagne von einem breiten linken Bündnis in S-H. Die zentralen Elemente dieses Bündnisses waren: 1. Die Kampagne zu den Kreiswahlaußschüssen über den Art. 139 GG, daß diese Organisationen verboten sind als Nachfolgeorganisationen der NSDAP. ... Es gab eine Menge Öffentlichkeit anhand dieser Frage, und ich halte es auch für den entscheidenden Punkt dieser Kampagne die ideologische Wirkung über die Argumentation, daß wir als Konsequenz aus dem deutschen Faschismus eine Sondergesetzgebung gegen Faschisten, gegen Rassismus und entsprechende Organisationen haben. Das ist der entscheidende Schlag gegen die nach wie vor dominante Totalitarismusideologie in der Bundesrepublik. ... Der zweite Teil war, daß wir im Wahlkampf den Neofaschisten auf der Straße keinen Spielraum geben wollten. Wir haben uns vor allem bemüht, das flächendeckend, also auch in den Dörfern, wo sie sich festsetzen, durchzusetzen. ... Das dritte Element ist, daß wir gesagt haben, es geht keinesfalls, daß der antifaschistische Kampf begrenzt wird auf ein linkes Spektrum, sondern daß es entscheidend darum geht, eine Massendimension zu gewinnen, und zwar sowohl im Hinblick auf das reformerische Potential in der Gesellschaft ... als auch im Bündnis mit Betroffenen (faschistischer Politik), also gerade auch mit ausländischen Mitbürgern gegen ausländerfeindliche Tendenzen Front zu machen. Das ist meiner Ansicht nach eine entscheidende Dimension für eine weitere Perspektive. ... Zur weiteren Perspektive: Wir wollen zwei Elemente miteinander kombinieren: 1. wollen wir versuchen, unser antifaschistisches Bündnis im Hinblick auf die EG-Wahlen zu konzentrieren in der Landeskoordination, 2. wollen wir ... im Rahmen dieses antifaschistischen Bündnisses bestimmte demokratische Forderungen gegenüber der neu gewählten Sozialdemokratie entwickeln: Kommunales Wahlrecht für Ausländer, Flüchtlingsproblematik, keine Abschiebungen mehr, Auflösungen der Sammellager usw. ... Ausländerfeindlichkeit hat auch eine materielle Grundlage in der juristischen Diskriminierung von Ausländern. Und dagegen Front zu machen, halten wir im Sinne antifaschistischer Politik für eine sehr wichtige Aufgabe.“

Kinofilm: „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“

Antikommunistischer Liebesfilm



Muß hier die Freiheit nicht grenzenlos sein?

Der „Prager Frühling“ 1968, eine Reformbewegung zur Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Intelligenz in der sozialistischen Tschechoslowakei, hatte in einem spürbaren Umfang auch solchen Leuten politische Chancen eröffnet, die an einen bürgerlichen Umsturz dachten und entsprechende Verbindungen in den Westen pflegten – ein Vorgang, der in der UdSSR Befürchtungen weckte oder ihr zumindest den Vorwand lieferte, mit einem Truppeneinmarsch der Bewegung ein Ende zu bereiten. Eine Reihe von Intellektuellen wanderte danach aus der CSSR aus, und gar mancher, der zuvor unter Fahne des „Kommunismus mit menschlichem Gesicht“ marschiert war, trat jetzt als Verteidiger der westlichen Freiheit auf. Milan Kundera, dessen Roman die Vorlage für diesen in den USA und Frankreich produzierten gleichnamigen Film abgab, kann diesem Kreis zugerechnet werden.

Soweit der seit einigen Wochen zu sehende Film direkt von politischen und gesellschaftlichen Beziehungen handelt, ist er platt reaktionär: Das sozialistische System besteht aus lauter Bürokraten, die der freien Entfaltung der zur Leitung berufenen Leistungsträger im Wege stehen. Der berühmte und fähige Gehirnchirurg emigrierte zunächst

nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in die Schweiz und steht auch dort sofort wieder am Beginn einer glänzenden Karriere, kehrt aber wegen seiner Frau nach Prag zurück. Um seinen Posten an der Klinik wieder zu erhalten, müßte er einen während des „Prager Frühlings“ verfaßten Artikel widerrufen. Darin hatte er die Führung der CSSR mit König Ödipus verglichen: Dieser habe, obwohl unwissend, seinen Vater getötet und mit seiner Mutter geschlafen, die Konsequenzen zu ziehen gewußt, sich selbst die Augen ausgestochen und so aus der Gesellschaft ausgestoßen, ganz im Gegensatz zu den heutigen Machthabern – ein Aufruf also zur Entmachtung der kommunistischen Partei. Er weigert sich zu widerrufen, nicht, weil er besonders überzeugt wäre, sondern weil er der Bürokratie nichts an die Hand geben will, mit dem er künftig erpreßbar wäre. Er muß den Arztberuf aufgeben, arbeitet als Fensterputzer – die Gelegenheit übrigens, Handarbeit als zutiefst entwürdigende Degradation eines Intellektuellen darzustellen. Bevor er mit seiner Frau ums Leben kommt, findet er sein Glück in einer von Bürokratie freien als Idylle dargestellten dörflichen Genossenschaft.

Diese Vorgänge spielen aber mehr am Rande, der Film bevorzugt eine ent-

politisierte Darstellung der gesellschaftlichen Vorgänge in ihrer Widerspiegelung in individuellen Vorstellungen, vor allem als Probleme des „privaten Glücks“, das ausschließlich aus der Geschlechterbeziehung zu

stammen scheint. Die Entfaltung individueller Freiheit der Berufenen im Gegensatz zum Kollektivismus kriegt man, sofern man's aushält, als ungehemmtes Ausleben der Sexualität geboten. – (alk)

BRD-Film: „Yasemin“

Nett, aber nicht gegen die Ausländergesetze

„Yasemin“ ist die dramatische Liebegeschichte eines siebzehnjährigen türkischen Mädchens und eines deutschen Jungen. Jan, ein Prahler und Angeber, wirbt um Yasemin. Der Vater von Yasemin hat ein Lebensmittelgeschäft, anlässlich der Hochzeitsfeier der Schwester erlaubt er Yasemin, studieren zu dürfen. Diesen Entschluß ändert er: Er verstößt Yasemins Schwester, nachdem sich herausstellt, daß sie angeblich nicht mehr Jungfrau war, und läßt Yasemin von ihrem Vetter kontrollieren. Jan prügelt sich mit dem Vetter. Daraufhin darf Yasemin nicht mehr zur Schule und muß im Laden helfen. Nachdem Yasemin und Jan von ihrer Freundschaft nicht lassen, soll Yasemin in die Türkei zurück. Yasemin will sich umbringen, der Vater läßt sie ziehen, Jan rettet sie und gemeinsam flüchten sie auf dem Motorrad in die dunkle Nacht. Der Film endet dort etwas selbstverständlich, wo eine neue Abhängigkeit entsteht. Vielleicht liegt es daran, daß der Sohn vom Re-

gisieur Hark Bohm den Jan spielt. Der Film ist nicht schlecht und problematisiert, aber steht nicht im Widerspruch zur Integrationspolitik der staatstragenden Parteien und den beabsichtigten Verschärfungen des Ausländergesetzes. Dazu kommt, daß der Regisseur so tut, als ob die Wacht über die Jungfräulichkeit eine Besonderheit



feudaler türkischer Familien sei. Vor höchstens 20 Jahren war das noch ein konfliktreiches Thema in bundesdeutschen Familien. – (jöd)

Das Haus in der Carroll Street

Kritik der McCarthy-Verfolgungen

Erst mit zweijähriger Verzögerung kam der Film „Das Haus in der Carroll Street“ von P. Yates in die Kinos. Die Vermutung liegt nahe, daß das Thema des Films, die Verfolgung von Künstlern, Filmschauspielern und Redakteuren in den USA Anfang der 50er Jahre der Grund dafür war. Auch

wenn der Politthriller die Handlung auf Intellektuelle als Opfer der McCarthy-Politik beschränkt, also die Unterdrückung der linken und gewerkschaftlichen Organisationen weitgehend ausnimmt und die Gründe für die Entfesselung des staatlichen Terrors nur andeutet, so ist er sehenswert

und zudem spannend gemacht. Das Drehbuch schrieb W. Bernstein, der selbst in den 50er Jahren auf der „Schwarzen Liste“ stand und von den Staatsorganen verfolgt wurde. Am Beispiel der Erlebnisse der Journalistin Emily werden anschaulich Berufsverbote, Verfolgungen, Einschüchterungen bis hin zu Mordanschlägen gezeigt. Die Machenschaften von Politikern, Justiz, Polizei, Geheimdienst und des „Aus schusses zur Untersuchung unamerikanischer Umrü-

be“ werden schonungslos offengelegt. Emily bleibt standhaft, verliert ihre Anstellung und schlägt sich mit einem Gelegenheitsjob durch. Sie erfährt von Unternehmungen des Geheimdienstes, der deutsche Faschisten, als jüdische Einwanderer getarnt, ins Land bringt, wird als Kommunistin verdächtigt und aufgefordert, ihre Nachforschungen einzustellen. Ausgerechnet mit Hilfe eines FBI-Mannes entgeht sie einem Mordanschlag. – (sie)

Film: „Nachrichtenieber“

Aufsteiger und Versager beim Fernsehen

Der Film behandelt die Arbeit einer Nachrichtenredaktion in den USA sowie menschliche Probleme einiger herausragender Individuen. Hier bestehen gewisse Widersprüche. Das Team rackett sich ab, um die Sendung pünktlich über die Bühne zu bringen. Ziemlich zu Anfang wird die nervenzersetzende Anstrengung dargestellt durch einen grotesken Hindernislauf einer Beschäftigten. Sie durchrast Flure und Treppen, überspringt Möbel und eine Mutter mit Kind. Mit letzter Kraft schafft sie es, bricht schluchzend zusammen, aber alle sind selig und beglückwünschen sich gegenseitig. Der Zusammenhalt, dem sich alle unterwerfen, um die Produktion zu schaffen, ist wie weggeblasen, als in einer Massenentlassung ein Drittel der Beschäftigten wegrationalisiert wird. Zwar ist der Abschied auch tränenreich, aber ansonsten findet keine kollektive Gegenwehr statt. Fast alle Betroffenen packen augenblicklich ihre Pappkartons und verschwinden. Übrig bleiben die, die sich durchgesetzt und in der Konkurrenz untereinander bestanden haben. Nur ein Chefreporter, der bleiben soll, weil er rundum einsetzbar und dabei kostengünstig ist, kündigt von sich aus. Übrig bleiben die Produktionsleiterin, die von Kind auf für ihre Karriere

gearbeitet hat, sowie ein Aufsteiger, der beim Publikum auf die Tränendrüse drückt, mit unsauberem Methoden arbeitet und dafür von seinem Gegenspieler verabscheut wird. Keine der angefangenen Liebesgeschichten geht glücklich aus. Nach sieben Jahren treffen sich die drei Hauptakteure wieder. Nicht recht klar ist jedoch, welche Bilanz der Regisseur von ihnen ziehen läßt. Der eine macht immer noch Karriere, die Frau auch, der dritte ist bescheiden und erfolglos geblieben, ist aber glücklicher Familienvater. Man trennt sich in gereifter Idylle. Die Kamera läßt die Schlußszene auf ein Bildchen fürs Familienalbum schrumpfen. – (anl.)



Probleme beim Versuch, Karriere und Liebe zu vereinbaren

Buchbesprechung

„Eisenbahn und Autowahn“

Die Untersuchung Winfried Wolfs unter dem Titel „Eisenbahn und Autowahn“ befaßt sich auf 566 Seiten mit den wirtschaftlichen Ursprüngen von Eisenbahn und Individualverkehr per PKW und LKW, mit dem Niedergang der Eisenbahn und dem Aufstieg des Automobils. Wolf, jetzt Redakteur der Sozialistischen Zeitung (SoZ), untersucht detailliert den Weg der Bundesrepublik in die Autogesellschaft. Schließlich stellt er gesamtgesellschaftlich sowohl einen volkswirtschaftlichen als auch allgemeinen Vergleich zwischen den beiden Verkehrsträgern an, liefert eine Darstellung der gegenwärtigen Verkehrspolitik und ihrer Konsequenzen und stellt Forderungen für eine alternative Verkehrsorganisation auf. Nach Wolfs Darstellung ist die Eisenbahn sowohl unter volkswirtschaftlicher Betrachtung der Gesamtkosten pro Transportkilometer wie auch unter Gesichtspunkten wie Luftverschmutzung, Unfallhäufigkeit, Lärmbelästigung usw. dem Auto hoch überlegen. „Selbst wenn von allen historischen Vorbedingungen und den genannten Wettbewerbsverzerrungen abgesehen wird, bewegt sich der volkswirtschaftliche Kostpreis je Personenkilometer im Schienenverkehr auch Mitte der achtziger Jahre auf ungefähr dasselben Niveau wie derjenige im Straßenverkehr.“ Unter Einrechnung der Marktverzerrungen (z.B. Begünstigung des Autos bei der Finanzierung der Verkehrswege) läge „die rechnerische Verschuldung des Straßenverkehrs weit über derjenigen des Schienenverkehrs“ (S. 261).

Daß sich dennoch der Individualverkehr mit dem PKW durchgesetzt hat, und erst recht der Güterverkehr auf der Straße schreibt Wolf in erster Linie den Profitinteressen der autoproduzierenden Kapitale (historisch ausgehend von den USA) und der strukturellen Trennung zwischen Verkehrsträger (Straße) und Verkehrsmittel zu. Profite werden privat angeeignet und Kosten vergesellschaftet. „Umgereckt tendiert die Struktur der Schienenverkehrsorganisation auf einen zentralisierten, staatlich kontrollierten Betrieb, was wiederum in Widerspruch zum Prinzip privater Profitaneignung gerät.“ (S. 19)

Kürzer geht Wolf auf andere Faktoren ein, die zur Entwicklung des Automobils als wichtigstem Verkehrsmittel in der BRD beigetragen haben, vor allem die zunehmende Konzentration von Produktions- und Reproduktionseinrichtungen in Städten und wenigen Zentralpunkten auf dem Land, verbunden mit der Ausweitung des kapitalistischen Arbeitsmarktes.

In Wolfs Entwurf einer alternativen Verkehrskonzeption verlangt er die „radikale Verringerung der für die Verkehrsorganisation aufgewandten gesellschaftlichen Zeit“ (S. 415). „Das wichtigste Einsparungsmittel liegt bei den Fahrtzwecken des Alltagslebens“ (417). Eine richtige Siedlungs- und Strukturpolitik könne die zurückzulegenden Wege radikal verkürzen.

Wolf will den Erhalt und Ausbau des Schienennetzes, die Einstellung der Binnenluftfahrt und die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Konkrete Maßnahmen umfassen u.a. Geschwindigkeitsbegrenzung, Erhöhung der Mineralölsteuer, Senkung der Preise im Nahverkehr; Verbot der Güterverkehre per Straße bei mehr als 200 km Verkehrsfernheit bei Ausbau der Bundesbahnhäfen. In seinen Forderungen zum Individualverkehr verlangt er u.a. den Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs und den Null-Tarif (wobei er nachweist, daß U-Bahnen im wesentlichen der Verbesserung des Autoverkehrs über der Erde dienen und keine Fahrzeitverkürzung bedeuten, rechnet man den Weg hinunter in die Tunnel mit ein); die Beschränkung des Individualverkehrs in den Städten (Verkehrsberuhigung usw.); die Begünstigung des nichtmotori-

sierten Verkehrs (Fuß und Rad) und die Förderung des kombinierten Personenverkehrs.
Winfried Wolf, Eisenbahn und Autowahn, Personen- und Gütertransport auf Schiene und Straße, Geschichte, Bilanz, Perspektiven. Hamburg, Zürich: Rasch und Röhrig, 566 Seiten, DM 68,00 – (hef)

Azania

Sharpeville-Sechs: Angehörige auf Rundreise durch die BRD

Joyce Mokhesi und Julia Ramashamola, Familienangehörige von zum Tode verurteilten Azaniern, befanden sich vom 20. bis 25. Mai auf einer Rundreise durch verschiedene Städte der BRD. Im folgenden dokumentieren wir Teile des von uns übersetzten Beitrags von Jocy Mokhesi sowie aus der Diskussion, die auf der Veranstaltung am 20.5. in Konstanz stattfand. – (ang)

Ich möchte Euch für Euer Interesse und für Eure Unterstützung danken, die Ihr uns während all der schrecklichen Monate, die hinter uns liegen, gewährt habt. Man kann diese Unterstützung gar nicht hoch genug einschätzen. Sie hat uns in unserem Kampf um die Rettung unserer Familienangehörigen sehr viel Kraft gegeben.

Ihr habt wahrscheinlich gelesen, daß die Sharpeville-Sechs in letzter Minute einen Hinrichtungsaufschub erhalten haben. Natürlich sind die Familien sehr dankbar dafür; aber gleichzeitig wissen wir, daß dieser Aufschub lediglich auf einer juristischen Ebene basiert. Die sechs sind weder begnadigt worden, noch wurde die Todesstrafe umgewandelt. Sie sitzen noch immer in der Todeszelle, und sie wissen, daß man sie jederzeit zum Galgen schleppen kann wie so viele andere Menschen in Südafrika, die schon hingerichtet worden sind.

Ich wünschte, Ihr hättest in Südafrika sein können während dieser letzten paar Tage, bevor der Hinrichtungsaufschub bekannt gegeben wurde. Dieser Fall beschäftigte sowohl schwarze als auch weiße Südafrikaner. Ich möchte ein Beispiel nennen: Während der Gerichtsverhandlung vor dem Obersten Gericht in Pretoria wurde eine der Frauen ohnmächtig, und ein weißer Polizist in Uniform war unter den Leuten, die ihr halfen. In Euer Land ist es vielleicht nichts außergewöhnliches, daß ein weißer Polizist einer Schwarzen zur Hilfe kommt. Aber in meinem Land, und ganz besonders in einem solchen Fall wie in Pretoria, passiert so etwas sehr selten, so selten, daß keiner von uns sich erinnern kann, wann zuvor ein weißer „Staatsdiener“ jemals eine solche gute Tat begangen hätte.

Doch die Sicherheitskräfte waren nicht die einzigen, die sich betroffen fühlten. In einem Supermarkt außerhalb der Stadt, der sowohl die weißen als auch die schwarzen Gemeinden im Vaal-Dreieck beliefert, kritisierten die weißen Beschäftigten die Entscheidung von Staatspräsident Botha, die Sharpeville-Sechs nicht zu begnadigen. Sie sagten: „Für Botha ist es einfach, die Leute nicht zu begnadigen. Er ist in Sicherheit, wo er sich auch immer aufhält. Wir sind diejenigen, die den Zorn und die Bitterkeit der Schwarzen zu spüren bekommen werden, denn wir leben und arbeiten mit den Schwarzen. Wir kennen ihre Einstellung in dieser Sache. Wenn die Sechs hingerichtet werden und es zu einem Aufstand kommt, werden wir die Opfer sein.“

Vor einigen Tagen war ich auf einer Konferenz in London, bei der auch Referend Beyers Naude teilnahm. Ihr wißt vielleicht, daß er früher Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats war. Er erzählte dem Publikum vom Zorn auf den Gesichtern der Schwarzen, die zum Beispiel Zeitungen in den Straßen von Johannesburg verkaufen. Dieser Zorn bedeutet: „Wenn Ihr sie hängt, dann wird

Chaos ausbrechen.“

Was ich damit sagen will: Die weißen Gemeinden scheinen zu verstehen, daß die Schwarzen keine passive Menge mehr sind, die man beliebig herumschubsen und einschüchtern kann. Ich und auch andere haben das gesehen, selbst bei den normalen, „friedliebenden“ schwarzen Arbeitern in Pretoria. Ich habe es erlebt, daß Weiße zu mir kamen und sagten, wie leid es ihnen täte, wenn die sechs hingerichtet würden. Doch ihr Bedauern resultiert nur teilweise aus dem Gefühl, daß die sechs kein faires Verfahren erhalten haben. Im Vordergrund steht wohl, daß sie glauben, der Fall der Sharpeville-Sechs sei ein Ereignis, das die Zukunft des Landes entscheidend beeinflussen könnte. Deshalb hat wahrscheinlich auch eine weiße Frau – wie sich herausstellte, gehörte sie zum rechten Flügel einer Afrikaner-Organisation – meiner Schwester einen Brief geschickt, in dem sie schrieb, daß es eine Tragödie wäre, wenn die sechs hingerichtet würden.

Ich habe gesagt, daß die sechs kein faires Verfahren erhalten haben. Bekanntlich sind die sechs unter Anwendung des „common purpose“-Prinzips (Verfolgung einer gemeinsamen Absicht) verurteilt worden. Dieses Prinzip beruht auf britischem Gesetz, wie mir gesagt wurde. Aber die südafrikanischen Gerichte haben daraus eine fürchterliche Sache gemacht. Der Fall der sechs ist dafür ein tragisches Beispiel. Das Berufungsgericht argumentierte, daß die gemeinsame Absicht, jemanden zu töten, allein schon dadurch gegeben sei, daß ein einzelner sich in einer Menge befindet, die (angeblich) den Vorsatz hat, jemanden umzubringen. Die südafrikanischen Gerichte scheinen zu glauben, daß es korrekt sei, jede einzelne Person innerhalb einer Menge für schuldig zu befinden, auch wenn der oder die wirklichen Täter völlig unbekannt sind.

Diese „weite“ Interpretation erlaubt es dem Staat, in gerichtlichen Angelegenheiten beliebig zu verfahren. Es ist nicht erstaunlich, daß die westlichen Länder gegen diese Verzerrung von Recht und Gerechtigkeit protestiert haben. Es ist ebensowenig erstaunlich, daß der südafrikanische Staat zurückgeschlagen hat, indem er darauf beharrte, daß die sechs aktiv mit dem Mord an Dlamini zu tun hatten. Doch die Argumentation des Gerichts hält keiner Überprüfung stand. Wenn einer der sechs tatsächlich einen Mord begangen hätte, hätte es der Staat gar nicht nötig gehabt, mit dem „common-purpose“-Prinzip zu argumentieren.

Es würde ein ganzes Buch füllen, wollte man alle Unrechtmäßigkeiten, die während des Prozesses aufgetreten sind, aufzählen. Ich möchte nun ein paar Worte dazu sagen, wie die Todesurteile das Leben der betroffenen Familien geändert haben. Ich habe noch nie zuvor einen derartigen Schmerz erlebt. Ich wünsche es niemandem, einen Verwandten in der Todeszelle zu haben. Mein Bruder sitzt nun seit zwei Jahren und vier Monaten darin. Ich möchte kurz beschrieben, welche Auswirkungen es auf meinen Vater hatte, der seit so langer Zeit mit dem Wissen lebt, daß sein Sohn Opfer eines Justizmordes werden wird.



Sein ganzes Leben hat sich verändert. Er ist jetzt 75 Jahre alt. Manchmal isst er nicht. Er sagt, welchen Sinn hat es zu essen, wenn mein Sohn in der Todeszelle sitzt und jederzeit gehängt werden kann.

Seit Verkündung des Urteils gab es kein Gefühl der Freude in meiner Familie. Es gibt nichts mehr zu feiern. Ob Weihnachten oder Ostern – für uns ist jeder Tag wie Karfreitag. Es wird auch immer schwieriger, die Fragen meiner Nichte (der Tochter des verurteilten Francis Mokhesis, d.Red.) zu beantworten. Neulich meinte sie zu uns, sie hätte vergessen, wie ihr Vater aussieht – denn sie darf ihn im Gefängnis nicht besuchen. Als sie ihn das letzte Mal sah, war sie sieben, jetzt ist sie zehn. Letzten September, zwei Tage bevor das Berufungsgericht den Fall behandelte, erlitt mein Vater einen schweren Herzinfarkt.

Wenn die Menschen von den Opfern der Apartheid sprechen, dann meinen sie es auch so; und wenn die Politiker sagen, daß Veränderungen ihre Zeit brauchen und daß es keine Möglichkeit gibt, diesen Prozeß zu beschleunigen, dann wissen wir, wie sie es meinen: Noch viele andere Väter und Kinder werden dieselben schmerzlichen Erfahrungen machen müssen, weil diese Politiker die Augen vor der Wahrheit verschließen und Ungerechtigkeit in Kauf nehmen, solange sie daraus einen Vorteil für sich und ihr Land ziehen können.

Vielen Dank!

Wie ist der momentane Stand des Falles der Sechs von Sharpeville?

Joyce Mokhesi: Vor einigen Tagen hat das Gericht den Termin für die Anhörung festgesetzt. Sie wird am 6. und 7. Juni stattfinden. Dort wird über die Anträge der Verteidigung auf Wiederaufnahme der Verfahren entschieden werden. Vielleicht sollte ich erwähnen, daß die Verteidiger ziemlich zuversichtlich sind, daß es zur Wiederaufnahme des Falles kommt. Wenn tatsächlich positiv entschieden wird, werden die Verteidiger dem Gericht einen Termin für die Wiedereröffnung des Falles nennen. Aber angenommen, der Richter verweigert ein Wiederaufnahmeverfahren, dann kann die Verteidigung erneut beim Obersten Gericht gegen diesen Beschluß Einspruch erheben. Dann fängt dasselbe Spiel von vorne an, und es kann sein, daß sich die Angelegenheit noch ein bis zwei Jahre hinzieht. Aber wir hoffen, daß den Anträgen auf Wiederaufnahme des Verfahrens stattgegeben wird und daß dann bis Ende des Jahres mit einer Entscheidung zu rechnen ist.

Kann man jetzt schon etwas zu den Aussichten sagen?

Joyce Mokhesi: Ich habe ja bereits erwähnt, daß die sechs nicht begnadigt worden sind, deshalb ist es möglich, daß sie auch in einem neuen Verfahren wieder schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt werden können. Aber das hängt natürlich alles von der Argumentation der Verteidigung ab und auch von anderen Dingen.

Wie ist die Stimmung bei den Weißen, bei der Regierung, kann es sein, daß sie trotz aller Proteste tatsächlich noch einmal zum Tode verurteilen werden?

Joyce Mokhesi: Ich glaube, Botha ist in einer Situation, in der er sich alles erlauben kann. Doch wenn Eure Unterstützung stark ist, kann er vielleicht gestoppt werden. Deshalb reisen wir auch durch Europa und fordern Eure Unterstützung. Im Falle der BRD tun wir es auch deshalb, weil die BRD den Vorsitz in der EG hat. Wir anerkennen die Unterstützung von Außenminister Genscher, aber wir sind auch davon überzeugt, daß Eure Unterstützung und Euer Druck auf Bonn das zuwege gebracht hat.

Was können wir weiter tun?

Joyce Mokhesi: Ihr könnt auch weiterhin Protestbriefe und -telegramme schicken, nicht nur an Botha, sondern auch an Eure Regierung, um ihr zu zeigen, daß Ihr die sechs noch immer unterstützt und daß Ihr den Fortgang des Fal-



les verfolgt. Gerade von der Solidarität der westdeutschen Bevölkerung hängt viel ab, weil die BRD wirtschaftlich sehr stark mit Südafrika verknüpft ist. In diesem Fall bedeutet Euer Druck sehr viel für die Regierung in Pretoria.

Sprechen Sie sich für einen Wirtschaftsboykott aus?

Joyce Mokhesi: Ich habe Schwierigkeiten auf diese Frage zu antworten, weil es in Südafrika ein Gesetz gibt, das es verbietet, über Sanktionen zu diskutieren. Ich hoffe aber, daß Ihr von unseren Leuten schon gehört habt, was sie darüber denken. Weder Julia noch ich leben im Exil, wir können angeklagt werden, wenn wir zur Frage der Sanktionen Stellung nehmen. Die südafrikanische Regierung kann leicht herausfinden, worüber wir sprechen, und wir wollen nicht riskieren, dafür ins Gefängnis zu gehen.

Habt Ihr irgendwelche Schwierigkeiten, aus Südafrika auszureisen?

Joyce Mokhesi: Bei der Ausreise gibt es kaum Probleme, in Europa selbst schon eher. Wirklich gefährlich ist es aber nicht, weil wir nichts „Illegales“ sagen. Wahrscheinlich sehen sie es in Südafrika nicht gerne, was wir tun, aber es ist nicht illegal, und wir haben auch das Gefühl, daß wir das Recht haben, herumzureisen und die Menschen zu informieren. Wir müssen das auch selbst machen, wir wollen nicht von irgend jemanden repräsentiert werden.

Wir verkraften Sie es eigentlich, wochenlang durch Europa zu reisen und die Menschen dort zu informieren und ja auch ganz persönliche Dinge dort öffentlich zu machen?

Joyce Mokhesi: Geschichtlich gesehen war Europa noch nie ein angenehmer Aufenthaltsort für Afrikaner. Denn Europa trägt ja letzten Endes Schuld an der Situation, in der wir uns in Afrika befinden. Wir wissen, daß wir deshalb auch das Recht haben, die Unterstützung der westlichen Länder einzufordern. Vor allem deshalb, weil sie noch immer fortfahren, uns neue Probleme zu schaffen. Es herrscht noch immer Kolonialismus – selbst wenn er auf eine subtilere Art betrieben wird.

Betrachten wir die BRD, Großbritannien, Frankreich, die USA und Japan. Das sind die Länder, die ständig ihr Veto einlegen, wenn es darum geht, etwas gegen Südafrika zu unternehmen. Z.B. bei der UN-Sicherheitsratssitzung im März '88: Alle Länder waren dafür, Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, um damit auf den Bann aller südafrikanischen Widerstandsorganisationen, den Botha kurz zuvor ausgesprochen hatte, zu reagieren. Genau die erwähnten Länder haben wie gewöhnlich dagegen gestimmt, mit Ausnahme der BRD, die sich (zum ersten Mal) der Stimme enthalten hat – obwohl das ja auch nicht viel bedeutet. Deshalb sehen wir auch, daß es nötig ist, genau diese Länder zu besuchen, denn unser Zorn richtet sich nicht nur gegen Botha, sondern auch gegen die Länder, die die Macht hätten, die Hinrichtungen zu verhindern, es aber nicht tun. Und falls die sechs doch noch hingerichtet werden sollten, so werden wir das nie vergeben – Botha nicht, und auch Europa nicht.

Befreiungskampf in Kurdistan

„Der Kampf hat eine Etappe erreicht, die man als die Vorphase von regionalen Volksaufständen bezeichnen kann“

In letzter Zeit mehren sich die Anzeichen zunehmender Sorge innerhalb der NATO über die Entwicklung im türkisch besetzten Teil Kurdistans. Offensichtlich fürchten die USA, aber auch die BRD, daß die Situation in Nord-West-Kurdistan für das türkische Regime trotz der Stationierung von fast 300000 Mann türkischen Truppen in Nordwest-Kurdistan zunehmend unkontrollierbar wird. Mit der anhaltenden Verfolgung kurdischer Vereinigungen in der BRD wird die BRD wohl auch deshalb faktisch zu einer Kriegspartei gegen den kurdischen Befreiungskampf. Wir befragten das Kölner Kurdistan-Komitee über neue Entwicklungen im bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan. – (rül)

Frage: Der große Hungerstreik der politischen Gefangenen in Diyarbakir im Februar dieses Jahres hat auch in der BRD eine – wenngleich schwache – Solidarität hervorgerufen. In der bürgerlichen Presse wurde der Ausgang des Kampfes als Erfolg dargestellt, weil die Gefängnisverwaltung angeblich den meisten Forderungen der Gefangenen nachgegeben habe. U.a. soll der Gebrauch der kurdischen Sprache erlaubt worden sein. Was ist eure Information über den Ausgang des Kampfes und über die Entwicklung der Lage der Gefangenen?

Kurdistan-Komitee: Hierzu muß man betonen, daß Diyarbakir schon immer Schauplatz von Machtdemonstrationen des türkischen Kolonialismus war. Nach den Aufständen zu Beginn dieses Jahrhunderts wurden die Führer dieser Aufstände in Diyarbakir demonstrativ gehängt. Auch nach dem Militärputsch von 1980 wurde Diyarbakir als ein Zentrum für die Macht-demonstration des türkischen Kolonialismus und zur Niederschlagung des Befreiungskampfes benutzt. Doch durch den heldenhaften Widerstand der führenden Kader der PKK wurde diese Macht-demonstration bloßgestellt. Durch das Todesfasten der führenden ZK-Mitglieder der PKK 1982 – bei dem zahlreiche führende Genossen der PKK als Märtyrer zu Tode kamen – wurden die Bemühungen des türkischen Staates, die Gefangenen zur Kapitulation zu zwingen, bloßgestellt. Seitdem ist das Gefängnis von Diyarbakir mit seinen Widerstandsaktionen in die Geschichte des Befreiungskampfes eingegangen.

Wie bekannt ist, erlebte Diyarbakir zu Beginn dieses Jahres erneut eine Welle des Widerstandes. Mit der Verhängung von insgesamt 20 Todesurteilen gegen PKKler wurde eine Welle von Hungerstreiks ausgelöst. In Diyarbakir begannen 2000 politische Gefangene einen Hungerstreik und stellten 32 Forderungen auf, die insbesondere auf die Verbesserung der Lebenslage in den Gefängnissen gerichtet waren. Von diesen Forderungen wurden 29 – darunter auch die nach Erlaubnis zur Benutzung der kurdischen Sprache – zum ersten Mal in der Geschichte der Türkischen Republik anerkannt. Allerdings hatte die Türkische Republik diesen Forderungen nachgegeben, weil es auf internationaler Ebene zu großen Gegenreaktionen gekommen war. Gleich nachdem die Gefangenen ihren Widerstand abgebrochen hatten, begannen die türkischen Kolonialisten damit, die führenden Kader des Widerstandes in andere Gefängnisse in der Türkei und in Kurdistan zu deportieren. Auch wurden diejenigen, die sich vor Gericht in kurdischer Sprache verteidigten, durch die Soldaten geschlagen, aus den Gerichtssälen herausgebracht und gefoltert. Die politischen Gefangenen begannen daraufhin zur Warnung einen erneuten Hungerstreik und protestierten gegen die Deportation ihrer Freunde in andere Gefängnisse. Doch die Türkische Republik setzte ihre Politik fort. Zuletzt haben die Gefangenen in Diyarbakir einen erneuten Hungerstreik begonnen, mit dem sich auch die Angehörigen der Gefangenen solidarisierten, indem sie auch Hungerstreiks begannen. Zuletzt haben sich die Mütter der gefangenen PKKler Mehmet Sener und Mahmut Sahin, die Salihe Sener und Rahime Sahin, die beide über 50 Jahre alt sind, vor dem Rathaus von Diyarbakir mit Benzin übergossen und angezündet. Auch wenn die beiden Mütter gerettet werden konnten, ist eine von ihnen schwer verletzt, und die andere wurde verhaftet. Obwohl die Türkische Republik auf internationaler Ebene erklärt hat, daß sie die Forderungen der Gefangenen akzeptiert und die Verwaltung des Militärgefängnisses von Diyarbakir auf eine Zivilverwaltung übergegangen ist, wird davon berichtet, daß die neue Verwaltung noch faschistischer ist als die zuvor abgelöste.

Der Hungerstreik der politischen

Gefangenen in Diyarbakir dauert noch an. Es ist zu vermuten, daß sich auch die anderen politischen Gefangenen daran beteiligen werden. Hier wollen wir auch an die Öffentlichkeit und einige die Menschenrechte verteidigende Institutionen appellieren, sich mit dem politischen Gefangenen zu solidarisieren.

Frage: Auf Seiten der Imperialisten mehrt sich die Sorge über die Entwicklung des Befreiungskampfes. Die USA haben Militärmanöver durchgeführt, die eine Aufstandsbekämpfung in Kurdistan proben. Die USA und die BRD steigern ihre Waffenlieferungen an das Regime. Rechnet ihr mit einer direkten militärischen Intervention der Imperialisten? Welche Informationen habt ihr über den Ausbau militärischer Einrichtungen der NATO in Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Welche Rolle die Türkei im Mittleren Osten aus der Sicht der NATO spielt, brauchen wir nicht erneut aufzuzeigen. Insbesondere angesichts des Krieges Iran-Irak hat die Türkei eine noch wichtigere Rolle eingenommen. Im Falle der Niederlage des Irak würde natürlich das Gleichgewicht in dieser Region erheblich gestört sein, andere Grenzen würden entstehen. Die Region würde in jedem Fall eine politische Erschütterung erleben. Ein sehr wichtiges Problem ist Kirkuk und Mosul, die reichen Ölfelder. Und wer könnte da anderes eingreifen als die türkische Armee? Insbesondere nach dem Massaker in Halebjé wurden heiße Diskussionen darüber geführt, ob die türkische Armee Kirkuk und Mosul besetzen sollte oder nicht. Özal reiste kurzfristig in den Irak. In der türkischen Presse wurden Artikel veröffentlicht, die einen Einblick in die Planung der NATO gaben. So sagte z.B. der CIA-Türkeiexperte Paul Henze, der jahrelang in der Türkei als Lehrmeister der türkischen Regierung tätig war, folgendes:

„Das Kirkuk- und Mosul-Problem ist nicht nur das Problem der Türkei, sondern der gesamten NATO. Wenn es nötig wird, werden wir alle gemeinsam in Kirkuk und Mosul eingreifen.“

Auf der anderen Seite existiert der nationale Befreiungskampf im (türkisch besetzten) Nordwest-Kurdistan, der der türkischen Armee zu schaffen macht. Der Kampf hat eine Phase erreicht, die die ERNK als die Vorphase

von regionalen Aufständen bezeichnet. In einige Gebiete kann die türkische Armee mit ihren Infanteriestreitkräften nicht mehr hinein, sondern lediglich mit ihren Luftstreitkräften, wie z.B. in die Baykal-Berge in der Gegend bei Cehennemdere. Die türkische Armee hätte allein nicht die Kraft, Kirkuk und Mosul zu besetzen und gleichzeitig gegen den Guerillakampf in Nord-West-Kurdistan vorzugehen. Doch anhand zahlreicher Schritte der NATO-Kräfte in und außerhalb Kurdistans wird eigentlich klar, was mit dem gemeinsamen Vorgehen gemeint ist. Da ist das Manöver der NATO-Streitkräfte vom 10. bis 16. Januar 1988 in Newport/Virginia beispielhaft. Zu dieser Zeit wurde unter Bezug auf die gebirgige geographische Lage Kurdistans ein Manöver in dem gebirgigen Virginia durchgeführt. Dem von der NATO entworfenen Konzept zufolge soll ein Volksaufstand in Kurdistan niedergeschlagen werden. Die NATO-Streitkräfte beteiligen sich an den jedes Jahr in Kurdistan durchgeföhrten Manövern.

Wie bekannt ist, befinden sich in Kurdistan wichtige NATO-Stützpunkte wie in Mus und Batman; eine äußerst wichtige Rolle spielt der Stützpunkt Incirlik. Die Rolle dieses Stützpunktes, der durch NATO-Kräfte und insbesondere US-Soldaten besetzt ist, wird von einem wichtigen türkischen Korrespondenten und Schriftsteller, M. Ali Brand, folgendermaßen beschrieben:

„Incirlik hat zwei Aufgaben: Zuerst die offizielle Aufgabe: Angriffe der Sowjetunion und der Länder außerhalb der NATO, deren Interessen denen der westlichen Länder widersprechen, gegen die Länder der NATO zu verhindern. Seine zweite, inoffizielle Aufgabe: bereit zu stehen für die Benutzung bei militärischen Operationen im Mittleren Osten, um die Interessen des Westens zu wahren. In beiden Fällen würden die Flugzeuge der USA und der NATO Incirlik als Startpiste benutzen.“ (aus: Nokta, 24. Ocak 1988)

Auch die Zahl der NATO-Soldaten und insbesondere der US-Soldaten ist insbesondere auf dem Stützpunkt Mus in letzter Zeit sehr erhöht worden. All diese vorhin erwähnten Schritte sind Anzeichen dafür, daß die NATO-Kräfte Vorbereitungen treffen, um in Kurdistan zu intervenieren. Es ist eigentlich nur eine Frage der Zeit. Es wird natürlich dann aus der Sicht der NATO notwendig werden, direkt in Kurdistan zu intervenieren, wenn sich der Befreiungskampf in einem höheren Stadium befindet.

Wie bekannt ist, sind auch die NATO-Stützpunkte Ziele der ARGK

(Volksbefreiungsarmee Kurdistans). Auch wenn dies indirekte Ziele sind, so hat doch der Angriff der Guerillas am 19. Oktober 1986 auf die Radarstation Mardin gezeigt, was für eine ernste Bedrohung die Befreiungsbewegung für die NATO ist.

Frage: Es gibt verschiedene Anzeichen für eine zunehmende Instabilität des Regimes in der Türkei. Die Teuerung nimmt wieder zu, die Lebenslage der Massen wird immer drückender. Evren hat darauf bereits mit einer Drohung reagiert: Wenn die Lage außer Kontrolle gerate, könne das Militär erneut putschen. Wie beurteilt ihr die innere Entwicklung in der Türkei?

Kurdistan-Komitee: Diese Feststellung ist richtig. Wie bekannt ist, wird in der Türkei eine Wirtschaftspolitik durch Özal betrieben, die sich auf den Export stützt und nur durch die kontinuierliche Kreditgebung der imperialistischen Länder aufrechterhalten werden kann. Diese Wirtschaftspolitik, die man auch die „Friedmansche Politik“ nennt, vertieft die Klassenwidersprüche, die dann in den Widerstand der Volksmassen münden. Diese Art von Wirtschaftspolitik widerspricht nicht nur den Interessen der Arbeiterklasse und der Bauern, sondern auch denen des Kleinbürgertums. Sie vertreibt die Klasseninteressen einer elitären Schicht der Konzerne. Die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik sind heute in der Türkei krass spürbar: Inflation in unvorstellbarem Maße, Arbeitslosigkeit, die Reallöhne sinken auf ein Mindestmaß usw. Natürlich findet dies seine Widerspiegelung dementsprechend im politischen Leben. Die heutigen Streiks der Arbeiter in Bereichen wie Textil, Stahl u.a., das erneute Aufleben der Studen-

tenbewegung mit Straßenschlachten, Demonstrationen, die scheinbar wegen Banalitäten stattfinden, in Wirklichkeit aber politischen Inhalts sind und sich gegen das Regime richten, der Widerstand der Tausenden von politischen Gefangenen – all das sind Anzeichen einer Eskalation der Klassenwidersprüche.

Auch wenn das faschistische Regime nach dem Militärputsch ab 1983 versucht hat, durch die Übergabe der Macht an eine „zivile“ Regierung eine sogenannte Liberalisierung einzuschlagen, eine sogenannte Opposition gebildet wurde, indem die Bildung mehrerer Parteien zugelassen wurde und die alten Politiker wieder auf der politischen Bühne zugelassen wurden, so ist doch klar, daß dadurch nur eine Fassade aufgebaut wurde, die bei jeder kleinen Erschütterung wieder zusammenbrach. Das, was heute in der Türkei geschieht, ist nichts anderes als dieser Zusammenbruch einer Fassade.

Evren hat die reale Unfähigkeit der türkischen Bourgeoisie, eine Alternative zur Militärdiktatur zu bilden, sehr gut dargelegt, als er in Trabzon kürzlich sagte: „Es gibt Leute in der Türkei, die zu den Zuständen vor dem 12. September 1980 (d.h. vor dem Militärputsch) zurück wollen. Wenn sich diese Kräfte durchsetzen, kann das Militär erneut intervenieren.“ Die Drohung, das Militär könnte erneut intervenieren, ist hier eigentlich nicht das Wichtigste. Es war schon abzusehen, daß es wieder einen Putsch geben würde; die PKK hatte der Özal-Regierung bis 1989 Zeit gegeben, und ihre Analyse auf dem III. Parteikongreß ging dahin, daß es 1989–1990 erneut einen Putsch geben würde. Wichtig ist vielmehr hieran, zu sehen, daß das türkische Regime nicht in der Lage



NATO-Radarstation bei Mardin. Bei einem Angriff der ARGK im Oktober 1986 wurde die Station schwer beschädigt.

ist, wirklich eine Alternative zu bilden, sondern daß es dazu gezwungen ist, bald erneut einen Putsch zu verwirklichen.

Es besteht allerdings eine andere Situation als vor dem Militäputsch 1980. Zu allererst existiert ein Nationaler Befreiungskampf, der im Gegensatz zum September 1980 heute bereit ist, den Kampf mit der türkischen Armee aufzunehmen und ihn auch seit vier Jahren bereits erfolgreich führt. Auf der anderen Seite existiert in der Türkei ein sehr starkes revolutionäres Potential, eine sehr starke, zumeist allerdings spontane revolutionäre Opposition.

Frage: Die ERNK (Nationale Befreiungsfront Kurdistans) hat in den letzten Monaten die Bildung von Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbänden bekanntgegeben. Merkwürdigerweise sind keine Verbände der Bauern gebildet worden. Welche Aufgaben haben diese Verbände, und warum gibt es noch keinen Verband der Bauern? Wie arbeiten diese Verbände in Kurdistan?

Kurdistan-Komitee: Es stimmt, daß bis heute kein Verband der Bauern offiziell gebildet wurde. Das heißt allerdings nicht, daß keine Vorbereitungen und Aktivitäten in dieser Richtung stattfinden, den Verband der Bauern zu gründen. Wir können sogar sagen, daß diese Frontaktivitäten von allen anderen Verbänden, die offiziell gegründet wurden, in Kurdistan am fortgeschrittensten sind. Die Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbände sind zwar offiziell gegründet, es gibt auch Aktivitäten dieser Verbände insbesondere in den Städten Kurdistans, allerdings sind diese noch nicht so weit, wie die Aktivitäten des offiziell noch nicht proklamierten Verbandes der Bauern. Die bis heute offiziell gegründeten Verbände sind den Publikationen der ERNK zufolge außerdem nicht in Kurdistan gegründet worden, sondern im Ausland. Die Organisierung dieser Verbände geht nicht von Kurdistan aus, sondern vom Ausland aus. Den Schriften der ERNK zufolge werden die Kernorganisationen dieser Verbände erst im Ausland gegründet und schließlich nach Kurdistan übertragen. So gibt es z.B. Vertretungen der Arbeiter-, Frauen- und Jugendverbände im Mittleren Osten und in Europa. Der Grund dafür, warum nicht auch der Bauerverband auf diese Weise gegründet wurde, liegt darin, daß es im Ausland keine kurdischen Bauern gibt, sondern hier insbesondere die Arbeiter die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung im Ausland ausmachen.

Wie bekannt, ist die Hauptkampf-

form in Kurdistan der Guerillakampf. Demzufolge müssen die Verbände neben anderen Kampfformen wie Demonstrationen, Streiks usw. schwerpunktmäßig dem Guerillakampf dienen. Diese Festlegung bestimmt auch die Aktivitäten der Frontverbände. Die Hauptstütze der Revolution Kurdistans und der Guerilla ist die Bauernschaft. D.h. der Verband der Bauern oder ihre Organisierung muß auf Grundlage der Unterstützung des Guerillakampfes vorangetrieben werden. Die Hauptaufgabe der Komitees in den Dörfern besteht darin, Milizkräfte aufzubauen, die Guerilla logistisch zu unterstützen, Informationen über die Aktivitäten des Feindes einzuholen usw. Die Milizkräfte sind auch die Hauptquelle für die Aufnahme von neuen Guerillas. D.h., wenn die Organisierung der Bauernschaft und die Aktivitäten in den städtischen Gebieten nicht entwickelt sind, kann sich die Guerilla nicht entwickeln. Dazu muß man sagen, daß die Organisierung in den Städten nicht allzu gut ist. Dies ist auf dem III. Parteikongress der PKK kritisiert worden (Quelle: Serxwebun). Doch wie wir auch bei den nächsten Fragen darlegen werden, hat sich die Guerilla zahlenmäßig weiter entwickelt. Das ist eine Bestätigung für den Organisierungsgrad der Bauernschaft.

Nun zu den Aktivitäten der anderen Verbände. Schwerpunkt der Organisationsaktivitäten insbesondere des Arbeiterverbandes sind die Städte. Diese Aktivitäten werden natürlich sehr konspirativ durchgeführt. Auch die Arbeiterkomitees, die Frauenkomitees und die Komitees der Jugend haben die Aufgabe, den Guerillakampf zu unterstützen. Allerdings haben diese schwerpunktmäßig die Aufgabe, die Guerilla durch Aktionen wie Demonstrationen, Kundgebungen, Schulboykotts und derartige Aktionen zu unterstützen. Da in den Städten auch junge Intelligenz vorhanden ist, werden hier auch Kader ausgebildet.

Die Früchte dieser Organisationsaktivitäten konnte man insbesondere an den 1. Mai-Kundgebungen in Dersim (wurde nach der Niederschlagung des Dersim-Aufstandes umbenannt in Tunceli – die eiserne Hand), Hakkari, Siirt und Mardin sehen, an denen sich Tausende beteiligten und die türkischen Armee-Einheiten es nicht wagten, einzugreifen. Die Organisations-Aktivitäten dieser Verbände gibt es auch in den Städten der Türkei. Denn auch hier lebt ein nicht zu unterschätzender Teil des kurdischen Volkes, der nach den Aufständen am Beginn dieses Jahrhunderts und nach

der Aufnahme des bewaffneten Kampfes 1984 in die westlichen Städte der Türkei deportiert wurde.

Frage: Welche Politik verfolgt die ERNK gegenüber den anderen kurdischen Organisationen im türkisch besetzten Teil Kurdistans, welche gegenüber den kurdischen Organisationen in den anderen Teilen Kurdistans?

Kurdistan-Komitee: Die ERNK versteht sich als die politische Organisation der gesamten Klassen und Schichten in Kurdistan, die für die Schaffung eines unabhängigen und demokratischen Kurdistans sind. Sie vertritt die Interessen all dieser Klassen und Schichten.

Das Ziel der ERNK besteht darin, einen Nationalkongreß zu schaffen, in dem auch alle diese Klassen und Schichten vertreten sind. Hierfür führt sie intensive Aktivitäten. Es werden Gespräche mit anderen kurdischen Organisationen insbesondere aus den anderen Teilen Kurdistans geführt (siehe hierzu auch das Dokument auf Seite 11, Anmerkung d. Red.). Die Haltung der ERNK gegenüber den anderen kurdischen Organisationen aus den anderen Teilen Kurdistans kann man aus ihren Aufrufen an diese Kräfte ersehen, sich an diesen Aktivitäten zur Bildung eines Nationalkongresses zu beteiligen. Natürlich ist die Voraussetzung einer Einheit im Nationalkongreß nur der Befreiungskampf um die Unabhängigkeit und die Schaffung eines demokratischen und vereinten Kurdistans. Jede Organisation, die bereit ist, diese Voraussetzung zu akzeptieren, kann sich an einer derartigen Vereinigung beteiligen. Natürlich gibt es Kritik der ERNK gegenüber der Politik von einigen Kräften in den anderen Teilen Kurdistans, doch das sind Widersprüche, die gegenüber der Bedrohung durch den Kolonialismus an sekundäre Stelle rücken.

Zu der Politik der ERNK gegenüber den kurdischen Organisationen im türkisch besetzten Teil Kurdistans ist folgendes festzustellen. Erstens, diese Organisationen führen in Kurdistan selbst keine Aktivitäten durch. Es ist auch eine Tatsache, daß diese Kräfte keine Klasse und Schicht – außer einer elitären bürokratischen Schicht des städtischen Kleinbürgertums – vertreten, die einen Nutzen von der Unabhängigkeit Kurdistans haben. Sie sind auch in Kurdistan nicht existent. Doch das heißt nicht, daß keine Bündnisse mit diesen Organisationen geschlossen werden könnten. Die ERNK hat sogar an diese Organisationen wie an andere kurdische Organisationen auch Aufrufe zur Einheit gemacht, die allerdings bis heute nicht

positiv beantwortet wurden, sondern mit einer negativen Haltung gegenüber dem Befreiungskampf um die Unabhängigkeit beantwortet wurden. Doch die Aufrufe dauern immer noch an, und man kann hoffen, daß sie Gehör finden.

Frage: Die kurdische Volksbefreiungsarmee ARGK hat nach unserem Eindruck ihre militärischen Operationen in den letzten Monaten weiter ausgeweitet. Dabei operiert sie in größeren Einheiten als früher. Wie hat sich die Stärke der ARGK entwickelt, und welche Überlegungen über die Entwicklung des bewaffneten Befreiungskampfes liegen diesem Übergang zu größeren Einheiten zugrunde?

Kurdistan-Komitee: Die Feststellung, daß sich die militärischen Operationen in den letzten Monaten ausgeweitet haben, ist richtig. Das Ausmaß der Operationen hat sich im Vergleich zum Vorjahr geändert. Diese Entwicklung konnte man insbesondere an den Auseinandersetzungen bei Nusaybin und Silopi bei Mardin am 1. April sehen. Am Beginn des bewaffneten Befreiungskampfes operierte die Guerilla in kleinen Einheiten. Diese Tatsache wurde durch die Nachrichten von Aktionen bestätigt. Doch heute kann man aus den Nachrichten, die aus der Heimat stammen und die man in den Publikationen der ERNK nachlesen kann, entnehmen, daß sich die Zahl der Guerillas in den jeweiligen Einheiten sehr stark erhöht hat. Es wird nun von Guerillaeinheiten mit 40 bis 70 Mann berichtet, wobei man natürlich unterscheiden muß zwischen den jeweiligen Regionen. Z.B. gibt es derart große Einheiten, die man schon als Kompanien bezeichnen kann, in Botan, Mardin, Siirt, zum Teil in Dersim, Bitlis und Van. D.h., hier ist auch der Guerillakampf am weitesten fortgeschritten. Die Frage, warum die Einheiten vergrößert wurden, kann man einfach damit begründen, daß sich die Ziele auch jeweils vergrößern. Aus den genannten Gebieten kamen z.B. Nachrichten, daß sich die Armee-Einheiten des türkischen Staates auf größere Einheiten zusammenziehen. Die Armee verfolgt nicht mehr die Taktik, in kleineren Gendarmerieeinheiten in den kleinen Dörfern Stellung zu beziehen, sondern zieht jeweils einige dieser Einheiten zu größeren Einheiten zusammen. Dementsprechend wird auch das Ziel der Guerilla größer.

Frage: Welche Aufgaben haben diese größeren Einheiten der ARGK außer den Aufgaben des militärischen Kampfes? Die ERNK spricht bezüglich der Gewinnung neuer Kämpfer für die ARGK von einem „Rekrutie-



Unimogs von Daimler-Benz in Kurdistan. Die türkische Kolonialarmee wird von der BRD umfangreich mit Waffen gegen den Befreiungskampf ausgerüstet.

rungsgesetz“ und von einem Aufbau von Volksmilizen. Was ist mit dem Rekrutierungsgesetz gemeint, und welche Aufgaben haben die Volksmilizen im Unterschied zu den größeren Einheiten der ARGK?

Kurdistan-Komitee: Bei dem vom 25. bis 30. Oktober 1986 durchgeführten III. Parteikongreß der PKK wurde das „Rekrutierungsgesetz“ beschlossen. Mit diesem Gesetz wurde auch die Gründung der Befreiungsarmee mit den Namen Artesa Rizgariya Gelle Kurdistan – Volksbefreiungsarmee Kurdistans – beschlossen. Die HRK-Befreiungseinheiten, die eine militärische Organisierung einer Phase darstellten, wo mit kleineren Einheiten operiert wurde, wurde umbenannt in die ARGK.

Bekanntlich besteht für jedes Volk, dessen Land okkupiert ist, unter Fremdherrschaft steht, die Notwendigkeit, eine militärische Kraft aufzubauen, d.h. in dieser Richtung eine Organisierung zu schaffen. Es gibt sehr viele Beispiele dafür. Das bekannteste Beispiel hierfür stellt die Befreiungsarmee des vietnamesischen Volkes dar.

Bis 1984 besaß das kurdische Volk keine militärischen Befreiungsstreitkräfte. Wie bekannt ist, wurde am 15. August 1984 die Gründung der HRK, der Befreiungseinheiten Kurdistans, proklamiert. Die HRK war eine militärische Organisation, die für die Erreichung der Ziele des Befreiungskampfes und für Kämpfe, die mit kleinen Einheiten geführt werden, gebildet wurde. Die HRK kann man als Vorgängerorganisation der ARGK bezeichnen. Die Einheiten der HRK waren nicht größer als zehn bis 20 Guerillas. Diese Zahl entspricht natürlich nicht den Bedürfnissen einer Befreiungsbewegung, die einer 800000

Mann zählenden Armee den Kampf ansagt. Wie man auch aus Erfahrungen der anderen langwierigen Volkskämpfe weiß, mußte eine Armee mit sehr viel größeren Einheiten gebildet werden. Das bedeutete in der Praxis, daß man von kleineren Einheiten übergehen muß auf Kompanien, danach auf Bataillone, Regimenter und Brigaden, danach auf Divisionen, auf Armeekorps und schließlich auf Armeen. Erst wenn die ARGK schrittweise dieses Wachstum aufzeigt, können wir in militärischer Hinsicht in der Lage sein, den türkischen Kolonialismus in Kurdistan zu besiegen. Auf dem Wege dieses Wachstums werden natürlich befreite Gebiete entstehen, in denen die wirtschaftliche, politische und kulturelle Organisierung stattfindet. Wir wollen darauf hinweisen, daß in Nord-West-Kurdistan ein Prozeß im Gange ist, den man als Bildung eines Staates bezeichnen kann. D.h. die ersten Schritte für die Bildung des Staatsapparates werden getan. Die ersten Grundsteine des künftigen Staates, nämlich die Grundgesetze, werden heute schon gelegt. Das gilt nicht nur für das „Rekrutierungsgesetz“, das gilt auch für die Bestimmung der Bürgerschaft und andere schon beschlossene Gesetze. Diese werden natürlich mit der Entwicklung des Befreiungskampfes mehr an Form gewinnen.

Das „Rekrutierungsgesetz“ beinhaltet, daß jeder Kurde zwischen dem 18. und 24. Lebensjahr verpflichtet ist, seinen Wehrdienst zu leisten. Dies gilt nur für Männer. Bei den Frauen ist es nicht Pflicht, sie können sich aber freiwillig an der Armee beteiligen. Allerdings sieht die Praxis der Umsetzung dieses Gesetzes so aus, daß diejenigen Jugendlichen, die schon Kontakt mit der Guerilla haben und frei-

willig sich an der Armee beteiligen wollen, auch in die Armee aufgenommen werden. Im Regelfall sind es dann auch Milizen. Es ist selbstverständlich, daß man keinen Wehrdienst erzwingen kann, die Aufnahme stützt sich nur auf Überzeugung und Ausbildung. Natürlich kann man dieses Gesetz in Gebieten, wo die Guerilla die Kontrolle in der Hand hat, d.h. in befreiten oder halbbefreiten Gebieten, besser und kontrollierter umsetzen. Nur stützt sich diese Umsetzung bei der ARGK auf Freiwilligkeit und nicht, wie es bei Staaten der Fall ist, auf Zwang. Diese Entwicklung ist heute insbesondere bei Mardin sehr fortgeschritten. Mardin ist das Gebiet, in dem die meisten Jugendlichen in die Armee aufgenommen werden. Natürlich wird das in den türkischen Zeitungen dahingehend entstellt, die Jugendlichen würden „entführt“ und gezwungen zu kämpfen. Doch wenn man die Kriegssituation in Kurdistan anschaut, dann wird es klar, daß eine Guerillaeinheit, die ständig in Bewegung und in der Illegalität bleiben muß, nicht das Risiko eingehen kann – selbst wenn sie wollte –, jemanden zu zwingen zu kämpfen. Doch es ist selbstverständlich, daß die türkische Regierung alles versuchen wird, um den Anschein zu erwecken, daß das, was heute in Nord-West-Kurdistan passiert, nichts anderes als „Terrorismus“ und „Banditentum“ ist.

Frage: Der bewaffnete Befreiungskampf in Kurdistan wird von einigen linken Kräften in der BRD immer noch als „terroristisch“ kritisiert und verurteilt. Diese Kritik wird häufig daran festgemacht, daß Frauen und Kinder bei Kampfhandlungen gestorben sind. Nach unserer Auffassung verbirgt sich hinter dieser Kritik vielfach eine grundsätzliche Ablehnung des bewaffneten Befreiungskampfes in Kurdistan. Dennoch unsere Frage: Welche Kriegsregeln hat die ARGK? Welche Regeln gelten z.B. für den Umgang mit Grundherren im Unterschied zu einfachen Bauern, für den Umgang mit feindlichen Soldaten im Unterschied zu Offizieren, für den Umgang mit Kriegsgefangenen, mit Zivilisten usw.?

Kurdistan-Komitee: Die ARGK befindet sich in einem nationalen Befreiungskampf gegen den türkischen Kolonialismus. D.h. die Kriegsregeln der ARGK sind dieselben Regeln wie die der Befreiungsarmeen von anderen nationalen Befreiungsbewegungen.

Zu der angeblichen Kritik der Kreise, die Ihr vorhin erwähnt habt, kann man nicht viel sagen. Wir werden auf den Umgang der ARGK mit einigen Kreisen noch eingehen, allerdings

möchten wir doch kurz auf die Kreise eingehen, die den nationalen Befreiungskampf „kritisieren“. Es ist doch sonderbar, daß es dieselben Kreise sind, die gegen den heldenhaften Widerstand des palästinensischen Volkes mit dem Antisemitismusvorwurf massive Propagandakampagnen zugunsten des Zionismus durchführen. Diese Haltung zeigt, welche Rolle diese Kräfte nicht nur gegenüber dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans, sondern gegenüber allen bewaffneten revolutionären Befreiungskämpfen bei der Entsolidarisierung spielen.

Natürlich macht die ARGK eine Klassifizierung der einzelnen Schichten des kurdischen Volkes und bestimmt dementsprechende ihre Haltung. In dieser Phase des Kampfes unterscheidet die ARGK das kurdische Volk in zwei Teilen. Der erste Teil ist der Teil, der den Unabhängigkeitskampf unterstützt. Dazu gehören in erster Linie arme Bauern und Bauern der mittleren Schicht, aber auch einige patriotische Feudale (allerdings ist die Zahl dieser Feudalen sehr gering). Wir können uns vorstellen, daß insbesondere bei den letzteren Verständnislosigkeit auftritt; aber man muß bedenken, daß der Befreiungskampf in dieser Phase primär die nationale Frage lösen muß. Doch es gibt sehr viele Feudalherren, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit mit dem Kolonialismus gegen den Befreiungskampf eine feindselige Haltung einnehmen. Diese werden zum Ziel von Aktionen der ARGK. Die restlichen versucht man unter dem Dach der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans – ERNK – zu vereinen. Diejenigen Feudalherren, die eine feindliche Haltung einnehmen, sind auch der Teil, auf den sich das „Dorfshützer“-System stützt. Beim Vorgehen der ARGK gegen die „Dorfshützer“ werden natürlich Unterschiede gemacht. Regelfall ist, daß bei jedem „Dorfshützer“ vor der Bestrafung eine Überzeugungsarbeit vorgeht, man versucht, sie zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren. Erst wenn die Überzeugungsarbeit keine Ergebnisse hervorbringt und die „Dorfshützer“ ihre Tätigkeit immer noch fortsetzen, erst dann werden Bestrafungsaktionen verwirklicht, wobei auch hier versucht wird, nur die Dorfshützer zu vernichten. Doch sind die Häuser dieser „Dorfshützer“ derart in Waffendepots umgewandelt, daß die ARGK gezwungen ist, so vorzugehen, wie es die Kriegsregeln der Guerilla erfordern. Daß dabei Frauen und Kinder ums Leben kamen, ist nicht etwa, wie einige Kreise behaupten,

darauf zurückzuführen, daß die ARGK auch die Tötung von Frauen und Kindern zu ihren Zielen erklärt, sondern weil es in diesen Situationen einfach nicht zu vermeiden ist, daß dabei auch Unschuldige ums Leben kommen.

Den Umgang der ARGK mit den feindlichen Soldaten im Unterschied zu Offizieren kann man mit folgenden Vorgehensweisen der ARGK erläutern. Die ARGK richtet zahlreiche Aufrufe an die feindlichen Soldaten, nicht auf die Guerilla zu schießen, die auch für ihre Interessen kämpft, sondern ihre Waffen gegen die Offiziere zu richten, sich an der Guerilla zu beteiligen. Bei Gefangennahme von feindlichen Soldaten werden diese auch nicht bestraft, sondern als Kriegsgefangene behandelt. Hierzu ein Beispiel. Bei einer Auseinandersetzung in Sirnak haben die Guerillas zehn feindliche Soldaten als Kriegsgefangene festgenommen und mitgenommen. Die Soldaten wurden bis heute nicht freigelassen und auch nicht getötet. Bei Auseinandersetzungen versucht man nicht die Soldaten zu treffen, sondern die Offiziere. Es ist aber selbstverständlich, daß die Guerillas in dieser Situation nicht immer nur darauf achten, ob es auch Offiziere sind, auf die sie gerade schießen.

Zivilisten gehören nicht zu den Zielen der ARGK. Ausnahmen bilden nur diejenigen, die Agententätigkeiten ausüben, und Denunzianten. Es wird sehr oft die Behauptung aufgestellt, die „Dorfshützer“ seien Zivilisten. Das ist nicht richtig. Selbst die Vertreter der türkischen faschistischen Regierung betrachten die „Dorfshützer“ als ihre eigenen Milizkräfte.

Frage: In der Vergangenheit haben die türkischen Regierungen die Spaltung verschiedener kurdischer Stämme erfolgreich zur Niederschlagung von kurdischen Aufständen benutzen können, indem sie einen Stamm gegen den anderen gehetzt haben. Welche Anzeichen gibt es für eine Überwindung dieser Stammesgrenzen mit dem Fortschritt des Befreiungskampfes?

Kurdistan-Komitee: Bekanntlich ist die Stammesorganisation eine Struktur, die der Primitivgesellschaft eigen ist. Diese Struktur dauert in Kurdistan heute noch an. Der türkische Kolonialismus hält diese Struktur mit Gewalt aufrecht und versucht, durch Ausnutzung dieser Struktur den Befreiungskampf zu verhindern. Schließlich existieren in Kurdistan Stämme, unter denen seit Jahrzehnten Blutrache herrscht.

Mit dem Beginn des Befreiungskampfes wurde diese Waffe durch die

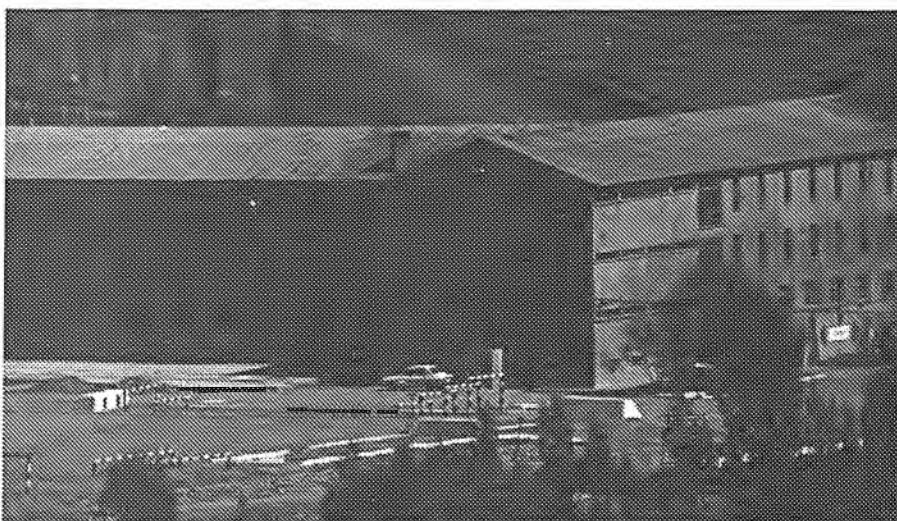
Kolonialisten stärker ausgenutzt. Insbesondere in den Gegenden Hilvan, Siverek, Batman, Mardin, wo die Stammesstrukturen so aufrecht sind wie vor Jahrhunderten, werden diese Strukturen gegen den Befreiungskampf sehr stark genutzt. Der Kolonialismus hat die kollaborierenden und verräterischen Teile dieser Stämme von Anfang an die Befreiungskräfte angreifen lassen. Diese Angriffe auf die Befreiungskräfte wurden durch die Regierung und andere Kreise als Stammesauseinandersetzungen lanciert. Man muß dazu betonen, daß es nicht die Stämme selbst sind, die angreifen, sondern ein elitärer Teil der Stämme. Der größte Teil der Stämme hat sich nicht an diesen Angriffen gegen die Befreiungskräfte beteiligt und ist patriotisch. Da zwischen einigen Stämmen seit Jahrzehnten die Blutrache aufrechterhalten wird, konnte diese Taktik der Kolonialisten zum Teil erfolgreich sein.

Mit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes wurden diese Strukturen stärker ausgenutzt als vorher. Z.B. stützte sich das „Dorfschützersystem“ auf diese rückständige Stammesstruktur. Um die Einheit des kurdischen Volkes zu verhindern, wurden die Stämme intensiver gegeneinander ausgespielt. Im Sommer 1987 hat der türkische Staat die beiden Stämme Guyi und Jirkan bei Beytüşebap bei Hakkari gegeneinander gehetzt, es kam zu tagelangen Auseinandersetzungen, bei denen die kolonialistischen Armeekräfte in keiner Weise eingriffen. Wenn eingegriffen wurde, dann nur auf der Seite eines Stammes, nämlich des Jirkan-Stammes, der auch Waffen vom Staat angenommen hatte.

Das Stammeswesen ist in den Händen der Kolonialisten eine Waffe. Die Nationale Befreiungsbewegung versucht, diese Waffe wirkungslos zu machen, indem sie mit allen Mitteln versucht, die Feindschaft zwischen den Stämmen beizulegen. Es ist natürlich nicht leicht, das seit Jahrtausenden bestehende Stammeswesen aus dem Bewußtsein der kurdischen Menschen zu löschen. In einigen Gebieten, in denen die Kapitalisierung vorangeschritten ist – das sind schwerpunktmäßig die Grenzgebiete Kurdistans zur Türkei –, hat sich diese Struktur fast ganz aufgelöst. In den inneren Gebieten dagegen existiert sie noch sehr stark. Vor allem wird es eine lange Zeit brauchen, da eine richtige Einheit zu schaffen. Denn das Stammeswesen hat sehr tiefgreifende Zerstörungen in der kurdischen Gesellschaft geschaffen. Es ist allerdings nur eine elitäre Schicht der Stämme, die mit der Waffe in der

Hand gegen den Befreiungskampf vorgeht. Die breite Masse unterstützt den Befreiungskampf oder sympathisiert mit ihm. Hier gilt es auch anzusetzen. In den Erklärungen und Schriften der ERNK wird sehr oft dargelegt, welche Politik hierbei verfolgt wird. Sie versucht, das Potential unter dem Dach der ERNK zu vereinen und die elitäre Schicht, die gegen den Befreiungskampf vorgeht, zu bekämpfen. Diejenigen Vorsitzenden der Stämme, die den Befreiungskampf unterstützen, werden scharfer Unterdrückung ausgesetzt. So wurde z.B. der Vorsitzende des Stammes Ömeran bei Ömerli/Mardin durch Folterungen ermordet. Auch Ahmet Türk, der Vorsitzende eines türkischen Stammes, wurde zwei Jahre und später noch einmal sieben bis acht Monate aus demselben Grund ins Gefängnis gesteckt.

stark. Dieser Wandel wurde insbesondere nach 1986 klarer und trat deutlicher ans Tageslicht. Ständig finden Staatsbesuche in den benachbarten Ländern statt, die Türkische Republik gibt sich als „friedensschafter Engel“ in der Region. Sie versucht intensiv, gute Beziehungen mit diesen Ländern herzustellen. Hierzu kann man insbesondere das Beispiel Davos (hier fand kürzlich ein Treffen des türkischen Ministerpräsidenten Özal mit dem griechischen Premier Papandreou statt, d. Red.) nennen. Noch vor kurzem wurde ein Riesenwirbel gemacht um Zypern, doch heute nach Davos werden sogar in der Türkei Diskussionen über den Rückzug der türkischen Okkupationsarmee auf Zypern geführt. Die Politik der Türkischen Republik heute wird durch Konzessionen an die benachbarten



Eine türkische Kaserne bei Hakkari in Kurdistan

Frage: Die türkische Regierung bemüht sich intensiv um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den umliegenden Staaten, d.h. zum Iran, zum Irak und zu Syrien. Ihr Motiv ist, Unterstützung und eventuell eine gemeinsame Linie gegen den kurdischen Befreiungskampf zu finden. Welche Erfolgssichten gibt ihr dieser Politik?

Kurdistan-Komitee: Um den Wandel in der türkischen Außenpolitik zu verdeutlichen, kann man einen Vergleich zwischen der Politik vor 1984 und nach 1984, als der bewaffnete Befreiungskampf begann, ziehen. Die Haltung der Türkischen Republik gegenüber den benachbarten Ländern Syrien, Griechenland, Iran u.a. war aggressiv. Als Beispiel kann man das Wasser des Euphrat nehmen. Das Wasser wurde gegen Syrien als Erpressungsmittel benutzt. Die Türkische Republik verfolgte eine Politik ohne Konzessionen. Doch nach 1984 veränderte sich diese Politik sehr

Länder bestimmt.

Warum dieser Wechsel, was wird damit bezweckt? Die Türkei ist im Unterschied zu Israel noch die stabilste Vertreterin der NATO-Interessen in der Region. Ihr fällt auch die Aufgabe zu, gegenüber dem nationalen Befreiungskampf Kurdistans und anderen fortschrittlichen Kräften in der Region eine reaktionäre Front zusammen mit Saudi-Arabien und anderen reaktionären Kräften im Mittleren Osten aufzubauen. Hierzu will man natürlich auch die umliegenden Länder wie Syrien, das im Mittleren Osten eine bestimmte Rolle inne hat, für diese Front gewinnen, manchmal mit Konzessionen, manchmal mit Drohungen.

Ob die Türkische Republik mit dieser Politik erfolgreich sein wird, bleibt abzuwarten.

Zum Schluß wollen wir uns recht herzlich für die Gelegenheit dieses Berichts bedanken.



Liberale Profilierungen

Mit der EG-Kandidatur von Wirtschaftsminister Bangemann hat bei der FDP eine Personaldiskussion begonnen. Ein neuer Wirtschaftsminister muß her, möglichst so rhetorisch und anmaßend wie Graf Lambsdorff, aber womöglich nicht wie dieser vorbestraft. Ein neuer Parteivorsitzender muß auch her. Graf Lambsdorff und

Adam-Schwaetzer kandidieren, letztere warm empfohlen von Hamm-Brücher, offenbar in der Absicht, bei besser verdienenden Frauen mehr Stimmen für die FDP zu holen. Wird Haussmann Wirtschaftsminister, muß auch noch ein neuer Generalsekretär gefunden werden. Gelegenheit genug also, damit sich alle Kandidaten bemühen, das arbeiterfeindliche Profil der FDP zu bekräftigen.

Eritrea/Tigre: Fortschritte im Befreiungskampf

In den letzten Wochen mußten die äthiopischen Truppenverbände empfindliche Niederlagen in Eritrea und Tigre hinnehmen. Die wieder in einer gemeinsamen Front operierenden Befreiungs Kräfte der EPLF und TPLF konnten mehrere Städte einnehmen und Tausende von äthiopischen Soldaten ausschalten oder gefangen nehmen. Die Aufrechterhaltung des Kolonialstatus über Eritrea und Tigre scheint für die äthiopische Regierung militärisch immer weniger möglich. Eine Lösung auf Grundlage eines von Äthiopien vorgeschlagenen beschränkten Autonomiestatuts wird von EPLF/TPLF abgelehnt. Die drohende Hungersnot wollen die Imperialisten zur weiteren Einmischung nutzen.



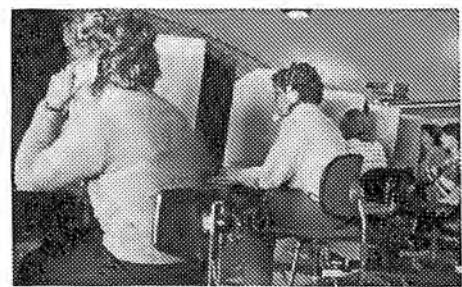
HDW gut im Geschäft

Mit dem Unternehmenskonzept von 1983 hat der Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG die Grundlage gelegt für die über 30%ige Produktionssteigerung. In den letzten Jahren ist es ihm gelungen, den Effektivlohn zu senken. Die 1983 durchgeführten Entlassungen und die immer rigorosere Terminierung der Aufträge

haben den Druck auf die Arbeiter und Angestellten erhöht. Die Belegschaft wird regelrecht verheizt. Die Unfallhäufigkeit bezogen auf 1 Mio. Arbeitsstunden ist in dem genannten Zeitraum von 87 auf 126 gestiegen. Schwerste und tödliche Unfälle in der letzten Zeit lassen die Arbeitsetze nur erahnen. Mit einem neuen Vertrauensleutekonzept soll die gewerkschaftliche Arbeit forciert werden.

Die Politik der Reaktion im öffentlichen Dienst

Welche Politik schlagen die DBG-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst vor, um die Angriffe auf die Beschäftigten zurückzuschlagen? Wie verhalten sie sich zum Angriff auf die Beamten, insbesondere gegen die Lehrer, und zum geplanten Dienstleistungsabend? Welche taktischen Konzepte entwickeln sie gegen die zunehmende Privatisierung? Taugt die bisherige Tarifpolitik oder müssen neue Wege beschritten werden, um die weitere Senkung des Lohnniveaus zu verhindern? Vom 18. bis 24. Juni findet in Hamburg der 11. Gewerkschaftstag der ÖTV statt. Wie ist die Antragslage auf dem Gewerkschaftstag? Welchen Widerstand gibt es?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenheft Chemie und übrige Industrien, erscheint vierzehntäglich, Preis 0,50 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie, 1.20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront, 0,50 DM

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Corinnes, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider, 5000

Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 22

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Telefon 0221/21 16 58. Konten: Postgiroamt

Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144 39 36 00. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft Rudiger Lotz, für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elgehausen; für Aus Verbanden und Parteien Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte Alfred Kustler.

Quellenhinweis Artikel und Nachrichten der Arbeitsgemeinschaft (AG) Stahl- und Metallindustrie AGM, der AG Medien in der Volksfront AGMe, des NH Chemie AGCH, der AG für Beschäftigt im Dienstleistungsgewerbe AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik AGG, der AG Jugend, Militär und Gefangnis in der Volksfront AGJ, der AGs für antifaschistische Bildungspolitik AGB, der AG für Kommunalpolitik AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront VF

Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU BWK, FAU R. KG (NHT), PA, VSP

Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe – Berichte aus dem Dienstleistungsgewerbe, 0,80 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle, 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen, 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1, DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Guntherstr. 6 a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Czeminskistr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Duwestr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen

Postfach 110822, 6000 Frankfurt 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Walldorfstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40